



HESSISCHER LANDTAG

23. 05. 2023

133. Sitzung

Wiesbaden, den 23. Mai 2023

Amtliche Mitteilungen	10919	Frage 897	10924
<i>Entgegenommen</i>	10922	Bijan Kaffenberger	10924
Präsidentin Astrid Wallmann	10919	Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	10924
Bürgermeister Patrick Koch	10919	Jürgen Frömmrich	10925
Simon Schmitz	10920	Frage 869	10925
Natalie Reining	10920	Yanki Pürsün	10925, 10926
Jürgen Frömmrich	10921	Minister Tarek Al-Wazir	10925, 10926
Bericht		Frage 870	10926
Präsidentin des Landtags		Yanki Pürsün	10926, 10927, 10927
nach § 22 des Hessischen Abgeordneten-		Staatssekretärin Anne Janz	10926, 10927, 10927
gesetzes über die Angemessenheit der Ent-		Frage 871	10927
schädigungen von Abgeordneten und zur		Christoph Degen	10927
Anpassung von Leistungen zum 1. Juli 2023		Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	10927, 10928, 10928
– Drucks. 20/11085 –	10921	Nina Heidt-Sommer	10928
<i>Entgegenommen</i>	10921	Elisabeth Kula	10928
1. Fragestunde		Frage 872	10928
– Drucks. 20/10843 –	10922	Christoph Degen	10928, 10929, 10929
<i>Abgehalten</i>	10935	Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	10929, 10929, 10929
Frage 855	10922	Frage 873	10929
Lisa Gnadl	10922, 10922, 10923	Dr. Dr. Rainer Rahn	10929, 10930
Staatssekretärin Anne Janz	10922, 10922, 10922, 10923	Ministerin Priska Hinz	10929, 10930
Felix Martin	10922	Frage 874	10930
Frage 856	10923	Dr. Dr. Rainer Rahn	10930, 10930
Rüdiger Holschuh	10923	Minister Peter Beuth	10930, 10930, 10931, 10931
Minister Tarek Al-Wazir	10923	Dr. Ulrich Wilken	10931
Frage 867	10923	Klaus Gagel	10931
Daniel May	10923, 10924, 10925		
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	10923, 10924, 10925, 10925		
Christoph Degen	10925		

Frage 875	10931	Elisabeth Kula	10950
Elisabeth Kula	10931, 10931	Tobias Utter	10953
Staatssekretärin Anne Janz	10931, 10932	Rolf Kahnt	10955
Frage 876	10932	5. Erste Lesung	
Daniel May	10932, 10932	Gesetzentwurf	
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz ...	10932, 10932, 10933	Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Elisabeth Kula	10933	Achtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches	
 		– Drucks. 20/10884 –	10956
Frage 877	10933	<i>Nach erster Lesung dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überwiesen</i>	10964
Marion Schardt-Sauer	10933, 10933, 10934	Claudia Ravensburg	10956
Minister Prof. Dr. Roman Poseck	10933, 10933, 10934, 10934	Petra Heimer	10957
Dr. Ulrich Wilken	10933	Volker Richter	10957, 10963
 		René Rock	10958, 10963
Frage 878	10934	Claudia Papst-Dippel	10959
Lisa Gnadl	10934, 10934, 10935	Lisa Gnadl	10960
Staatssekretärin Anne Janz	10934, 10935, 10935, 10935	Kathrin Anders	10961, 10963
Kathrin Anders	10935	Staatssekretärin Anne Janz	10962
<i>Anlage</i>	10974	 	
<i>Die Fragen 882 bis 884, 887, 888, 890, 892 bis 896, 899 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 879 bis 881, 885, 886, 889, 891 und 898 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.</i>		12. Zweite Lesung	
 		Gesetzentwurf	
2. Regierungserklärung		Landesregierung	
Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund		Hessisches Gesetz zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft (Hessisches Naturschutzgesetz – HeNatG)	
„Hessen in Europa – Europa in Hessen“	10935	– Drucks. 20/10998 zu Drucks. 20/10374 –	10964
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	10956	Änderungsantrag	
Ministerin Lucia Puttrich	10935	Fraktion der SPD	
Sabine Waschke	10938	– Drucks. 20/11113 –	10964
Miriam Dahlke	10941	<i>Nach zweiter Lesung dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zurücküberwiesen</i>	10973
Karl Hermann Bolldorf	10944	Vizepräsidentin Heike Hofmann	10956
Oliver Stirböck	10947	Vanessa Gronemann	10964
		Wiebke Knell	10966
		Heidemarie Scheuch-Paschkewitz	10967
		Gernot Grumbach	10968
		Claudia Papst-Dippel	10969
		Gerhard Schenk	10970
		Michael Ruhl	10971
		Ministerin Priska Hinz	10972

Im Präsidium:

Präsidentin Astrid Wallmann
Vizepräsidentin Karin Müller
Vizepräsidentin Heike Hofmann
Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Boris Rhein
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes
Hessen beim Bund Lucia Puttrich
Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus
Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
Minister der Finanzen Michael Boddenberg
Minister der Justiz Prof. Dr. Roman Poseck
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
Staatssekretär Tobias Rösmann
Staatssekretär Uwe Becker
Staatssekretär Jens Deutschendorf
Staatssekretär Stefan Sauer
Staatssekretär Dr. Martin J. Worms
Staatssekretärin Tanja Eichner
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretärin Ayse Asar
Staatssekretär Oliver Conz
Staatssekretärin Anne Janz

Abwesende Abgeordnete:

Torsten Felstehausen
Stefan Grüttner
Kai Klose
Alexandra Walter

(Beginn: 14:05 Uhr)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 133. Plenarsitzung des Hessischen Landtages und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, komme ich zu einer lieb gewonnenen und wichtigen Tradition hier im Hessischen Landtag: die Begrüßung des amtierenden Hessentagspaars und des Bürgermeisters der Hessentagsstadt.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Die letzten Jahre war die Fortführung dieser Tradition Corona-bedingt leider nicht möglich. Daher freue ich mich umso mehr, heute im Hessischen Landtag das diesjährige Hessentagspaar, Frau Natalie Reining und Herrn Simon Schmitz, begrüßen zu dürfen, das den 60. Hessentag unter dem Motto „Pfungstadt zieht an!“ in der Zeit vom 2. bis 11. Juni 2023 in Pfungstadt vertreten wird. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich unseren ehemaligen Kollegen und jetzigen Bürgermeister der wunderschönen Hessentagsstadt Pfungstadt. Lieber Herr Koch, seien Sie uns herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Der Hessische Landtag und die Abgeordneten des Hessischen Landtages verspüren eine ganz große Verbundenheit mit dem Hessentag, dem großen Fest der Hessinnen und Hessen. In einer Zeit, in der immer wieder über die zunehmende Spaltung in der Gesellschaft gesprochen wird, die auch durch die Krisen und Verunsicherungen unserer Zeit verstärkt wird, bildet der Hessentag ein tolles, gemeinschaftsbildendes, friedliches und fröhliches Großereignis, das eine Woche lang unglaublich viele Menschen nach Pfungstadt ziehen und zusammenführen wird. So ist das Motto, unter das der damalige Ministerpräsident Georg August Zinn vor über 60 Jahren den ersten Hessentag gestellt hat, zeitgemäßer denn je: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“

(Allgemeiner Beifall)

Lieber Herr Koch, wir haben eben schon kurz miteinander sprechen können. Ich habe übrigens auch festgestellt, es ist schwierig, mit Ihnen in den Plenarsaal zu kommen, weil Sie permanent angesprochen werden, weil Sie eben ein ehemaliger Kollege sind und sich alle freuen, dass Sie heute in Ihrer neuen Funktion hier zugegen sind und zudem auch die Hessentagsstadt vertreten.

Sie sind uns aber auch allen in Erinnerung geblieben mit einem Honigglas, das Sie aus Anlass Ihrer Verabschiedung aus dem Landtag allen verteilt haben. Darauf stand: „Heute ist nicht alle Tage; ich komm wieder, keine Frage.“ Dass Sie das in der heutigen Funktion wahr machen werden, verbunden mit dem Hessentag, das haben zu dem Zeitpunkt wahrscheinlich auch Sie selbst nicht gewusst. Aber umso schöner ist es. – Lieber Herr Bürgermeister Koch, jetzt haben Sie das Wort.

(Beifall)

Patrick Koch, Bürgermeister der Hessentagsstadt Pfungstadt:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist in der Tat schon eine ganze Weile her, dass ich hier vorne stand und eine Rede im Hessischen Landtag halten durfte. Die Umstände haben sich ein bisschen geändert; der eine oder andere sitzt jetzt ganz woanders, hat auf der Regierungsbank Platz genommen, der früher noch mit mir hier im Parlament gesessen hat. Umso erfreulicher ist es, dass wir heute hier sein können, dass Natalie, Simon und ich die Hessentagsstadt Pfungstadt repräsentieren können und Sie alle hier ganz offiziell zu uns nach Pfungstadt einladen können.

Wir sind froh, stolz und glücklich, dass es endlich losgeht. Die Frau Präsidentin hat gesagt: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“ Man hört es mir an, ich war schon immer Hesse, ich war noch nie was anderes, ich wollt auch noch nie was anderes sein.

(Heiterkeit und Beifall)

Natürlich gehört der Hessentag zu unserem Bundesland wie beispielsweise eine Kerb zu Pfungstadt.

Doch lassen Sie mich, bevor ich nach vorne auf den Hessentag blicke, noch einmal ganz kurz zurückblicken. Denn die Stadt Pfungstadt hätte in diesem Jahr planmäßig den 63. Hessentag ausrichten sollen. Wir alle wissen, warum einige ausfallen mussten. Seien Sie versichert, uns hat das mindestens genauso gestört, weil wir jedes Jahr wieder das Grafikstudio mit einer neuen Jahreszahl betrauen mussten und natürlich auch die Bedingungen ändern mussten. Wir können uns deswegen in die Lage der Städte, die sich mit uns auf ihren eigenen Hessentag gefreut hatten und den leider nicht haben durchführen können, sehr gut hinein fühlen.

Aber nun sind wir es, die jetzt erwartungsvoll und – ich gebe es zu – auch ein ganz klein bisschen uffgeregt dem Hessentag entgegenfiebern. Wir möchten Sie alle ganz herzlich einladen zum 60. Hessentag – ein besonderer, ein Jubiläums-Hessentag –, um Sie am 2. Juni bei uns in Pfungstadt willkommen zu heißen, wenn der Herr Ministerpräsident, der Landrat und ich gemeinsam den Hessentag traditionell eröffnen.

Selbstverständlich wird es auf dem Hessentag in Pfungstadt wieder das geben, was Sie gewohnt sind. Der Treffpunkt Hessen wird da sein, wo sich die Landesregierung und die ganzen Institutionen präsentieren können. Wir werden die Ausstellung „Der Natur auf der Spur“ haben, das Festzelt mit den üblichen Großveranstaltungen wird dabei sein, so wie Sie das kennen. Der Höhepunkt, aus meiner Sicht zumindest, wird der traditionelle Hessentagsfestzug mit über 110 Zugnummern am Hessentagssonntag sein, wo ich hoffe, ganz viele von Ihnen auch auf der Ehrentribüne willkommen heißen zu können.

Der Hessentagsumzug verläuft einmal quer durch unsere Stadt und wird auch durch die Hessentags-Arena führen, die Sparkassen-Arena, die mit ganz vielen verschiedenen Veranstaltungen bepackt sein wird. Die Veranstaltungen sind zu 80 % ausverkauft, 80 % der Tickets sind schon weg. Die Agenturen bezeichnen das immer so als ein „gelungenes Line-up“, weil für jeden irgendetwas dabei ist. Ich sage aber nicht „Line-up“, sondern ich sage: In Pfungst wird Arena und Festzelt gerockt, und wir in Pfungst, wir rocken Hessen. Für jeden ist da ebbes dabei, also auch für Sie mit Sicherheit irgendetwas. Kommen Sie zu uns nach

Pfungstadt, und wir freuen uns, wenn Sie dann bei uns gemeinsam mit uns den Hessestag feiern können.

(Allgemeiner Beifall)

So ein Hessestag ist auch etwas, was die Leute miteinander verbindet. Das macht den Hessestag auch so einzigartig. Während der zehn Tage werden wir in Pfungstadt rund 600.000 Hessinnen und Hessen bei uns erwarten, sicherlich auch Besucherinnen und Besucher aus den angrenzenden Bundesländern, und gemeinsam mit Ihnen und mit vielen anderen das größte Landesfest der Bundesrepublik feiern.

In diesem Jahr könnte die Ausrichtung für uns kaum passender sein. Denn es ist nicht nur der 60. Hessestag, sondern es ist auch 50 Jahre nach dem ersten Hessestag in Pfungstadt. Wir haben 1973, damals noch ein bisschen kleiner als heute mit dem Hessestag, trotzdem für die Stadt Pfungstadt schon sehr groß, den ersten Hessestag in Pfungstadt gefeiert. Jetzt, 50 Jahre später, laden wir Sie unter dem Motto „Pfungstadt zieht an!“ in unsere schöne Stadt ein.

Auch wenn das Hufeisen der Pfungstädter Brauerei seine Heimat inzwischen leider verlassen musste, ist es trotzdem ein Teil unseres Stadtwappens und auch ein Teil des Hessestagslogos; denn es soll Sie und Ihr Herz wie ein Magnet zu uns nach Pfungstadt ziehen. Sie alle sollen nach Pfungstadt kommen, und wir freuen uns, wenn Sie die Hessestadt mit ihren 25.000 Einwohnerinnen und Einwohnern besuchen.

Wir erwarten als Gäste nicht nur Sie, sondern z. B. auch viele Gäste aus unseren Partnerstädten in Frankreich, England und Namibia. Wenn wir alle diese Gäste bei uns haben, werden wir uns ganz sicher von der besten Seite zeigen.

Mein herzlicher Dank gilt der Landesregierung, die uns ihr Vertrauen geschenkt hat, als wir uns vor etwa vier Jahren gemeinsam auf den Weg gemacht haben. Wir haben versucht, den Hessestag so zu gestalten, wie man es gewohnt ist; aber wir konnten, bedingt durch die Ausfälle in den letzten Jahren, von niemandem lernen. Deshalb haben wir unseren eigenen Pfungstädter Weg gehen müssen. Herr Minister Wintermeyer und sein Team haben uns dabei ganz hervorragend begleitet, und dafür einen ganz herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir freuen uns, wenn es endlich losgeht. Das Fieber steigt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und für das entgegengebrachte Vertrauen. Ich bin sicher, wir werden es nicht enttäuschen. Ich freue mich, dass wir endlich wieder einen Hessestag feiern. Wir freuen uns auf den Hessestag in Pfungstadt.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist Tradition, dass es ein Hessestagspaar gibt. Wir haben das große Glück, dass wir das vor 50 Jahren amtierende Hessestagspaar bei uns haben. Damals hatte man nämlich Kinderpaare. Das ist nicht mehr opportun; heutzutage besteht das Hessestagspaar aus Erwachsenen. Das „alte“ Hessestagspaar werden Sie beim Hessestag in Pfungstadt kennenlernen, aber jetzt darf ich das amtierende Hessestagspaar nach vorne bitten. Natalie und Simon, auch ihr habt dem Plenum noch etwas zu sagen. – Alles Gute, wir sehen uns in Pfungstadt.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Bürgermeister Koch. – Liebe Frau Reining, lieber Herr Schmitz, Sie haben das Wort für Ihr Grußwort.

Simon Schmitz:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Hessischen Landtags! Vielen Dank für die Einladung. Wir freuen uns, dass wir heute bei Ihnen zu Gast sein dürfen.

Natalie Reining:

Wir sind Simon Schmitz und Natalie Reining, das Hessestagspaar 2023 in Pfungstadt. Simon und ich haben unsere Wurzeln in Pfungstadt, und wir leben auch sehr gerne dort.

Ich habe mich für die Rolle als Hessestagsdame beworben, weil ich mich mit Pfungstadt sehr verbunden fühle und es für mich eine Ehre ist, unsere Stadt und unser Bundesland repräsentieren zu dürfen.

(Allgemeiner Beifall)

Unsere Kostüme sind eine Mischung aus Pfungstädter Vergangenheit und einem modernen Stil. In Pfungstadt gab es einmal 14 Mühlen. Daraus entstand die Idee des Gewands eines Müllers und seiner Partnerin.

Simon Schmitz:

Das Amt als männlicher Part des Hessestagspaares ist für mich eine ehrenvolle Aufgabe, und meine Motivation, dieses Amt auszufüllen, war von Beginn an geprägt von der Neugier auf alle Veranstaltungen, aber auch auf die Menschen, die man kennenlernen kann und kennenlernen wird.

Je näher der Hessestag rückt, desto mehr spüren auch wir die Spannung und die Vorfreude auf die zehn Tage des Hessestags in Pfungstadt.

Gemeinsam mit Ihnen und vielen Gästen aus nah und fern möchten wir die in der ganzen Stadt verteilten Hessestagsattraktionen erleben, wie Bürgermeister Koch schon gesagt hat. Wir wollen den Hessestag feiern und freuen uns auf Sie.

(Allgemeiner Beifall)

Natalie Reining:

Auch deshalb laden wir beide Sie noch einmal herzlich dazu ein, nach Pfungstadt zu kommen und den Hessestag dort mit uns zu feiern. Lassen Sie sich von unserem Motto „Pfungstadt zieht an!“ überzeugen. – Vielen lieben Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Liebe Frau Reining, lieber Herr Schmitz, Sie sehen, wir alle freuen uns sehr auf den bevorstehenden Hessestag – genauso wie Sie. Wir werden alle kommen und freuen uns,

Sie dort wiederzusehen. Ich möchte Ihnen im Namen der Abgeordneten ein Geschenk überreichen und komme kurz zu Ihnen.

(Allgemeiner Beifall – Präsidentin Astrid Wallmann überreicht einen Blumenstrauß und Weinpräsente.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem schönen Auftakt kommen wir zurück zu unserer heutigen Sitzung. Lassen Sie mich ein paar einführende Hinweise geben.

Der Wahlausschuss zur Wahl der richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs und der Landesanwaltschaft ist vor Beginn der heutigen Plenarsitzung zusammengekommen und hat Frau Leitende Oberstaatsanwältin Gesine Wilke zur stellvertretenden Landesanwältin gewählt.

Die Verteidigung von Frau Wilke findet vereinbarungsgemäß am morgigen Mittwoch nach der Mittagspause statt.

Ein Hinweis zum Angemessenheitsbericht. Nach § 22 des Hessischen Abgeordnetengesetzes ist der Präsident bzw. die Präsidentin dazu verpflichtet, dem Landtag jährlich einen **Bericht über die Angemessenheit der Entschädigungen von Abgeordneten und zur Anpassung von Leistungen** zu erstatten.

Ich gebe Ihnen diesen Bericht für die zum 1. Juli 2023 ermittelte Anpassung, der heute Vormittag als Drucks. 20/11085 in Ihre Postfächer verteilt wurde, zur Kenntnis. – Der Angemessenheitsbericht wird vom Plenum lediglich entgegengenommen, was hiermit geschehen ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Ihnen noch mitteilen, dass es bei der Fraktion DIE LINKE einen Wechsel im Fraktionsvorstand gegeben hat. Neuer parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE ist Herr Abg. Axel Gerntke, dem ich im Namen des gesamten Hauses zu seiner neuen Aufgabe gratuliere. Herr Gerntke nimmt, wie Sie sehen können, den bisherigen Sitzplatz von Herrn Felstehausen ein.

Herr Gerntke hat die Nachfolge des Kollegen Torsten Felstehausen übernommen, der seit Januar 2020 als parlamentarischer Geschäftsführer für die Fraktion DIE LINKE tätig war. Ich wollte gerne ein paar Worte an Herrn Felstehausen richten.

(Axel Gerntke (DIE LINKE): Er kommt morgen!)

– Er ist morgen wieder da. – Ich möchte ihm trotzdem, in seiner Abwesenheit, ganz herzlich für die konstruktive und gute Zusammenarbeit danken, und das will ich heute und hier in den amtlichen Mitteilungen ausdrücklich festhalten. Bitte geben Sie ihm das weiter; ich werde ihn auch noch persönlich ansprechen.

Herr Gerntke, wir gratulieren Ihnen zu Ihrer neuen Aufgabe. Ich bin sicher, dass wir an die gute und konstruktive Zusammenarbeit anknüpfen können. Wir freuen uns, dass Sie diese Aufgabe nun wahrnehmen.

(Beifall DIE LINKE)

Jetzt kommen wir zu den für das Kunstwerk „Himmel über Hessen. Licht-gestalten“ ausgewählten, hinter mir gezeigten Persönlichkeiten. Dieses Mal sind sie von Schülerinnen und Schülern der Freiherr-vom-Stein-Schule aus Eppstein im Rahmen des vom 21. bis 23. März 2023 abgehaltenen Seminars „Im Zentrum der Landespolitik“ ausgewählt worden. Ausgewählt wurden im Einzelnen: Anne Frank,

Adam Opel, Konrad Zuse, Bonifatius, Fritz Bauer, Johann Wolfgang von Goethe und Jacob Grimm.

Hinsichtlich der Tagesordnung darf ich Sie auf Folgendes hinweisen. Die Tagesordnung vom 17. Mai 2023 sowie der Nachtrag vom heutigen Tag liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag der Tagesordnung zu den Tagesordnungspunkten 74 bis 79 entnehmen können, sind sechs Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Nach § 32 Abs. 6 der Geschäftsordnung beträgt die Aussprache für jeden zulässigen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde fünf Minuten je Fraktion. Die Aktuellen Stunden werden, wie gewohnt, am Donnerstag ab 9 Uhr abgehalten.

Damit kommen wir zur Feststellung der Tagesordnung für die 133., 134. und 135. Sitzung mit den eben besprochenen Änderungen und Ergänzungen. Gibt es Einwände? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so genehmigt.

Nach dem vorliegenden Ablaufplan tagen wir heute voraussichtlich bis ca. 19:15 Uhr. Wir beginnen im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen mit Tagesordnungspunkt 1, der Fragestunde. Danach folgt die Regierungserklärung der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund, Frau Lucia Puttrich.

Ich darf die Besucherinnen und Besucher im Hessischen Landtag begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen. Wir freuen uns, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Dann darf ich noch auf Abwesenheiten hinweisen. Zunächst der Hinweis, dass sich Herr Staatsminister Boddenberg einige Minuten verspätet, da er noch bei der Hauptversammlung der Fraport ist.

Ich bekam eben den Hinweis, dass Abg. Erich Heidkamp, AfD, entschuldigt ist. Aber er ist anwesend, und deshalb streichen wir das wieder. Entschuldigt fehlen heute ganztägig der Abg. Stefan Grüttner, CDU, sowie Staatsminister Kai Klose. Abg. Rolf Kahnt, fraktionslos, ist ab 17 Uhr, Abg. Arno Enners, AfD, ab 18 Uhr entschuldigt. Gibt es weitere Entschuldigungen? – Herr Frömmrich, Sie haben das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, ich entschuldige ebenfalls den Kollegen Frank-Peter Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da er, wie auch der Finanzminister, noch bei der Hauptversammlung der Fraport ist.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Ich schaue in die Runde und sehe keine weiteren Entschuldigungen. – Ah, Herr Staatsminister Boddenberg trifft soeben ein; dann streichen wir diese Entschuldigung wieder.

(Heiterkeit)

Herr Kaufmann wird auch gleich hier sein, da freuen wir uns.

Dann kommen wir zum parlamentarischen Abend. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass heute Abend der parlamentarische Abend des VDE Hessen im Restaurant des Landtages stattfinden wird.

Außerdem tagt im Anschluss an die heutige Plenarsitzung der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Sitzungsraum 501 A. Die Sitzung des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses, zu der eingeladenen worden ist, findet heute Abend nicht statt.

Nun darf ich noch zu den Geburtstagen kommen. Ich darf zunächst der Abg. Lisa Deißler nachträglich ganz herzlich im Namen des ganzen Hauses zu ihrem 30. Geburtstag gratulieren. Alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenfalls einen runden Geburtstag feierte unser Kollege, der Abg. Max Schad. Er feierte seinen 40. Geburtstag: ein etwas höheres, aber immer noch junges Alter. Alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Beiden Geburtstagskindern habe ich im Vorfeld der Sitzung bereits meine Glückwünsche und im Namen der Abgeordneten ein persönliches Geschenk überbracht.

Ich darf noch auf ein weiteres freudiges Ereignis hinweisen, das ich heute ebenfalls erwähnen möchte. Es ist kein Geburtstag, sondern vielleicht noch etwas Schöneres. Ich darf dem Abg. Sebastian Müller und seiner Frau Alena ganz herzlich zu ihrer Hochzeit gratulieren. Sie haben am 22. April 2023 geheiratet. Im Namen des gesamten Hauses alles Gute und viel Glück für den gemeinsamen Lebensweg.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der amtlichen Mitteilungen angekommen, und ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde

– **Drucks. 20/10843** –

Ich darf als Erster der Abg. Lisa Gnadl für die **Frage 855** das Wort erteilen.

Lisa Gnadl (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Wie gedenkt sie den Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 13. Februar 2023, der einen Kinder- und Jugendbericht für Hessen fordert, umzusetzen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatssekretärin Janz, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Danke schön, Frau Präsidentin. Danke schön an die Fragestellerin. – Die Landesregierung prüft gerade, ob und wie sie die Anregungen des Landesjugendhilfeausschusses aufgreifen wird.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Es gibt noch eine Nachfrage von Frau Gnadl. Frau Gnadl, Sie haben das Wort.

(Zuruf: Bei der Antwort!)

Lisa Gnadl (SPD):

Inwiefern prüft die Landesregierung diesen Beschluss, und ist schon zeitlich eingrenzbar, wann sie zu einem Ergebnis dieser Prüfung kommen wird?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Wir prüfen ja nicht noch einmal den Beschluss. Das war ein Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses, der sich mehrmals mit diesem Thema beschäftigt hat. Wir müssen den Aufwand und die bisherige Datenlage übereinbringen. Angesichts der vielfältigen Anforderungen und Krisen, mit denen die kommunale Ebene momentan zu tun hat, die wir zur Datenerhebung befragen müssen, müssen wir das Thema Aufwand und Wirkung auch in Bezug auf bereits existierende Datenerhebungen und Berichte prüfen. Sie wissen, dass sich die Legislaturperiode dem Ende zuneigt. Diese Prüfung wird wahrscheinlich nicht mehr während dieser Legislaturperiode zu einem Ergebnis kommen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Es gibt eine weitere Nachfrage von Abg. Felix Martin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatssekretärin, die Beauftragte der Landesregierung für Kinder- und Jugendrechte führt gerade ein Monitoring durch. Vielleicht könnten Sie uns einmal erklären, inwiefern sich das von einem Kinder- und Jugendbericht abgrenzt, wie dort der Umsetzungsstand ist und ob es vielleicht klug ist, diesen zunächst abzuwarten, bevor ein solcher Bericht folgt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Der Klugheit der Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses greife ich ganz sicher nicht vor, aber es ist richtig, dass das Kinder- und Jugendrechtmonitoring bereits für diese Legislaturperiode in Auftrag gegeben wurde. Das Monitoring des damit beauftragten Instituts ist auch abgeschlossen, der Bericht ist erstellt. Wir prüfen diesen Bericht gerade und hoffen, dass wir das Ergebnis auch noch vorlegen können.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Es gibt noch einmal eine Nachfrage von Frau Gnadl von der SPD-Fraktion. Sie haben das Wort.

Lisa Gnadl (SPD):

Vielen Dank. – Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass ein Kinder- und Jugendrechtmonitoring etwas anderes ist als ein Kinder- und Jugendbericht?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Ja.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Mir liegen keine weiteren Nachfragen vor.

Damit kommen wir zur **Frage 856**, und ich darf Herrn Abg. Holschuh von der SPD-Fraktion das Wort geben.

Rüdiger Holschuh (SPD):

Danke schön, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Wird im Zuge der Planung bzw. des Neubaus der Zufahrt an das neue Industriegebiet an der Kreuzung der B 45 in Bad König ein Kreisell geplant, und, sofern nicht, warum ist dies der Fall?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister Al-Wazir, Sie haben das Wort.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Abg. Holschuh, Vorhabenträger für die Entwicklung des Industriegebiets zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet an der B 45“ und somit auch für die verkehrliche Anbindung des Industriegebiets an die B 45 ist die Stadt Bad König. Die Anbindung des Industriegebiets an die B 45 soll durch eine Erweiterung des bestehenden lichtsignalgeregelten Knotenpunktes – andere Leute würden auch sagen, da steht eine Ampel – erfolgen. Diese Anbindungsform hat sich auf der Grundlage eines von der Stadt Bad König in Auftrag gegebenen Verkehrsgutachtens als Ergebnis einer Variantenbetrachtung und Gesamtabwägung hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit gegenüber einer Kreisverkehrslösung als Vorzugsvariante durchgesetzt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Nachfragen vor.

Dann komme ich zur **Frage 867**, und darf Herrn Abg. May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort geben.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Wie entwickeln sich die Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeiten im Schulportal?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Sehr geehrter Herr Staatsminister Lorz, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abg. May, die Entwicklung der Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeiten im Schulportal Hessen ist aus meiner Sicht erfreulich. Deswegen stelle ich sie natürlich auch gerne dar. Vielleicht erst kurz für diejenigen, denen das Schulportal noch nicht so viel sagt: Das Schulportal ist eine pädagogische Lern- und Arbeitsplattform, die allen hessischen Schulen kostenfrei zur Verfügung gestellt wird und mittlerweile von mehr als 98 % der weiterführenden Schulen genutzt wird, was ein deutlicher Ausdruck der Akzeptanz dieser Anwendung ist.

Das Portal wurde und wird in enger Abstimmung mit Lehrkräften weiterentwickelt, sodass diese ihre Bedürfnisse und Anregungen für weitere Funktionen einbringen können. Dementsprechend sind sämtliche Funktionen des Bereichs der pädagogischen Organisation, beispielsweise Anwendungen zur Raum- und Vertretungsplanung oder das Führen von Kursheften, gezielt auf die Bedarfe der Lehrkräfte abgestimmt.

Bei der Weiterentwicklung kann man zwischen kleineren kontinuierlichen Optimierungen bestehender Funktionen einerseits und der Ergänzung neuer Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeiten andererseits differenzieren. Es wurden beispielsweise in der Dateiverteilung oder auch in dem Modul zur digitalen Noteneingabe in den letzten Monaten Optimierungen vorgenommen. Unter anderem wurden in diesen Modulen Eingabemöglichkeiten erweitert und vereinfacht sowie zusätzliche Bearbeitungsmöglichkeiten geschaffen.

Eine größere Weiterentwicklung stellt beispielsweise das schrittweise Überführen des Schulportals in eine moderne cloudbasierte IT-Infrastruktur während der Corona-Pandemie bis Ende 2020 dar, sodass auch bei einem erhöhten Nutzeraufkommen ein stabiler Betrieb gewährleistet werden kann.

Mit Blick auf die Ergänzung neuer Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeiten wurde im aktuellen Schuljahr außerdem ein datenschutzkonformes und leicht zu bedienendes Videokonferenzsystem in das Schulportal integriert.

Bis zum Ende des Digitalpakts Schule Mitte 2024 ist darüber hinaus die Einführung individueller Dateiablagen für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte, einschließlich kollaborativer Office-Funktionen, als landesweite Digitalpaket-Maßnahme geplant.

Durch die Zusammenarbeit in verschiedenen länderübergreifenden Vorhaben soll bis Ende des Digitalpakts zudem der sichere, datenschutzkonforme und einfache Zugriff auf kommerzielle Bildungsmedien perspektivisch ermöglicht werden. Dies umfasst insbesondere den Zugriff auf digitale

Lehrwerke, die derzeit nur über die Portale der kommerziellen Anbieter erreichbar sind und auf denen sich die Nutzerinnen und Nutzer einzeln registrieren bzw. anmelden müssen.

Vor dem Hintergrund dieser kontinuierlichen Weiterentwicklung kann man zusammenfassend sagen: Die stetige Erweiterung der Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeiten hat zu einer breiten Akzeptanz des Schulportals geführt, was sich auch durch die Entwicklung der Nutzerzahlen belegen lässt. So haben mit Stand 1. Mai 2023 1.801 von 2.009 öffentlichen Schulen und Ersatzschulen einen Zugang zum Schulportal, und mehr als 930.000 Nutzerinnen und Nutzer loggen sich regelmäßig ein. Vielleicht nur zum Vergleich: Ende 2019 waren es noch rund 500 Schulen, die das Schulportal nutzten, und Ende 2020 rund 1.200. Ich glaube, das ist eine gute Illustration für die rasante Entwicklung, die das Schulportal seitdem genommen hat.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Es gibt eine Nachfrage von Herrn Abg. May. Sie haben das Wort.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Welches Feedback geben denn Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte zum Schulportal?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Kollege May, wir bekommen eigentlich durchweg sehr gute Rückmeldungen.

(Zurufe SPD und Freie Demokraten – Beifall Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glockenzeichen)

Das gilt für die Schülerinnen und Schüler, was uns etwa von der Landesschülervertretung zurückgemeldet wird, die mit der Fachebene meines Hauses in regelmäßigem Kontakt steht. Was die Lehrkräfte angeht, können die ihre Rückmeldungen und Anregungen über das Supportsystem direkt an das Schulportalteam im Kultusministerium melden.

(Elisabeth Kula (DIE LINKE): Wenn das Schulportal funktioniert!)

Das Schulportalteam nimmt dieses Feedback auch gerne dankend an, da es uns sehr wichtig ist, mit dem Schulportal die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer bestmöglich abzubilden. Das heißt, wir bekommen kontinuierlich Verbesserungsvorschläge, insbesondere vonseiten der Lehrkräfte, und wir gehen auch kontinuierlich darauf ein. Das ist, glaube ich, auch die beste Art und Weise, wie man so etwas weiterentwickeln kann.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächstes liegt mir eine Nachfrage vom Abg. Kaffenberger von der SPD vor. Sie haben das Wort.

Bijan Kaffenberger (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Uns als SPD-Fraktion ist Berufsorientierung immer sehr wichtig. Wenn hier Feedback erwünscht ist, gebe ich auch ein bisschen Feedback und würde eine Frage stellen. Die ist als Frage 897 tatsächlich auch schon drauf, aber ich kann sie jetzt quasi vorziehen.

Ich frage die Landesregierung:

Warum ist der digitale „Berufswahlpass“ nicht im Schulportal integriert?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Kaffenberger, dann gehe ich davon aus, dass die **Frage 897** von der Liste gestrichen wird, weil Sie sie jetzt gestellt haben. Gehe ich richtig davon aus?

(Bijan Kaffenberger (SPD): Ja! – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich würde das jetzt erst einmal so feststellen, sonst geben Sie mir noch ein Signal. – Aber wenn Sie die Frage vorziehen, dann hat der Staatsminister Lorz jetzt das Wort zur Beantwortung.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Gut, dann würde ich aber in der Tat die Antwort auf diese Frage aufblättern und jetzt nicht einfach so beantworten; also nehme ich auch die Antwort, die wir darauf vorbereitet haben. Die Frage 897 hat Herr Kaffenberger gerade schon gestellt. Ich wiederhole: Warum ist der digitale „Berufswahlpass“ nicht im Schulportal integriert?

Lieber Kollege Kaffenberger, die Berufswahlpass – das ist jetzt die digitale Form davon –, also der digitale Berufswahlpass, ist eine Anwendung für Schülerinnen und Schüler, mit der sie ihre berufliche Orientierung in digitaler Form organisieren, dokumentieren, präsentieren und reflektieren können. Dabei ist die Berufswahlpass eine Weiterentwicklung des analogen Berufswahlpasses, die im Rahmen eines länderübergreifenden Projekts umgesetzt wird und seit dem zweiten Halbjahr des Schuljahres 2022/2023 im Rahmen einer Pilotphase rund 10.000 Schülerinnen und Schülern in Hessen zur Verfügung gestellt wird.

Während der gesamten Entwicklung der Berufswahlpass wurde darauf geachtet, dass diese den medialen Gewohnheiten der Schülerinnen und Schüler entspricht und inhaltlich einen Mehrwert zur beruflichen Orientierung darstellt. Die Berufswahlpass kann mit jedem digitalen Endgerät, das einen Internetzugang hat, sowohl als App auf dem Handy als auch als Desktopversion genutzt werden. Die Lehrkräfte, die die Anwendung bereits in ihren Lerngruppen einsetzen, haben hierzu bislang durchweg positive Rückmeldungen gegeben.

Aber die Berufswahlpass wurde für den bundesweiten Einsatz konzipiert und daher unabhängig vom Schulportal Hessen länderübergreifend entwickelt. Die an der Pilotphase beteiligten Länder – das sind neben Hessen Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – haben jeweils individuelle Schulportale, die jedes Land als abgeschlossenes System für sich betreibt. Deswegen ist die

Berufswahlapp eben außerhalb der Strukturen des Schulportals entstanden.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Eine weitere Nachfrage habe ich von Herrn Abg. Degen von der SPD-Fraktion. Sie haben das Wort.

Christoph Degen (SPD):

Besten Dank, Herr Kultusminister. – Zum Schulportal zählt auch das landesweite Videokonferenzsystem. Wir sprachen darüber öfter im Rahmen der schwierigen Ausschreibung. Haben Sie Nutzungszahlen dazu, wie oft dieses Videokonferenzsystem von den Schülerinnen und Schülern genutzt wird? Wird das auch täglich von 98 % der Schülerinnen und Schüler genutzt?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abg. Degen, mit Sicherheit gibt es keine Veranlassung, warum 98 % der Schülerinnen und Schülern jetzt täglich ein Videokonferenzsystem nutzen sollten. Aber nein, ich habe keine Nutzerzahlen; denn die müsste ich Ihnen natürlich extra herausuchen lassen. Die habe ich heute nicht mitgebracht. Auch beim Videokonferenzsystem sind wir in einem ständigen Optimierungsprozess. Im Moment geht es da insbesondere darum, auch außerhalb der Lerngruppen und, mittelfristig betrachtet, auch für Externe Konferenzmöglichkeiten zu schaffen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Bevor ich die erneute Nachfrage des Abg. May aufrufe, hat sich Herr Frömmrich zur Geschäftsordnung gemeldet. Sie haben das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte nur darauf hinweisen – ich weiß nicht, ob dies in Darmstadt üblich ist –, dass sich Kollege Kaffenberger mit seiner Frage vorgedrängt hat. Wir haben hier nach Eingang gewertete Fragen, und diese Frage wäre heute wahrscheinlich nicht mehr drangekommen. Also, wir machen es demnächst bitte so, dass wir die Fragen so aufrufen, wie sie eingehen.

(Widerspruch SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Ich habe darauf hingewiesen, dass die Frage seitens der Verwaltung als abgehandelt angesehen wird. – Dann darf ich als Nächstem Herrn Abg. May für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort geben. Sie haben das Wort.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich würde mich wieder auf die Frage 867 beziehen und die Zusatzfrage stellen:

Wie beurteilen Sie denn das Schulportal im Vergleich zu vergleichbaren Anwendungen anderer Länder?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Lieber Herr Kollege May, da wir von anderen Ländern regelmäßig Nachfragen in dieser Hinsicht bekommen, wissen wir, dass diese zum Teil durchaus etwas neidisch auf das schauen, was wir hier aufgebaut haben. Wir haben wirklich eine leistungsstarke, an den tatsächlichen Bedarfen der Schulen orientierte pädagogische Lern- und Arbeitsplattform mit einer Abdeckung von rund 89 % aller Schulen in Hessen – das sind die Zahlen, die ich vorhin vorgetragen habe –; und damit erreichen wir über das Schulportal prozentual mehr Schulen als in den meisten anderen Flächenländern.

Wir haben dadurch, dass dies von Lehrkräften für Lehrkräfte entwickelt worden ist, eine Vielzahl kleiner Funktionen integriert, die den täglichen Alltag einer Lehrkraft erleichtern und keineswegs überall gängig sind, wie beispielsweise das Modul „Räume und Medien“, mit dem man Räume reservieren kann, oder das Modul „Smartphone-View“, mit dem man Bilder vom Smartphone direkt allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellen kann. Das Ganze wird nicht zuletzt durch die Cloud-Infrastruktur ermöglicht. Auch dies ist keineswegs bereits in allen Ländern Standard. Also, wir haben eine ziemlich einzigartige Kombination dahin gehend, dass die Funktionen auf Anregung von Lehrkräften und von Lehrkräften konzipiert sowie mit diesen gemeinsam entwickelt werden. Gleichzeitig haben wir mit einer Firma aus Hessen einen professionellen Betreiber der IT-Infrastruktur, und dies verleiht unserem Schulportal im Ländervergleich eine hohe Leistungsstärke.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Damit kommen wir zur **Frage 869**, und ich darf Herrn Abg. Yanki Pürsün von den Freien Demokraten das Wort erteilen. Bitte.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Welche Möglichkeiten sieht sie, die Einfahrten des für den regionalen Nahverkehr wichtigen Frankfurter S-Bahn-Tunnels vor dem Zugang von unbefugten Personen zu sichern?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister Al-Wazir, Sie haben das Wort.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Abgeordneter, der S-Bahn-Tunnel in Frankfurt stellt das zentrale

Element der S-Bahn Rhein-Main dar, wird von fast allen S-Bahn-Linien passiert und liegt in der Zuständigkeit der bundeseigenen DB Netz AG bzw., was die Tunnelstationen angeht, in derjenigen der DB Station & Service AG. Zur Beantwortung Ihrer Frage haben wir deshalb die Deutsche Bahn um eine entsprechende Stellungnahme gebeten.

Hinsichtlich der Tunnelstationen teilt die Deutsche Bahn mit, dass die DB Station & Service AG in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang Maßnahmen zur Sicherung gegen unbefugtes Eindringen von den Bahnsteigen in die Streckentunnel ergriffen und umgesetzt habe. Dabei seien Themen wie die Durchfahrbarkeit der S-Bahnen und Eisenbahnen sowie betriebliche Wegevorgaben zu beachten. Baulich sei der Übergang vom Bahnsteig in den Tunnelbereich durch Bahnsteigabschlusstüren gesichert worden. Diese seien 2 m hoch und wiesen einen Abstand von 30 cm zur Bahnsteigkante auf. Nur befugte Personen bekämen einen Zugang und die Möglichkeit, die Gittertüren zu öffnen. Ausnahmen bildeten die Stationen Frankfurt-Konstablerwache und Frankfurt-Mühlberg. Bahnsteigabschlusstüren seien dort nicht montiert worden, da diese nicht die nach den Normen des Eisenbahnbetriebs geforderten Mindestdurchgangsbreiten gewährleisten könnten. Dort werde der Zugang durch einen Durchgangsbügel begrenzt.

Die in der Zuständigkeit der DB Netz AG stehenden Tunnelportale des Frankfurter S-Bahn-Tunnels befinden sich im Vorfeld des Frankfurter Hauptbahnhofs, in Frankfurt (Main) Süd und in Frankfurt-Oberrad. Gemäß den Ausführungen der DB seien diese infolge ihrer Bauweise durch unbefugte Personen erschwert zu erreichen, da bis zum Tunnelmund jeweils eine Strecke von mehreren Hundert Metern zurückgelegt werden müsste, auf denen das vorbeifahrende Triebfahrzeugführerpersonal auffällige Personen, die z. B. keine Sicherheitskleidung tragen, erkennen und melden kann. In Frankfurt Hauptbahnhof und Frankfurt (Main) Süd müssten zudem zum Erreichen der Tunnelportale vorher auch zahlreiche andere Bahnanlagen und sonstige Barrieren überquert werden. Das Betriebspersonal sei angewiesen, diesbezügliche Auffälligkeiten umgehend zu melden.

Eine Umsetzung von weiteren baulichen oder sicherheitstechnischen Vorkehrungen sei sehr komplex und nur schwer umsetzbar, unter anderem, da das Instandhaltungspersonal die Bereiche häufig passieren müsse und im Falle von gefährlichen Ereignissen im Tunnel auch ausreichend Fluchtwege freizuhalten seien. Die DB verweist zudem darauf, dass sie mit der Bundespolizei im ständigen Austausch zum Thema „unbefugter Zugang zum S-Bahn-Tunnel“ stehe. Dies beziehe sich sowohl auf konkrete Ereignisse als auch auf grundsätzliche Optimierungsmöglichkeiten. Neuralgische Stellen seien der Bundespolizei bekannt. Es komme dort auch zu verstärkten Kontrollen. Darüber hinaus würden im Rahmen der Arbeitskreise von Deutscher Bahn, Rhein-Main-Verkehrsverbund und weiteren Beteiligten zur Verbesserung von Pünktlichkeit und Qualität im S-Bahn-Verkehr kontinuierlich gemeinsam weitere denkbare Maßnahmen zum Verhindern des unbefugten Betretens der Tunnelanlage bewertet und bei Bedarf und nach Möglichkeit umgesetzt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Pürsün. Sie haben das Wort.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank Herr Staatsminister. – Sind Sie nach diesen Ausführungen der Meinung, dass wir an diesen Stellen die optimale Sicherung erreicht haben, oder kennen Sie vielleicht andere Beispiele, wo man noch mehr machen kann oder mehr gemacht wurde?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Vielen Dank. – Das Land betreibt diese Tunnel selbst nicht. Diese betreibt die DB. Sie haben an den Ausführungen der DB gesehen, dass sich diese schon sehr viele Gedanken gemacht und teilweise bauliche Veränderungen vorgenommen hat. Am allerbesten wäre es natürlich, wenn sich alle Menschen vernünftig verhalten und keinen Quatsch machen würden; aber dies kann die Regierung nicht beschließen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Damit kommen wir zur **Frage 870**. Ich darf erneut Herrn Pürsün von den Freien Demokraten das Wort erteilen.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Warum hat sie erst 2023 erkannt, dass sie Frankfurt bei der Bewältigung der drogenpolitischen Herausforderungen im Bahnhofsviertel, angesichts der hohen Zahlen von Nutzern der Einrichtungen aus dem Umland, alleine lässt?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatssekretärin Janz, Sie haben das Wort zur Beantwortung.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Danke schön, Frau Präsidentin. – Lieber Herr Pürsün, ein Alleinlassen kann ich nicht erkennen. Die Landesregierung fördert seit vielen Jahren eine Vielzahl von Suchthilfeangeboten in der Großstadt Frankfurt und damit auch im Einzugsgebiet. Aus den der Stadt Frankfurt zur Verfügung gestellten kommunalisierten Landesmitteln hat die Stadt 2021 ca. 2 Millionen € für Suchthilfeangebote verausgabt. Außerdem hat die Landesregierung entschieden, die kommunalisierten Landesmittel im Suchthilfebereich für die Jahre 2023/2024 zusätzlich zu erhöhen. Das wissen Sie, weil es Teil der Haushaltsberatung war. Hessen fördert zudem seit vielen Jahren die Substitutions- und Heroinambulanz Frankfurt, den Drogennotruf des Vereins BASIS e. V. und die Plätze der Einrichtung Fleckenbühl in Niederrad. Für die Herausforderung im Bahnhofsviertel

in den letzten Jahren gibt es seit 2023 eine zusätzliche Landesförderung, speziell für dort lokalisierte Angebote, in Höhe von 900.000 €. Sie sehen, die Landesregierung ist hier tätig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Holger Bellino (CDU))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Es gibt eine Nachfrage von Herrn Pürsün. Sie haben das Wort.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Haben Sie einen Überblick, welchen Anteil die Landesförderung an den Ausgaben für die Drogenpolitik der Stadt Frankfurt hat und ob das dem Anteil der Nutzer entspricht, die nicht aus Frankfurt sind?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Lieber Herr Pürsün, ich glaube, das wissen Sie als Stadtverordneter der Stadt Frankfurt besser, und Sie haben bessere Möglichkeiten, dort nachzufragen. Ich habe diese Zahlen hier nicht vorliegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Es gibt eine letzte Nachfrage von Herrn Pürsün, weil mehr Nachfragen nicht gehen. Sie haben das Wort.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Die vorherige Frage habe ich gestellt, weil ich die Antwort kenne.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

Ich wollte nur schauen, ob auch die Landesregierung die Antwort kennt.

(Zuruf: Zuhören hilft!)

– Genau, zuhören hilft.

(Holger Bellino (CDU): Das ist eine Showveranstaltung hier im Landtag!)

Frau Staatssekretärin, ist der Landesregierung aufgefallen, dass es in Frankfurt parteiübergreifend Kritik an den Zuständen gibt, dass die Erwartung groß ist, dass die Probleme gelöst werden, und dass wir dafür wahrscheinlich mehr Geld brauchen? Ist die Landesregierung bereit, sich hieran zu beteiligen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Ich habe eben die Zahlen noch einmal deutlich gemacht. In der Suchthilfe, das ist auch eine Form der Gesundheitshilfe, sind das schon nennenswerte Summen für die Großstadt Frankfurt und damit auch für das Umland. Es ist unser Auftrag als Landesregierung, dort auch ein Stück weit ausgleichend zu wirken und zusammenzuarbeiten.

Wir wissen, dass die drogenpolitischen Herausforderungen nur in einem Zusammenspiel von Land und Kommune, also mit der Stadt Frankfurt, bewältigt werden können. Ich glaube, dass wir gemeinsam auf einem guten Weg sind, diese drogenpolitischen Herausforderungen anzunehmen und zu bewältigen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Damit komme ich zur **Frage 871** und darf Herrn Abg. Christoph Degen von der SPD-Fraktion das Wort erteilen.

Christoph Degen (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann hat sie erstmals mit den Planungen zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Anpassung der Besoldung der Grundschullehrkräfte begonnen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister Prof. Lorz, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abg. Degen, die Frage der Eingangsbesoldung für Grundschullehrkräfte ist, wie Sie selbst am besten wissen, seit Jahren Gegenstand intensiver Betrachtungen der Landesregierung, zu denen ich im Übrigen auch schon mehrfach in diesem Hause und auch im Rahmen von Fragestunden, nicht zuletzt auf Ihre Veranlassung hin, berichtet habe. Diese Betrachtungen sind letztlich in dem politischen Willen gemündet, die Eingangsbesoldung der Grundschullehrkräfte stufenweise bis zum Jahr 2028 auf die Besoldungsgruppe A 13 anzuheben.

Diese Entscheidung stellt einen weiteren Baustein in der Reihe großer Investitionen im Schulbereich dar. Sie stärkt dauerhaft den Bildungsstandort Hessen und sorgt in Zeiten eines hohen Fachkräftebedarfs in allen Branchen für eine zusätzliche Aufwertung des Berufs der Grundschullehrerin und des Grundschullehrers. Durch diesen Schritt sollen aber auch drohende Wettbewerbsnachteile gegenüber angrenzenden Ländern vermieden werden.

Die hessischen Lehrerinnen und Lehrer üben einen sehr verantwortungsvollen Beruf aus und kümmern sich jeden Tag um die Bildung und damit um die Zukunft unserer Kinder. Mit der Anhebung der Besoldung in Grundschulen

wird diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe für unsere jüngsten Schülerinnen und Schüler noch einmal aufgewertet. Sie wird uns auch helfen, diesen Beruf noch attraktiver zu gestalten und mehr junge Menschen für diese wichtige Aufgabe zu gewinnen.

Wir setzen mit dieser Besoldungsanhebung zudem eine Zusage aus dem Koalitionsvertrag um, wonach der Anpassung eine möglichst einheitliche Linie unter den Ländern vorausgehen sollte.

Neben Hessen haben sich mit Bayern und Nordrhein-Westfalen zwei große Nachbarländer auf den Weg gemacht, die Eingangsbesoldung der Grundschullehrkräfte anzupassen. Niedersachsen hat die Anpassung ebenfalls angekündigt. Rheinland-Pfalz möchte allerdings, wie jüngst dortigen Plenardebatten zu entnehmen war, derzeit keine Anpassung bei der Besoldung seiner Grundschullehrkräfte vornehmen und diese weiterhin im Eingangssamt mit A 12 besolden.

(Zurufe: Oh!)

So komme ich auch zu der Beantwortung Ihrer konkreten Frage. Es liegt auf der Hand, dass im Rahmen dieses intensiven Beobachtungsprozesses – deswegen habe ich das noch einmal ein bisschen ausgeführt – während der gesamten Legislaturperiode vielfach Fragestellungen beleuchtet wurden, die am Ende auch in den konkreten Prozess einfließen konnten. Die konkreten Arbeiten an einer Formulierungshilfe für einen Gesetzentwurf der regierungstragenden Fraktionen begannen allerdings in meinem Haus mit einer internen Auftaktveranstaltung am 20. Januar 2023.

Deswegen möchte ich Ihre Frage auch gerne dazu nutzen, um den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl in meinem Hause als auch in den anderen eingebundenen Ressorts für ihre unter diesen Umständen wirklich sehr schnelle und trotzdem sehr gewissenhafte Arbeit zu danken.

(Beifall Holger Bellino (CDU))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächste hat sich die Abg. Heidt-Sommer von SPD-Fraktion für eine Nachfrage gemeldet. Sie haben das Wort.

Nina Heidt-Sommer (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Staatsminister Lorz für die bisherige Antwort. – Zu welchem Zeitpunkt ist geplant, diese Übertragung von A 13 auch für die angestellten Lehrkräfte wirksam zu machen? Gibt es konkrete Planungen, ab wann die Entgeltordnung TV EGO-L-H entsprechend geändert werden soll?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Liebe Frau Kollegin Heidt-Sommer, das kann die Landesregierung nicht alleine planen. Sie wissen, die Festlegung des Entgelts der tarifbeschäftigten Lehrkräfte ist den Tarifverhandlungen vorbehalten. Ich gehe aber davon aus, dass das selbstverständlich Gegenstand der nächsten Tarifverhandlungen sein wird.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächste hat sich die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE für eine Nachfrage gemeldet. Sie haben das Wort.

Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich habe eine Nachfrage, weil Sie, Herr Minister Lorz, gesagt haben, dass in dieser Legislaturperiode noch erhebliche Haushaltsmittel bereitgestellt würden. Mich würde die Höhe interessieren, wie viele Haushaltsmittel in diesem Haushaltsjahr noch dafür veranschlagt werden und wie viel das eigentlich noch in diesem Jahr, also 2023, im Geldbeutel der Grundschullehrerinnen und -lehrer ausmacht.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Es tut mir leid, liebe Frau Kollegin, ich kann Ihnen an dieser Stelle keine konkreten Zahlen liefern. Ich müsste sie aus dem Kopf nennen. Das möchte ich bei solchen Punkten, bei denen es auf die genaue Berechnung ankommt, nicht riskieren.

Sie wissen aber, und das kann ich bestätigen, das gesamte Finanzvolumen für die Besoldungsanpassung beträgt in der Endausbaustufe nach heutigem Stand etwa 110 Millionen €. Das ist genau der Grund, warum wir das in insgesamt sechs Schritten vornehmen. Diese Schritte sind auch unterschiedlich groß, um die Belastung, gerade jetzt am Anfang, in diesem Haushalt in Grenzen zu halten.

Die konkreten Zahlen lagen, meine ich, während der Haushaltsverhandlungen auf dem Tisch. Ich müsste sie aber jetzt, ehrlich gesagt, noch einmal herausuchen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Damit liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Wortmeldung Elisabeth Kula (DIE LINKE))

– Frau Kula, es haben sich schon zwei Abgeordnete außer dem Fragesteller zu Wort gemeldet, deswegen geht es leider nicht mehr.

Ich rufe jetzt die **Frage 872** auf und darf erneut Herrn Degen von der SPD-Fraktion das Wort erteilen.

Christoph Degen (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Änderungen am Bildungsangebot für junge Zugewanderte verfolgt sie an der entsprechenden Fördererichtung des Landes am Standort Hasselroth?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister Prof. Lorz, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abg. Degen, um auszuschließen, dass wir über verschiedene Sachverhalte sprechen, hole ich ein wenig aus. Bei der von Ihnen genannten Liegenschaft handelt es sich um mehrere Gebäude, die für die Unterbringung und für den Unterricht genutzt werden. Von diesen Gebäuden am Standort in Hasselroth stehen drei im Eigentum des Bundes und drei im Eigentum des Landes.

Im Wohnheim in Hasselroth sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Sonderlehrgangs zum Erwerb der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung untergebracht. Diese Schülerinnen und Schüler werden an der Ludwig-Geißler-Schule in Hanau beschult, wo keine Änderungen hinsichtlich des Bildungsangebots beabsichtigt sind.

Zusätzlich werden Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger in sechs Intensivklassen an beruflichen Schulen am Standort in Hasselroth beschult, die nicht im Wohnheim untergebracht werden. Aufgrund erheblicher Mängel an der elektrotechnischen Ausstattung der Unterrichtsräume wird diese Beschulung der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger jedoch nur noch bis zu den Sommerferien 2023 erfolgen, und die Intensivklassen in den beruflichen Schulen werden dann auf andere Standorte verteilt. Die Mängel an der elektrotechnischen Ausstattung betreffen allerdings nur das Schulgebäude, sodass die sonstigen Gebäude auch über die Sommerferien 2023 hinaus genutzt werden können.

Am Bildungsangebot wird sich also gar nichts ändern, nur der Bildungsort für die Intensivklassen der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger wird sich aufgrund der raumtechnischen Verhältnisse zum Sommer 2023 verändern.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Eine Nachfrage hat Herr Abg. Degen. Sie haben das Wort.

Christoph Degen (SPD):

Besten Dank für die Beantwortung. – Soweit ich das wahrnehme, hat kaum ein anderer Standort freie Kapazitäten, deswegen die Frage: Beabsichtigt die Landesregierung, am Standort Hasselroth zu investieren, um die bestehenden baulichen Mängel zu beheben?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Nach dem, was man mir gesagt hat, lieber Herr Kollege Degen, sind die Wohngebäude in den kommenden Jahren weiterhin nutzbar, auch wenn eine Modernisierung des Wohnheims perspektivisch notwendig ist. Konkrete Planungen gibt es dazu derzeit noch nicht. Die Nutzungsmöglichkeiten für das Schulgebäude – das ist das, was ab dem neuen Schuljahr nicht mehr zur Beschulung zur Verfügung steht – werden derzeit geprüft. Wir müssen an der Stelle vor allem auch berücksichtigen, dass der Bund den Verkauf der in seinem Eigentum stehenden Häuser der Fördereinrichtung für junge Zugewanderte in Hasselroth beabsichtigt. Deswegen wird beispielsweise ein möglicher

Kauf der Gebäude durch das Land derzeit geprüft. Das Ganze muss also noch zu einem Paket zusammengeschnürt werden.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Degen hat noch eine Nachfrage und hat damit das Wort.

Christoph Degen (SPD):

Ein Verkauf der Bundesgebäude war schon länger Thema. Soweit ich weiß, dauert diese Prüfung schon eine ganze Weile an. Können Sie etwas dazu sagen, wann diese Prüfung abgeschlossen sein wird, ob das Land diese Liegenschaften übernehmen wird?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Lieber Herr Kollege Degen, das entspricht der Erfahrung, die wir auch anderweitig mit dem Bund machen: Das zieht sich manchmal ganz schön hin. – Es gibt einfach noch keine Übereinkunft, und es kann auch keine einseitige Entscheidung des Landes dazu geben.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Jetzt liegen mir keine weiteren Nachfragen vor.

Damit rufe ich die **Frage 873** von Herrn Abg. Dr. Dr. Rainer Rahn, fraktionslos, auf. Sie haben das Wort.

Dr. Dr. Rainer Rahn (fraktionslos):

Vielen Dank. – Ich frage die Landesregierung:

An wie vielen und welchen Standorten in Hessen wurden bislang per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFA) nachgewiesen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin Hinz, Sie haben das Wort.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter, an Messstellen in 163 hessischen Oberflächenwasserkörpern und an 367 Grundwassermessstellen wurden PFAS nachgewiesen. Zusätzlich stammen 184 Positivmessungen aus Bodenproben der Bodendauerbeobachtungsflächen, Auenuntersuchungen und anlassbezogenen Messungen. Bei den hessischen Oberflächenwasserkörpern kommt es vereinzelt zu Überschreitungen der Umweltqualitätsnormen.

PFAS können über verschiedene Wege in die Oberflächengewässer gelangen, wie z. B. aus Kläranlageneinleitungen. Für den Boden und das Grundwasser ist festzustellen, dass die derzeit zur Verfügung stehenden Beurteilungswerte nur

sehr vereinzelt überschritten werden und auf bekannte Belastungen zurückgeführt werden.

In Hessen sind aktuell 25 PFAS-Schadensfälle bekannt, welche sich in einer laufenden oder abgeschlossenen Sanierung befinden. Die meisten Fälle lassen sich auf den Einsatz von PFAS-haltigem Löschschaum zurückführen. Das ist vor allem bei Flughäfen, militärischen Liegenschaften sowie Großbränden der Fall, wie z. B. in Frankfurt, Wiesbaden-Erbenheim und Bürstadt. Als weitere Eintragsquelle sind Betriebe zu nennen, welche auf PFAS-haltige Hilfsstoffe zurückgreifen, wie in Darmstadt, Oberursel und Rödermark. Schadensfälle wie diese finden sich überall in Deutschland.

Um neuen Schadensfällen und damit der zunehmend ubiquitären Verbreitung von PFAS entgegenzuwirken, bedarf es einer europaweiten Beschränkung der PFAS-Chemikalien. Für diese hat sich Hessen daher bei der 100. Umweltministerkonferenz vor einer Woche starkgemacht. Auf hessische Initiative hin haben die Umweltministerinnen und Umweltminister der Länder ihre Unterstützung des entsprechenden Vorschlags der Europäischen Chemikalienagentur erklärt. Außerdem wurde die europäische Ebene gebeten, den Vorschlag so schnell wie möglich zu beraten und das Ergebnis unverzüglich zu realisieren.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Es gibt eine Nachfrage des Abg. Rahn. Sie haben das Wort.

Dr. Dr. Rainer Rahn (fraktionslos):

Vielen Dank für die sehr umfangreiche Antwort, Frau Ministerin. – Ich habe trotzdem noch eine Nachfrage: Welche Vorgaben oder Auflagen wurden seitens der Landesregierung bzw. der zuständigen Behörden den jeweiligen Betreibern gemacht, jedenfalls in den Fällen, in denen die Grenzwerte überschritten wurden?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Es gibt noch keine Grenzwerte, sondern es gibt für das Grundwasser insgesamt sieben Geringfügigkeitsschwellenwerte und sechs orientierende Gesundheitswerte. Für die Trinkwasserversorgung gibt es die orientierenden Gesundheitswerte, weil keine ausreichende Datengrundlage vorhanden ist. Da allerdings immer mehr Messreihen vorliegen, gehen wir davon aus, dass wir irgendwann tatsächlich zu einem Grenzwert kommen können.

Die zulässige Höchstkonzentration für PFOS in Oberflächengewässern – das ist wieder ein anderer Wert – beträgt 36 µg. In der Regel ist ganz selten zu klären, wer genau der Verursacher ist, außer, die Substanz ist im Boden, weil dort Löschschäume verwendet worden sind, wie z. B. hier in Wiesbaden-Erbenheim. Dann kann man am Ende nach Bodensanierung mit Auflagen arbeiten. Ansonsten gibt es keine europaweiten und auch keine bundesweiten Regelungen zur Verringerung von PFAS.

Deswegen ist es so wichtig, dass die Umweltministerkonferenz das jetzt entschieden hat und wir das europaweit regulieren können.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Nachfragen vor.

Damit komme ich zur **Frage 874** und darf erneut Herrn Abg. Dr. Dr. Rainer Rahn, fraktionslos, das Wort erteilen.

Dr. Dr. Rainer Rahn (fraktionslos):

Ich frage die Landesregierung:

In wie vielen Fällen wurden in den vergangenen drei Jahren die Kosten von Polizeieinsätzen den betroffenen Verursachern in Rechnung gestellt?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Das Wort hat Staatsminister Peter Beuth.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Abgeordneter, in den vergangenen drei Jahren, also von 2020 bis 2022, hat das Hessische Polizeipräsidium für Technik als zuständige Behörde aufgrund polizeilicher kostenpflichtiger Amtshandlungen insgesamt 46.640 Kostenbescheide erlassen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Mir liegen keine weiteren Nachfragen vor. – Moment; das war mir im System bisher nicht ersichtlich. Ich habe jetzt sogar zwei Nachfragen. Als Erster hat Herr Dr. Dr. Rainer Rahn Gelegenheit zur Nachfrage.

Dr. Dr. Rainer Rahn (fraktionslos):

Da war ich nicht schnell genug.

Vielen Dank für die Antwort, Herr Minister. – Ich habe eine Nachfrage: Denkt die Landesregierung darüber nach, Polizeieinsätze bei kommerziellen Großveranstaltungen zumindest teilweise den Veranstaltern in Rechnung zu stellen? Ich denke dabei vor allem an sportliche Großveranstaltungen wie Bundesliga-Fußballspiele, die bezüglich der Polizeieinsätze sehr aufwendig sind. Gibt es hier Überlegungen, dass die Landesregierung den Veranstalter mit beteiligt?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister Beuth, Sie haben das Wort.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abgeordneter, nein, die Landesregierung denkt darüber nicht nach.

Es steht im Übrigen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu dieser expliziten Frage der Kostenpflicht von Polizeieinsätzen bei Fußballveranstaltungen aus. Sie wird demnächst erwartet, wobei ich Ihnen keinen Zeitraum sagen kann, wann das genau sein wird.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Dann hat sich Herr Dr. Wilken von der Fraktion DIE LINKE zu einer Nachfrage gemeldet. Herr Dr. Wilken, Sie haben das Wort.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister Beuth, wie viele der von Ihnen gerade genannten Fälle betreffen das Versammlungsrecht? Wenn das Versammlungsrecht betroffen ist, wie entscheiden Sie dann im Sinne dieses grundgesetzlich geschützten Versammlungsrechts bei Kostenbescheiden?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben erneut das Wort.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Das kann ich Ihnen nicht ganz genau sagen. Ich hatte vermutet, dass die Klimaaktivisten in Bezug genommen werden. Deswegen haben wir selbstverständlich geschaut, welche Kostenbescheide wir dort ausgestellt haben. Das sind in dem Zeitraum von 2020 bis 2022 insgesamt 188 Bescheide, und sie werden natürlich nach Recht und Gesetz erstellt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Nun darf ich noch Herrn Abg. Gagel von der AfD-Fraktion ebenfalls zu einer Nachfrage das Wort erteilen.

Klaus Gagel (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister, mich würde interessieren, ob bei den 46.000 Kostenbescheiden die Abschlüsse von der „Letzten Generation“ an den hessischen Autobahnen dabei waren. Wahrscheinlich können Sie das jetzt nicht sagen. Ich wäre auch zufrieden, wenn Sie die Antwort nachreichen würden. Aber vielleicht haben Sie es da.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Ich kann Ihnen das nicht genau bestätigen. Unter den 188 Kostenbescheiden sind 37 aufgrund der Räumung des Dannenröder Forstes. Da sie darauf Bezug genommen haben, könnten sie prinzipiell mit dabei gewesen sein.

Es gibt Bescheide aus dem Fechenheimer Wald, 16 Bescheide wegen sonstiger Aktivistenaktionen, davon 14 von der „Letzten Generation“. Mutmaßlich müssten sie dabei sein. Aber wie viele es sind, kann ich Ihnen nicht sagen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Querdenker?)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Damit haben wir keine weiteren Nachfragen.

Ich rufe **Frage 875** auf und darf Frau Kula, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, das Wort erteilen.

Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie den Zwischenruf des Bundesjugendkuratoriums mit der Forderung nach einem Nachhaltigkeitsforum zu jungen Geflüchteten, angesichts der Versorgungseingänge in der Kinder- und Jugendhilfe und Bildungseinrichtungen, für vor allem unbegleitete minderjährige Geflüchtete?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Sehr geehrte Präsidentin, liebe Frau Abgeordnete, das Bundesjugendkuratorium hat den gesetzlichen Auftrag, die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragestellungen der Jugendhilfe als Sachverständigenrat zu beraten. Entsprechend ist auch der vorliegende Zwischenruf mit dem Vorschlag eines Nachhaltigkeitsforums an die Bundesregierung gerichtet, die darüber natürlich in eigener Zuständigkeit zu entscheiden hat.

Wir werden selbstverständlich entsprechende Stellungnahmen auch auf der Landesebene als wichtige Beiträge zu dem Diskurs über die Gestaltung und Fortentwicklung der Aufnahmestrukturen für junge Geflüchtete nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern dann auch bewerten. Wir sind aber auch im laufenden Austausch mit der kommunalen Ebene, die vor allen Dingen die Unterbringung und Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer gewährleistet, aber auch die jugendhilfrechtlichen Zuständigkeiten für andere unterzubringende Jugendliche hat. Mit denen befinden wir uns im permanenten Gespräch über Entwicklung und Standards.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Eine Nachfrage von Frau Kula. Sie haben das Wort.

Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Vielen Dank für die Antwort. – Ich würde trotzdem nachfragen wollen, wie die Landesregierung plant, die Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer aufrechtzuerhalten, angesichts der Tatsache, dass die Pauschale, die der Bund zuvor für diese Gruppe gezahlt hat, nun weggefallen ist.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatssekretärin Janz, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Ich darf es vielleicht berichtigen: Die Pauschale ist nicht weggefallen, sondern sie ist in der Kostenerstattung des Bundes aufgegangen, die nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt wurde. Das im Einzelnen darzustellen ist jetzt zu kompliziert. Aber natürlich ist die Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer in Hessen weiterhin nach jugendhilferechtlichen Standards, die die Bundesebene vorgibt, gesichert.

Ich hatte es eben schon gesagt: Wir sind mit den örtlichen Jugendämtern nicht nur in Gesprächen, sondern auch im Austausch – nicht nur zur Finanzierung, sondern auch über die Möglichkeit zur Vorhaltung entsprechender kommunaler Plätze in ausreichender Zahl, auch bei Spitzen, um die Unterbringung sicherzustellen. Das gelingt auch.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Nachfragen vor.

Ich rufe **Frage 876** auf und darf Herrn Abg. Daniel May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Wie wird an Schulen mit Werbung und Sponsoring umgegangen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Das Wort hat der Kultusminister Prof. Lorz.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abg. May, generell sind Werbung und Sponsoring in der öffentlichen Verwaltung nur als ergänzende Finanzierungsmöglichkeit zulässig, weil die Integrität und Neutralität des Staates und seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten vor dem Anschein einer Einflussnahme von Sponsoren oder Werbekunden auf die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben zu schützen ist. Gleichzeitig darf das Budgetrecht des Landtags und der Kommunalvertretungen nicht ausgehöhlt werden, und die Finanzierung öffentlicher Aufgaben muss für die Bürgerinnen und Bürger transparent sein.

In der Schule ist zudem im Speziellen zu beachten, dass Schülerinnen und Schüler umso zugänglicher für eine mögliche Beeinflussung hinsichtlich einer Produktentscheidung sind, je jünger sie sind. Aus diesem Grund gilt nach § 3 Abs. 15 Hessisches Schulgesetz ein striktes Werbeverbot an Schulen. Eine Ausnahme besteht nur für Schülerzeitungen, die in der Schule verteilt werden, wenn der Anteil der Werbung gegenüber den redaktionellen Inhalten nicht überwiegt.

Will der Schulträger selbst Werbemaßnahmen durchführen oder solche von Dritten auf dem Schulgelände gestatten, dürfen diese nur außerhalb der Unterrichtszeit und außerhalb schulischer Veranstaltungen stattfinden.

Demgegenüber ist Sponsoring in Schulen nach § 3 Abs. 15 Hessisches Schulgesetz eingeschränkt zulässig, nämlich dann, wenn die damit verbundene Werbewirkung begrenzt und überschaubar ist und deutlich hinter dem schulischen Nutzen zurücktritt und das Sponsoring mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule vereinbar ist. Die Interessen des Sponsors dürfen außerdem nicht im Widerspruch zu den im Schulgesetz niedergelegten Bildungs- und Erziehungszielen stehen. Die Sponsoringleistungen sind in den Sponsoringbericht aufzunehmen, der dem Hessischen Landtag alle zwei Jahre vorgelegt wird.

Neben § 3 Abs. 15 Hessisches Schulgesetz gelten für das Sponsoring und die Werbung an Schulen sowohl die allgemeinen Regelungen im gemeinsamen Runderlass der Hessischen Staatskanzlei und der Ministerien mit dem Titel „Grundsätze für Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben“ vom 21. Oktober 2020 als auch schulspezifische Spezialvorschriften, die dem Runderlass vorgehen.

Diese Spezialvorschriften wiederum sind in der „Richtlinie für den Umgang mit Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen an Schulen“ vom 15. Oktober 2019 und in einem „Leitfaden zum Umgang mit Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen an Schulen“ vom 14. November 2019 festgelegt und den Schulen durch ein Anschreiben über die Staatlichen Schulämter mitgeteilt worden.

Zuständig für den Abschluss von Sponsoringverträgen sind grundsätzlich die Staatlichen Schulämter. An selbstständigen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie rechtlich selbstständigen beruflichen Schulen können die Schulleiterinnen und Schulleiter in bestimmten Fällen Sponsoringverträge schließen. Sofern Sponsoringleistungen den Bereich der äußeren Schulverwaltung betreffen, sind die Genehmigung des Sponsorings, die Entgegennahme der Leistung und die Zuständigkeit für den Abschluss des Sponsoringvertrages mit dem Schulträger abzustimmen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine Nachfrage darf ich Herrn Abg. May erneut das Wort erteilen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Wie stellt die Landesregierung sicher, dass alle Schulleitungen mit Blick auf die zahlreichen Vorschriften informiert sind?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Kollege May, das ist zweifellos eine berechtigte Frage, weil es natürlich ganz entscheidend darauf ankommt, dass die Schulleitungen sozusagen einen Blick dafür haben, wo es problematisch werden könnte. Das gewinnt jetzt, nach dem Ende der Corona-Pandemie, wieder an Bedeutung, da der Schulalltag neben dem Unterricht von weiteren Veranstaltungen, wie beispielsweise Schulfesten,

geprägt wird, die jetzt, Gott sei Dank, wieder uneingeschränkt stattfinden können.

Deswegen haben wir auch – ich hatte Ihnen eben schon gesagt, dass die Richtlinie und auch der dazugehörige Leitfaden aus dem Jahr 2019 stammen – die Schulen zuletzt am 23. März 2023 noch einmal durch ein Schreiben meines Hauses auf die vorgenannten Regelungen und insbesondere darauf hingewiesen, dass es neben der Richtlinie, die naturgemäß eher juristisch abgefasst ist, auch einen Leitfaden gibt, den wir versucht haben möglichst praxisrelevant zu fassen, sodass die Schulleiterinnen und Schulleiter die Regelungen in der Praxis auch wirklich rechtssicher umsetzen können.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster darf ich der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE das Wort für eine Nachfrage erteilen.

Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich hätte noch eine Nachfrage zu diesem Thema. Gibt es vonseiten der Kultusverwaltung irgendeine Form von Kontrolle oder Evaluation bei PPP- bzw. ÖPP-Projekten im Bereich Schulbau, inwieweit solche Projekte über PPP oder ÖPP umgesetzt werden und dort Sponsoring durch die privaten Partner bei der Umsetzung betrieben wird? Gibt es dazu irgendeine Form der Evaluation oder Kontrolle?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Das Wort hat der Kultusminister Prof. Lorz.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Frau Kollegin Kula, wenn Sie spezifisch von Schulbaumaßnahmen reden, wissen Sie, dass diese in die Zuständigkeit der Schulträger fallen. Wenn das jemand evaluieren soll, müssen das natürlich die Schulträger machen, weil sie auch für den Bau zuständig sind.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zu **Frage 877**, und ich darf der Abg. Marion Schardt-Sauer von den Freien Demokraten das Wort erteilen.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Wie hoch ist jeweils die Abbruchquote unter den Auszubildenden, den dual Studierenden sowie den Anwärtnerinnen und Anwärtern für die Beamtenlaufbahn in der Justizverwaltung 2022 gewesen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Justizminister Prof. Poseck.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister der Justiz:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Abg. Schardt-Sauer, die Abbruchquote war 2022 in den von Ihnen angesprochenen Bereichen wie folgt: Bei den Auszubildenden 4,11 %, bei den Anwärtnerinnen und Anwärtern des mittleren Dienstes 3,58 %, und bei den Anwärtnerinnen und Anwärtern des gehobenen Dienstes – das sind die mit dem dualen Studium – waren es 5,85 %. Wenn Sie eine gemittelte Quote errechnen, kommen Sie auf eine Gesamtabbruchquote von 4,27 % aus diesen verschiedenen Ausbildungsgängen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine Nachfrage darf ich Herrn Dr. Wilken von der Fraktion DIE LINKE das Wort erteilen.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister Poseck, erheben Sie, wohin diese Menschen dann gehen? Vielleicht ist es ja gar kein Abbruch, sondern eine Verbesserung ihrer Situation. Wissen wir, wohin die gehen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister der Justiz:

In der Tat finden Gespräche mit denen statt, die ihre Ausbildung abbrechen. Die Gründe sind vielschichtig. Sie können beispielsweise darin liegen, dass eine andere Ausbildung, z. B. ein Hochschulstudium, begonnen wird. Sie können auch darin liegen, dass eine heimatnahe Verwendung angestrebt wird; und natürlich gibt es auch Fälle, in denen sich die Erwartungen der Auszubildenden oder Anwärtnerinnen und Anwärter nicht erfüllt haben. Von daher sind es nach unseren Erhebungen sehr unterschiedliche Gründe, die zu diesem Abbruch führen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächste hat Frau Abg. Schardt-Sauer von den Freien Demokraten erneut das Wort für eine Nachfrage.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Vielen Dank. – Anknüpfend an die Frage meines Vorredners meine Frage: Hat sich das Ministerium mit der Situation auseinandergesetzt, dass z. B. ausgebildete Rechtspfleger sich dagegen entscheiden, in eine Beamtenlaufbahn einzutreten, also im Grunde genommen den weiteren Weg nicht antreten? Das ist ja das, wonach der Kollege Dr. Wilken auch gefragt hat: Wie hoch ist die Zahl? Wohin gehen die Menschen? Wie können wir das stoppen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister der Justiz:

Das Thema, das Sie ansprechen, ist mit der Abbruchquote nicht deckungsgleich. Aber natürlich haben wir ein hohes Interesse daran, dass möglichst viele Menschen auch nachher in der Justiz ihre Tätigkeit aufnehmen. Daran arbeiten wir insbesondere durch eine Steigerung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen. Da gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen, die wir in den unterschiedlichen Laufbahnen ergriffen haben. Bei den Fachangestellten gehört es z. B. dazu, dass wir inzwischen wesentlich schneller unbefristete Verträge anbieten, um den Fachangestellten auch einen sicheren Arbeitsplatz anzubieten. Bei den übrigen Bediensteten will ich unter anderem darauf hinweisen, dass wir inzwischen die voraussetzungslose Teilzeit ermöglichen, dass wir auch die Digitalisierung vorantreiben, um damit z. B. mehr Flexibilität in der Arbeitsgestaltung, auch mehr Arbeit von zu Hause aus zu ermöglichen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Es gibt doch noch eine Nachfrage. Frau Abg. Schardt-Sauer hat erneut das Wort.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Danke; ich war so beeindruckt von den Ausführungen, ich konnte nicht schnell genug auf den Knopf drücken. – Nachfrage, weil Sie es schon ansprachen: Egal ob man es nun Abbruch- oder Weggehquote nennt – es sind jedenfalls Leute, die den hessischen Justizdienst verlassen. Noch einmal die Frage: Wohin gehen z. B. die ausgebildeten Rechtspfleger? Wir haben in Rotenburg einen tollen Standort. Wo gehen diese Menschen hin? Diese Analyse ist Voraussetzung, um zu verhindern, dass die in Zukunft einen anderen Weg gehen. Gehen die in die Bundesverwaltung? Gehen die in die Privatwirtschaft? Was machen die?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister der Justiz:

Zunächst einmal will ich darauf hinweisen, dass die allermeisten in der Justiz bleiben und wir insgesamt einen sehr hohen Stellenbesetzungsgrad haben. Richtig ist aber auch, dass es Einzelne gibt, die andere Wege gehen. Wie ich schon auf die Nachfrage von Herrn Abg. Dr. Wilken gesagt habe, sind die Ursachen und die Wege dabei vielschichtig. Deshalb ist es nicht ganz so einfach, das zu beantworten.

Was wir allerdings als einen Gesichtspunkt feststellen, ist, dass es Absolventinnen und Absolventen gibt, denen eine heimatnahe Verwendung sehr wichtig ist. Für uns ist es auch ein wichtiger Punkt, dass wir den Absolventinnen und Absolventen, soweit das geht, eine heimatnahe Verwendung ermöglichen. Aber es gehört auch zur Wahrheit, dass wir natürlich eine Notwendigkeit haben, auch in den Ballungsgebieten Personal einzusetzen, weil insbesondere die Amtsgerichte in einem hohen Maße einen Präsenzbetrieb haben und deshalb dort Personal vor Ort sein muss.

Aber dieses Thema der heimatnahen Verwendung ist eines, mit dem auch wir uns intensiv beschäftigen. Es ist auch ein Thema, das uns noch weiter beschäftigen wird.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann rufe ich die **Frage 878** auf und darf der Abg. Lisa Gnagl von der SPD-Fraktion das Wort erteilen.

Lisa Gnagl (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Plant sie im Hinblick auf den bestehenden Fachkräftemangel eine finanzielle Förderung der praxisintegrierten Ausbildung in der stationären Jugendhilfe?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatssekretärin Janz, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Danke schön, sehr geehrte Frau Präsidentin. Danke schön auch für die Frage, Frau Gnagl, bezieht sie sich doch auf das PivA-Programm. – Ich freue mich sehr, dass dieses Programm, das wir in dieser Legislaturperiode aufgelegt und weiträumig gefördert haben, so einen großen Widerhall gefunden hat, dass es beim Thema Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich durchaus ein bisschen Abhilfe schafft.

Das Landesprogramm „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“ wird seit dem Jahr 2020 umgesetzt und wurde zum damaligen Zeitpunkt aufgrund der besonderen Ausbaudynamik des Feldes der Kindertagesbetreuung sowie der mit dem Gute-Kita-Gesetz verbundenen Qualitätsverbesserungen für die Träger der Kindertagesbetreuung konzipiert. Das war sozusagen der Hauptschwerpunkt. Vor dem Hintergrund der sehr positiven Resultate – Sie wissen, dass wir die Anzahl der PivA-Plätze noch einmal ausgeweitet haben – des Landesprogramms bei der Gewinnung zusätzlicher Anwärtinnen und Anwärter als pädagogische Fachkräfte werden wir bei der Fortführung eine Öffnung für das Arbeitsfeld der stationären Jugendhilfe prüfen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegt eine Nachfrage von Frau Gnagl vor. Sie haben das Wort.

Lisa Gnagl (SPD):

Vielen Dank. – Frau Staatssekretärin Janz, ich würde gerne von Ihnen wissen, ob noch in dieser Legislaturperiode eine Änderung der Förderrichtlinie geplant ist.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Frau Abgeordnete, eine Änderung der Förderrichtlinie ist in dieser Wahlperiode – sie ist zugegebenermaßen nur noch kurz – nicht geplant.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Gnagl, Sie haben das Wort.

Lisa Gnagl (SPD):

Vielen Dank. – Sieht die Landesregierung im Arbeitsfeld der stationären Jugendhilfe keinen dringenden Handlungsbedarf im Hinblick auf die Fachkräfte, wenn sie jetzt keine Änderung der Förderrichtlinie mehr plant?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Ich habe mich jetzt vor allen Dingen auf den zeitlichen Bezug im Hinblick auf die Förderrichtlinie fokussiert. Sie wissen auch, dass bei dem PivA-Programm Träger zur Verfügung stehen müssen, die diese praxisintegrierte vergütete Ausbildung durchführen. Ja, im Bereich der stationären Jugendhilfe, im Übrigen auch im Bereich der Heilerziehungspflege, also in Einrichtungen, wo Menschen mit Behinderungen untergebracht sind und wo die Heilerziehungspflege als Hauptberufsfeld unterwegs ist, haben wir einen großen Fachkräftemangel. Wir können uns auch vorstellen, das PivA-Programm in diese Richtung auszuweiten. Aber angesichts des Endes dieser Legislaturperiode wird dieser Teil der Landesregierung die Förderrichtlinie nicht mehr ändern – also keine inhaltliche Ablehnung, sondern eine zeitliche.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine weitere Nachfrage hat sich die Abg. Anders vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Sie haben das Wort.

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, stimmen Sie mir zu, dass die Förderrichtlinie schon längst hätte geändert werden müssen, wenn man die Jugendhilfe hätte mit einbauen wollen, da die Bewerbungsfristen für das Schuljahr 2023/2024 schon abgelaufen sind und alle ihre Förderanträge hoffentlich schon gestellt haben.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Ich habe gerade versucht, das anzudeuten. Das hat sozusagen einen zeitlichen Vorlauf, auch für die Ausbildungsjahrgänge. Es sind ja immer Jahrgänge, die in dieses Programm laufen. Ich freue mich sehr, dass wir es geschafft haben, gerade im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher auch mehr männliche Bewerbungen zu bekommen, dass das bei den Trägern gut eingeschlagen ist, dass wir die 1.000 Plätze, die wir im Haushalt der Landesregierung firmiert haben, voll bekommen. Aber das Programm hat sich so bewährt, dass es sicherlich gut ist, da in Zukunft auch für andere Bereiche des pädagogischen Feldes weiterzumachen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Wir sind damit am Ende der heutigen Fragestunde angekommen.

(Die Fragen 882 bis 884, 887, 888, 890, 892 bis 896, 899 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 879 bis 881, 885, 886, 889, 891 und 898 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Regierungserklärung**Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund****„Hessen in Europa – Europa in Hessen“**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 20 Minuten je Fraktion. Ich darf Sie noch kurz auf die Rednerreihenfolge hinweisen. Zunächst spricht die Landesregierung, Frau Staatsministerin Puttrich. Dann folgen die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die AfD, die Freien Demokraten, die Fraktion DIE LINKE, die CDU und die fraktionslosen Abgeordneten. – Frau Staatsministerin Puttrich, Sie haben das Wort.

Lucia Puttrich, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Nach tagelangen Regenfällen kam es in unserer Partnerregion, der Emilia-Romagna, zu verheerenden Überschwemmungen. Bisher geht man von mindestens 14 Todesopfern und Schäden in Milliardenhöhe aus. Wir haben deshalb unserer Partnerregion unsere Anteilnahme ausgesprochen und Unterstützung angeboten. In der Not halten wir zusammen – darauf können sich unsere Partnerregionen verlassen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit, der gelebten Solidarität untereinander – das ist es, was Europa ausmacht.

Vor genau einer Woche haben wir direkt vor dem Hessischen Landtag zu einer besonderen Veranstaltung eingeladen, einem Tanzflashmob. Fast 500 Schülerinnen und Schüler sind gekommen. Es war ein fröhliches Zeichen für ein friedliches Europa. Dafür, dass diese jungen Menschen zuversichtlich und gut aufwachsen können, arbeiten wir

hier gemeinsam jeden Tag an einem freien, demokratischen und rechtsstaatlichen Europa.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Ziel wird aktuell von Putins Russland infrage gestellt; denn wir haben einen Krieg in Europa – einen brutalen konventionellen Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, einen Krieg, wie wir ihn uns inmitten von Europa nicht mehr vorstellen konnten. Dieser Krieg hat alles verändert, und er wird alles verändern.

Wir fühlen mit den vielen Opfern dieses Angriffskrieges. Die Bilder, die Berichte über diesen Krieg gehen uns unter die Haut. Ich möchte die Bundesregierung ermutigen, ihr Engagement, die Ukraine mit Waffenlieferungen zu unterstützen, fortzusetzen. Wir Deutsche leben seit Jahrzehnten in Frieden und Freiheit. Wir dürfen den Wert dessen niemals vergessen. Ich bin deshalb dankbar, dass wir als Nation bereit sind, für die Freiheit und unsere Werte auch unseren Beitrag zu leisten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für Hessen. Viele Familien haben ukrainische Frauen und Kinder aufgenommen. Das gilt für die hessischen Schulen, die über 16.000 ukrainische Kinder in den Schulbetrieb integrieren, und es gilt für die Kommunen, die wegen der Flüchtlingssituation ohnehin über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus belastet sind. Diese Hilfsbereitschaft ist nicht selbstverständlich, sondern zeigt, dass wir Hessen ein großes Herz haben und helfen, wenn Hilfe dringend gebraucht wird.

Auch die Landesregierung, allen voran mein Kollege Innenminister Peter Beuth, leistet mit den Hilfstransporten in Millionenhöhe ihren Anteil. Ich habe im letzten November in Kassel selbst einen dieser Hilfskonvois verabschiedet, der an Feuerwehrlaute aus der Region Charkiw übergeben wurde. Die Bilder, wie gestandene Männer, die in Hessen an ihren künftigen Löschfahrzeugen ausgebildet wurden, ihre Kinder und Frauen hier in Hessen zurücklassen mussten, werde ich nie vergessen.

Meine Damen und Herren, die EU ist binnen kürzester Zeit einer der Hauptakteure in der internationalen Allianz gegen die russische Aggression geworden. Sie hat, was die Sanktionen und die Unterstützung der Ukraine angeht, geschlossen und entschlossen gehandelt – geschlossen und entschlossen wie selten zuvor.

Sie hat gezeigt: Wenn unsere gemeinsamen Werte in Gefahr sind, dann halten wir zusammen, dann entfalten wir unser ganzes Potenzial. Auch das ist eine Erkenntnis für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses: Wir Europäer tragen selbst die Verantwortung für unseren Frieden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in ihrem Abwehrkampf zeigt die Ukraine die Stärke, die dem Wunsch nach Freiheit innewohnt. Es wird der EU sehr guttun, diese selbstbewussten, starken und mutigen Ukrainer auf ihrem Weg in die EU zu begleiten; denn es ist richtig und wichtig, dass die Ukraine EU-Beitrittskandidat wurde. Es ist genauso wichtig, dass wir die Ukraine auf ihrem Weg dahin unterstützen. Die deutschen Länder können den Prozess aktiv begleiten. Hessen strebt daher eine Partnerschaft mit einer ukrainischen Region an.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in Europa verbinden uns zualererst Werte, erst dann Verträge. Diese Werte teilen wir auch mit den Ländern des westlichen Balkans. In einer europäischen Nach-Ukraine-Kriegs-Ordnung gehören auch die Länder des Westbalkans in die EU. Das steht für mich außer Frage.

Ich war in den letzten Monaten in einigen Ländern des Westbalkans. Und ja, es gibt noch viel zu tun auf dem Weg in die EU. Aber wenn ich an die vielen jungen Menschen denke, die wir dort getroffen haben – Schülerinnen und Schüler, Studenten und viele andere –, kann ich Ihnen versichern, dass da eine proeuropäische Generation heranwächst. Ihr müssen wir ein starkes Signal der Zugehörigkeit zu unserer Wertefamilie geben.

Hessen verbindet mit der Vojvodina in Serbien seit 2019 eine Regionalpartnerschaft. Erst Ende März war ich gemeinsam mit einigen Abgeordneten des Hessischen Landtages dort und habe unter anderem den Ministerpräsidenten unserer Partnerregion getroffen. Dort hat unsere Delegation, zu der auch Vertreter des hessischen Umweltministeriums und der Hessen Agentur gehörten, mit unseren Partnern über die weitere Umsetzung und Unterstützung eines konkreten Abwasserprojekts vor Ort gesprochen.

Die Anpassung der nationalen Umweltgesetzgebung an EU-rechtliche Vorgaben ist durchaus eine große Herausforderung. Das geplante gemeinsame Abwasserprojekt ist deshalb gelebte Partnerschaft.

Apropos gelebte Partnerschaft: Seit dem Jahr 2010 unterhalten wir auch eine Partnerschaft mit der türkischen Region Bursa. Es ist eine nicht ganz einfache Partnerschaft. Doch sie unterstreicht, dass wir in Hessen offen sind – offen für den Austausch, für ein konstruktives Miteinander und auch offen, Brücken zu bauen. Das schließt allerdings nicht aus, dass man sich kritisch äußert und sich für Menschen einsetzt, denen Unrecht geschieht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Meine Damen und Herren, ich bin, wie man leicht nachlesen kann, im Jahr 1961 geboren.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ein guter Jahrgang!)

– Ein guter Jahrgang, natürlich. – Allerdings in der Zeit des Mauerbaus – das war das Jahr des Mauerbaus –, in der Zeit des Eisernen Vorhangs, der nicht nur unser Land teilte, sondern auch quer durch Europa verlief und unser gemeinsames europäisches Erbe trennte.

Am letzten Donnerstag haben wir das 175-jährige Paulskirchen-Jubiläum gefeiert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hielt die Festrede. Wenn man sich mit den Jahren 1848/1849 etwas genauer befasst, spürt man, dass es da starke historische Linien gibt, die uns noch bis heute in Europa verbinden.

Waren es 1848 Studenten, Handwerker, Arbeiter und die Landbevölkerung in Frankreich, Italien, Böhmen, Ungarn, Österreich, Polen und den Ländern des Deutschen Bundes, die für ihre Rechte demonstrierten, so gingen die Menschen im Jahr 1989 in Berlin, Prag, Bukarest, Warschau oder in den Hauptstädten des Baltikums auf die Straße. Es waren europäische Bewegungen, die für Werte eintraten, die wir noch heute leben – in unserem Grundgesetz, aber auch in den europäischen Verträgen. Die EU ist die vorläu-

fige Vollendung dieser Ideen – vereint in Werten, geeint in Vielfalt.

Hessen hat deshalb im Bundesrat einen Entschließungsantrag mit dem Ziel eingebracht, einen Demokratie-Gedenktag in Deutschland einzuführen, der an die Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland im Jahr 1848 erinnert, aber auch ein starkes Signal sendet, wofür wir in Deutschland und Europa stehen; denn es sind unsere gemeinsamen Werte, die uns in Europa antreiben, die uns im Inneren zusammenschweißen und uns im Konzert der globalen Mächte als demokratische Staaten positionieren.

Doch um dieses globale Engagement aufrechtzuerhalten, müssen wir stark bleiben; denn Europa wird sich wirtschaftlich behaupten müssen, z. B. gegenüber China. So ist der Anteil Chinas am globalen Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen 20 Jahren um knapp 11 Prozentpunkte auf 18,6 % gestiegen. Die Anteile der Europäischen Union sind in diesem Zeitraum dagegen von 18,8 auf 14,36 % gesunken. Für das Jahr 2028 sagen die Prognosen voraus, dass der Anteil der EU weiter sinken wird – auf 13,71 %. Das ist ein deutliches Warnsignal, wohin die Reise geht, wenn wir Europäer nicht unsere Hausaufgaben machen.

Zu diesen Hausaufgaben gehört es z. B., Abhängigkeiten in Lieferketten zu reduzieren. Europa muss das erklärte Ziel der strategischen Souveränität schnell umsetzen. Das heißt, stark zu sein in Schlüsseltechnologien und achtsam bei kritischen Infrastrukturen. Nur so wird Europa in der Lage sein, unseren Wohlstand zu sichern und seine globalen Ambitionen umzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, was kann Hessen da schon ausrichten? Ich sage Ihnen, ziemlich viel. Wir nutzen unsere Möglichkeiten in Berlin und Brüssel. Und so werden Gespräche in Brüssel zum europäischen Medienfreiheitsgesetz auch durch eine Subsidiaritätsrüge und kritische Stellungnahmen im Bundesrat bekräftigt. Das ist Europapolitik aus einem Guss.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Unsere Landesvertretung in Brüssel ist eine der aktivsten und angesehensten.

(Beifall J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Gemeinsam mit unserer französischen Partnerregion, der Nouvelle-Aquitaine, der Emilia-Romagna und der Wielkopolska sind wir dort im Mehr-Regionen-Haus präsent. Bei Veranstaltungen, z. B. zur Zukunft der Regionalfonds, treten wir gemeinsam gegenüber der Europäischen Kommission auf; denn gemeinsam sind wir stark.

Unsere Landesvertretung zeichnet sich aber nicht nur durch eine hohe Fachlichkeit und Präsenz aus, sondern auch durch eine hohe Kontinuität der Akteure. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Friedrich von Heusinger für sein beispielhaftes Engagement als Leiter der Vertretung in Brüssel ganz herzlich danken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auf der Regierungsbank)

Viele von Ihnen kennen ihn. Ich glaube, Sie können zustimmen: Er hat Akzente gesetzt. Mein Dank gilt aber auch Europastaatssekretär Uwe Becker für sein großes persönliches Engagement und vor allen Dingen auch für die hohe Präsenz in Brüssel, was so außerordentlich wichtig ist – die Präsenz und die Kontinuität.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Wir haben als Hessen spezifische Interessen, die eine Bundesregierung kaum im Detail vortragen kann. Wir sind z. B. ein starker Pharmastandort und sind bei Änderungen in diesem Bereich besonders betroffen. Das zeigt sich bei der aktuellen Pharmareform der EU-Kommission besonders deutlich: Die EU-Kommission will damit akute Probleme lösen, die sich während und nach Corona gezeigt haben. Um dies zu erreichen, soll der Unterlagenschutz, also der Schutz, der neue Medikamente vor günstigeren Nachahmer-Präparaten schützt, geändert werden. Aber genau dies ist kontraproduktiv. Für die Forschung und die Entwicklung neuer Produkte benötigen die Unternehmen Sicherheit und Kapital. Statt die Innovationskraft der Arzneimittelhersteller zu fördern, wird die Wettbewerbsfähigkeit forschender Pharmaunternehmen geschwächt. Geschwächt wird dadurch insbesondere der hessische Pharmastandort. Deshalb müssen wir in Brüssel vor Ort sein.

(Beifall CDU und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Die Bandbreite unserer Arbeit in Brüssel ist deshalb enorm: von der Mitwirkung an internationalen Themen, in der Luft- und Raumfahrt, der Finanzmarktregulierung, Regionalförderungen oder Cyber Security bis hin zu regionalen Interessen. Wenn Sie z. B. an die herkunftsrechtlichen Sicherungen der Frankfurter Grünen Soße oder der Ahlen Worscht denken, stellen Sie fest, wir haben einiges zu tun.

Es sind die vielen Weichenstellungen für Hessen, die unseren Erfolg in Brüssel ausmachen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Verdienst der gesamten Landesregierung. Denn alle Ressorts haben in der Landesvertretung ihre Referenten, und so sind wir fachlich kompetent aufgestellt und entsprechend vernetzt.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Wie wichtig unsere Arbeit vor Ort ist, sehen Sie am Beispiel des aktuellen EU-Anti-Geldwäsche-Pakets. Frankfurt ist der Finanzplatz der EU. Schon im Frühjahr 2021, bevor der offizielle Vorschlag der EU-Kommission diesbezüglich vorlag, haben wir Gespräche geführt, haben entsprechende Papiere erarbeitet und haben Positionen gegenüber der Kommission vertreten. Selbstverständlich haben wir uns auch von Anfang an für die Ansiedlung der AMLA, der Anti-Geldwäsche-Behörde, in Frankfurt eingesetzt. Seitdem setzt sich die Landesregierung, an der Spitze mit Ministerpräsident Boris Rhein, aber auch die Bundesregierung mit Finanzminister Christian Lindner in Brüssel dafür ein, dass die Entscheidung zum Standort der AMLA trotz einer harten Konkurrenz von Paris, Amsterdam oder Wien auf Frankfurt fällt.

Ich möchte das an dieser Stelle auch besonders betonen: Ja, Frankfurt ist ein idealer Standort, und er liegt in Hessen, aber es ist kein hessisches Thema, es ist ein gesamtdeutsches Thema. Ein starker Finanzstandort Hessen hilft der ganzen Bundesrepublik.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei der Bundesregierung bedanken, dass hier bei der Ansiedlung der AMLA entsprechend unterstützt wird. Ich möchte sie dazu auffordern, diesbezüglich auch nicht nachzulassen.

Meine Damen und Herren, meine Motivation, mich für ein starkes Europa einzusetzen, ziehe ich aus meiner tiefsten persönlichen Überzeugung, dass die EU unsere Chance und Zukunft ist und bleibt. Ich nehme sie aber auch aus den vielen Gesprächen, Diskussionsrunden und Aktionen, die wir in Hessen durchführen. Da haben wir viel getan. Wir haben in diesen Tagen Europawochen. Ich habe Ihnen von den vielen Jugendlichen berichtet, die ich auf dem Balkan getroffen habe. Sie unterscheiden sich eigentlich wenig von den hessischen Jugendlichen. Sie haben etwas gemeinsam, nämlich das Bewusstsein, dass die EU da ist, dass es 27 Länder gibt, durch die man frei reisen, wo man arbeiten, studieren oder einfach Urlaub machen kann. Sie eint die Sehnsucht, Teil dieser Freiheit zu sein. Das ist das Fundament, auf dem wir unsere Europapolitik aufbauen müssen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Wir haben dazu in Hessen vieles getan. Im letzten September haben wir z. B. eine Jugend-Europa-Konferenz, das sogenannte „Hey, Europe!“-Festival, durchgeführt. Das war in Hanau. Dort haben 400 junge Menschen teilgenommen. Den ganzen Tag über haben die in Workshops gearbeitet, haben mit Politikerinnen, mit Experten, mit unterschiedlichen Gesprächspartnern über ihre Vorstellungen und Wünsche gesprochen, sind aktiv einbezogen worden. Wir haben sie auch schon in der Vorbereitung dieser Veranstaltung ein ganzes Jahr davor einbezogen. Mit Jugendlichen für Jugendliche – das spricht für ein gutes und starkes Europa.

Sehr geehrte Damen und Herren, um die Begeisterung für Europa zu unterstützen, verlosen wir auch in diesem Jahr wieder das Hessenrail-Ticket – reisen bildet. Wir sehen, dass das in der Altersgruppe 18 bis 23 Jahre, für die wir diese Verlosung durchführen, auf eine sehr große Resonanz stößt. Inzwischen haben wir über 8.000 Bewerbungen. Das heißt, die jungen Menschen sind begeistert und wollen ihr Europa erkunden. Wir unterstützen sie dabei.

Bei vielen Schulbesuchen spreche ich mit Schülerinnen und Schülern. Heute Vormittag war ich in der Singbergschule in Wölfersheim. Gestern war ich in Kassel in der Friedrich-List-Schule. Dort haben wir ein neues Format ausprobiert. Ganz neu ist es nicht, aber in dieser Form haben wir es erstmals gemacht, ein sogenanntes politisches Speed-Dating. Ich möchte mich ganz herzlich bei denen bedanken, die als Abgeordnete des Hessischen Landtags mitgekommen sind, weil es wichtig gewesen ist, dass dort unterschiedliche Gesprächspartner waren. Deshalb darf ich ganz herzlich den Kolleginnen und Kollegen danken: Tobias Utter, Hans-Jürgen Müller, Lisa Deißler, Eva Kühne-Hörmann, Oliver Ulloth und Esther Kalveram. Herzlichen Dank, dass Sie dabei waren und sich entsprechend beteiligt haben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Es sind die ungewöhnlichen, die neuen und manchmal auch die ein wenig abgespaceten Formate, die wir brauchen, um junge Menschen nicht für Europa zu begeistern – das sind sie nämlich schon längst –, sondern um sie aktiv an Europa zu beteiligen. Das ist immer wieder der Wunsch: Europa ist zu weit weg, deshalb müssen wir es näher an sie heranbringen.

Ich bin davon überzeugt, dass der Schlüssel für die geforderte Demokratisierung der EU genau darin liegt. Wir

müssen weiterhin Konzepte stärken, die die Bürgerinnen und Bürger in die Europaarbeit einbeziehen, die sie zur Mitarbeit einladen, die niedrigschwellig und offen gestaltet sind. Ich bin selbst Mitglied der EU-Zukunftskonferenz gewesen, die von April 2021 bis Mai 2022 durchgeführt wurde. Ich war als eines der zwei Mitglieder vom Bundesrat dabei. Man kann darüber diskutieren, ob die Zukunftskonferenz am Ende ein voller Erfolg gewesen ist, aber eines kann man sicher sagen: Es war ein gutes Beispiel, ein guter Start, wie man die Idee der Bürgerbeteiligung umsetzen kann. In diesem Bereich hat die Zukunftskonferenz ausgesprochen viel erreicht.

Ich bin mir sicher, dass sich diese Arbeit auch auszahlen wird. Wir werden im nächsten Jahr, am 9. Juni 2024, Europawahlen haben. Eine Europawahl, die in einem ganz anderen Europa als noch vor fünf Jahren stattfinden wird. Eine Europawahl, bei der die Menschen den Wert der Europäischen Union während der Krisen, während der Pandemie, aber auch jetzt während des Krieges in der Ukraine wahrgenommen haben. Hessen wird – wie auch bei den vergangenen Europawahlen – mit verschiedenen Formaten für eine hohe Wahlbeteiligung bei dieser Europawahl werben.

(Beifall CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, vor dem neuen Europäischen Parlament und der neuen EU-Kommission werden gewaltige Herausforderungen liegen. Wir müssen uns viel stärker in Afrika engagieren, nicht nur wegen des Migrationsdrucks, sondern auch, um unsere gemeinsamen Werte im Bereich der Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, des Klimaschutzes und natürlich der Humanität zu stärken. Ja, es gibt Herausforderungen, da macht es Sinn, auch die Zuständigkeiten der EU zu ändern. Doch im Kern bin ich davon überzeugt, dass es dafür nicht zwingend notwendig ist, die Vereinigten Staaten von Europa zu gründen. Nicht alle Probleme in Europa müssen auch europäisch gelöst werden. Wir sind geeint in Vielfalt, und diese Vielfalt umfasst auch die Souveränität der Mitgliedstaaten. Nationale Identität ist kein Nationalismus.

(Andreas Lichert (AfD): Hört, hört!)

Patriotismus und EU-Mitgliedschaft sind gerade keine Gegensätze. Deshalb: Wir brauchen ein starkes Hessen in einem starken Deutschland, das Teil und Motor der europäischen Integration ist. Dafür steht Hessen, dafür arbeitet Hessen, und dafür brauchen wir ein aktives Hessen in der Europäischen Union. – Besten Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten) und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Als Nächste darf ich Frau Abg. Waschke von der SPD-Fraktion an das Rednerpult bitten. Sie haben das Wort.

Sabine Waschke (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Europawochen sind jedes Jahr eine gute Gelegenheit, um bundesweit für die europäische Idee zu werben oder um – wie es auf der Homepage der Bundesregierung so schön heißt – „Europa spielerisch, kulinarisch und kul-

turell zu entdecken“. Denn besonders in Zeiten von Krisen, wie der Corona-Pandemie oder dem Krieg in der Ukraine, erkennen wir, wie wichtig ein geeintes Europa ist. Auf der einen Seite werden Grenzen innerhalb der EU geschlossen, um die Ausweitung der Pandemie einzudämmen. Auf der anderen Seite sind Menschen innerhalb Europas auf der Flucht vor Krieg und Elend. Diese vor einigen Jahren noch undenkbar Krisen haben gezeigt, wie wichtig eine geeinte und starke Europäische Union ist.

(Beifall SPD)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns aktiv ein für die Einhaltung der europäischen Säule sozialer Rechte und der Charta der Grundrechte der EU. Ein starkes System der Sicherheit, Sozialschutz, ein Recht auf gute Arbeit mit fairen Löhnen, ein gemeinsames humanitäres und funktionierendes Migrationssystem, die Rechte für Kinder und Jugendliche sowie der Kampf gegen jegliche Form von Diskriminierung dürfen nicht an Grenzen scheitern oder durch den Krieg zunichtegemacht werden.

(Beifall SPD)

Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeiten mehr. Das haben wir in diesem Jahr bzw. im vergangenen Jahr sehr ernst lernen müssen. Umso wichtiger ist eine handlungsfähige und entschlossene Europäische Union mit klaren Werten und einer starken Haltung. Die SPD steht für ein Europa, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt, unabhängig von Nationalität, Alter oder Geschlecht.

(Beifall SPD)

Nichts kann unser Land besser beschreiben als ein wegweisendes Zitat des legendären sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“ Das Selbstbewusstsein und der Stolz unseres Landes haben nichts zu tun mit den dumpfen reaktionären Ausgrenzungen der anderen. Sie gründen vielmehr auf die ewig junge Idee einer solidarischen Gesellschaft.

Frau Ministerin, Sie haben Anfang Mai in der Karl-Rehbein-Schule in Hanau gesagt, dass Generation für Generation das Haus Europa erweitere, um daraus einen Ort des Wohlstands, der Sicherheit und der gemeinsamen Werte zu machen. Es sei „richtig und wichtig, jetzt für unsere Werte einzustehen“. So werden Sie auf der Homepage der Staatskanzlei zitiert.

Dann reden wir heute einmal über europäische Werte. Ich denke an die Meldung über den Besuch des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz in der vergangenen Woche bei der CDU-Landtagsfraktion, als plötzlich wieder die Unterschriftenkampagne der CDU von 1999 gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gelobt wurde, eine Kampagne, die die Grundwerte und die Idee der Europäischen Union konterkarierte,

(Beifall SPD – Zuruf Andreas Lichert (AfD))

eine Kampagne, die unsolidarisch war und ist, die vor 20 Jahren eine rassistische Stimmung politisch ausgenutzt hat. Frau Ministerin, Sie sprechen in Ihrer Regierungserklärung davon, dass Europa vor allem Werte verbindet. Das sollten Sie aber noch einmal Ihrem Parteivorsitzenden Friedrich Merz erklären, der eine Kampagne lobt, die ausgrenzt und spaltet.

(Beifall SPD)

Das entspricht den Werten, die uns in Europa eint, überhaupt nicht. Die SPD steht für eine weltoffene, pluralistische und demokratische Gesellschaft, für ein modernes Europa, das Krisen solidarisch löst. Wir brauchen in Europa eine Europapolitik mit Haltung, kein Europa der Spaltung. Diese Haltung beinhaltet eben auch, dass eine Europapolitik mit den ewiggestrigen Parolen von Friedrich Merz überhaupt nicht zusammenpasst.

(Beifall SPD)

Frau Ministerin, Sie können sich bei Ihrem Parteivorsitzenden bedanken, dass er Ihre heutige Regierungserklärung mit wenigen Worten so völlig ad absurdum geführt und ihrer Glaubwürdigkeit beraubt hat.

(Zuruf CDU)

– Sie müssen schon zu Ihrem Parteivorsitzenden stehen. Was ich hier gesagt habe, das hat er genau so gesagt. Das konnte man jedenfalls der Presse entnehmen.

Ein geeintes und starkes Europa ist nicht mit den wiederholten Diskussionen um die doppelte Staatsbürgerschaft vereinbar. Wer diese Debatte aus dem vergangenen Jahrtausend ernsthaft immer noch lobt, der hat Europa von heute nicht verstanden.

(Beifall SPD)

Frau Ministerin, in Hanau sagten Sie außerdem:

Ich bin froh, dass heute junge Generationen mit der Gewissheit aufwachsen, dass die europäische Integration etwas Selbstverständliches und ganz Normales ist. An dieses Lebensgefühl müssen wir anknüpfen. Es sind immer wieder die Schülerinnen und Schüler, die jungen Europäerinnen und Europäer, die Druck machen und daran erinnern, dass die europäische Idee längst noch nicht vollständig umgesetzt ist. Das ist gut so! Ich kann nur dazu aufrufen, dabei nicht nachzulassen. Denn es sind eure Ideen für Europa, mit denen wir die Zukunft der EU gestalten.

Diesen Worten der Ministerin schließe ich mich ausdrücklich an. In Richtung CDU sage ich aber auch: Fangen Sie am besten mit Ihrem eigenen Parteivorsitzenden an, machen Sie Druck, und lassen Sie nicht nach.

(Zuruf Max Schad (CDU))

Erinnern Sie ihn an die europäische Idee. Sagen Sie ihm, dass Populismus niemals ein Weg nach vorn ist, sondern immer ein Weg, der in den Stillstand führt.

(Volker Richter (AfD): Das sagt die SPD!)

Ihr Parteivorsitzender macht deutlich, wie wichtig die Europawochen in vielen Aktionen in Deutschland immer noch sind und wie wichtig es besonders für junge Menschen ist, sich Gedanken über den Sinn Europas zu machen.

Die Ministerin hat in Hanau auch gesagt, die Potenziale der europäischen Idee seien noch längst nicht gehoben. Das sehen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz genauso. Wir haben da besonders in Hessen noch ordentlich Luft nach oben.

Wir müssen uns in Hessen nämlich auch einmal ehrlich machen. Hier ist in den vergangenen Jahren viel zu wenig für eine gute Europapolitik unternommen worden. Ihre

Europapolitik ist blass, intransparent und ideenlos. Genau so werden wir in Hessen auch wahrgenommen.

Deshalb ist Ihre heutige Regierungserklärung eine gute Gelegenheit, um unsere Unterschiede innerhalb der Europapolitik deutlich zu machen.

Die SPD wird der Europapolitik einen wesentlich höheren Stellenwert geben und sich stärker für europäische Belange im Bundesrat engagieren. Das internationale Engagement Hessens werden wir verstärken und dabei Kooperationen auf Augenhöhe ausarbeiten.

(Beifall SPD)

Gleichzeitig werden wir aber auch unsere Landkreise, Städte und Gemeinden wieder ins Zentrum der hessischen Europapolitik stellen. In den Kommunen entscheidet sich, ob wir den globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Energie- und Mobilitätswende oder Migration gewachsen sind. In Regierungsverantwortung werden wir es unterstützen, wenn sich Kommunen bei ihrer Verantwortung auf den Weg machen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Stelle in der Landesverwaltung einrichten, die Kommunen unterstützt, vernetzt und eigene Förderprogramme entwickelt.

(Beifall SPD)

Gemeinsam mit den Akteuren aus Kommunen und Zivilgesellschaft werden wir die Antragstellung entschlacken und an die Lebenswirklichkeit anpassen. Das ist längst überfällig.

Ich werde auch nicht müde, immer wieder die Einführung von Europabeauftragten in den Kommunen zu fordern, um sie fit für Europa zu machen. Auch wenn sich die Landesregierung vehement weigert, diese Idee aufzunehmen, sehen wir diese Notwendigkeit nach wie vor. Europabeauftragte können in Hessen viele wichtige Aufgaben erfüllen. Wir wollen eine bessere und transparentere Einbeziehung der Kommunen, bevor EU-Entscheidungen getroffen werden, mehr Rücksicht auf die Auswirkungen auf die kommunale Ebene und die Stärkung der Europafähigkeit kommunaler Parlamente – oder auch, wenn es um die Akquise von EU-Fördermitteln geht. Übrigens, so ganz nebenbei: Die Europabeauftragten könnten auch vor Ort die Europa-wochen mit Leben füllen.

Besonders wenn es um EU-Fördermittel für Kommunen geht, sehe ich in Hessen ein Problem. Für viele Projekte, die mit EU-Förderung finanziell unterstützt werden, brauchen Kommunen, Einrichtungen und Kooperationen die Kofinanzierung des Landes Hessen. Diese europäische Förderung braucht eine verlässliche Landesregierung als Partner, die solche Projekte, sofern sie bereits von der EU ausgewählt worden sind, ohne Verzögerung bewilligt und mit entsprechender Kofinanzierung ausstattet.

Aber auch die hessische Hochschullandschaft partizipiert aktuell nur unterproportional an europäischen Fördermitteln. Das muss sich dringend ändern.

(Beifall SPD)

Wir werden hessische Hochschulen stärker dabei unterstützen, sich an europäischen Hochschulallianzen zu beteiligen. Denn es gilt, die Vielfalt und die Stärken europäischer Lehre und Forschung zu bündeln. Wir brauchen die Hochschulen, um den Herausforderungen zu begegnen, mit denen Europa konfrontiert ist. Hier ist vor allem die Technische Universität Darmstadt zu nennen, die als einzige hes-

sische Universität, als eine von 42 deutschen Hochschulen an europäischen Hochschulallianzen beteiligt ist.

Wir werden aber noch mehr Netzwerke brauchen. Ein Netzwerk wäre beispielsweise das SDG, um die 17 globalen Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Denn es muss eines unserer Ziele sein, Hessen zu einer der modernsten und nachhaltigsten Regionen Europas zu machen. Das werden wir nur im Zusammenspiel mit der Zivilgesellschaft und den Kommunen umsetzen können.

(Beifall SPD)

Die Europastadt Frankfurt mit der Region Rhein-Main gehört zu den pulsierenden Finanzplätzen und Wirtschaftsstandorten Europas. Es wäre ein guter Ort, an dem die führende Debatte um eine nachhaltige und gerechte Globalisierung stattfinden kann. Dazu werden wir in Zusammenarbeit mit den bestehenden Lehr- und Forschungsstätten ein Institut für globale und nachhaltige Finanzwirtschaft aufbauen.

In der beruflichen Bildung wollen wir den jetzt schon möglichen Aufenthalt im europäischen Ausland erleichtern und damit zu einer Kernerfahrung in der Ausbildung machen. Mehrsprachigkeit, Austauschprogramme und Schulpartnerschaften werden wir weiter engagiert fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass das europapolitische Bildungsangebot noch weiter ausgebaut wird. Die Bereitschaft unserer Landesbediensteten, Zusatzqualifikationen durch Auslandsaufenthalte zu erwerben, werden wir gezielt fördern.

Aber auch beim Thema Mobilität stehen wir in einer europäischen Verantwortung. Hessen ist Verkehrsknotenpunkt für Deutschland, aber auch für Europa. Das zahlt sich dann für alle aus, wenn wir auch in der Fläche Mobilität für alle sicherstellen. Deswegen werden wir uns zusammen mit den Kommunen für eine sozialverträgliche Mobilitätswende starkmachen: sicher, klimafreundlich und bezahlbar.

(Beifall SPD)

Die Unternehmensberatung, Unternehmensförderung und -finanzierung werden wir überprüfen und nach europäischen Standards modernisieren. Insbesondere unsere mittelständischen Unternehmen brauchen Unterstützung, wenn sie ihre Geschäftsmodelle an den Anforderungen des Green Deals und des nachhaltigen Wirtschaftens ausrichten wollen. Der von uns vorgeschlagene Transformationsfonds wird dabei eine sehr wichtige Rolle spielen.

Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel, all diese Prozesse müssen vonseiten des Landes aktiv begleitet und gestaltet werden.

(Beifall SPD)

Das ist nach unserer Auffassung die Aufgabe von verantwortungsvoller europäischer Wirtschaftspolitik.

(Robert Lambrou (AfD): Wer soll das bezahlen?)

Es ist unsere Aufgabe, den Menschen die richtigen Instrumente an die Hand zu geben, um auf die Veränderungen der Wirtschaft und der Arbeitswelt zu reagieren.

(Robert Lambrou (AfD): Die abwandernde Wirtschaft!)

– Ich gebe Ihnen nachher einmal unser Wahlprogramm, dann können Sie es nachlesen.

(Lachen AfD – Andreas Lichert (AfD): Das können Sie behalten!)

Unser Transformationsfonds ist zielgerichtet auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Arbeitswelt in Hessen ausgerichtet. Die strukturellen Unterschiede zwischen Land und Stadt sind berücksichtigt, es ist seriös finanziert. Für uns ist und bleibt klar: Eine starke Wirtschaft innerhalb Europas, gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sowie die Wahrung ökologischer Verantwortung bedingen einander. Daher müssen sie auch gemeinsam gedacht werden.

(Beifall SPD)

Wir haben schmerzhaft erfahren müssen, wie wichtig Frieden in Europa ist. Deshalb werden wir ein Klima in Hessen schaffen, das für Vielfalt, Freiheit, offene Grenzen, Gemeinschaft und Geborgenheit steht.

(Robert Lambrou (AfD): Ihre Bürgermeister wollen aber weniger Flüchtlinge!)

Wir leben in Hessen in keiner Glaskugel. Aus diesem Grund werden wir dafür Sorge tragen, dass Hessen seinen Teil dazu beiträgt, enger in Europa zusammenzurücken, um Krisen und Herausforderungen solidarisch zu bestehen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Rede nach seiner Wiederwahl 2022 ein Zitat verwendet, das auch das Fundament einer europäischen Idee sehr gut erklären kann. Ich zitiere:

Jeder ..., der sich um mehr kümmert als nur um sich selbst, der gewinnt ein Stück Zukunft für uns alle.

Das wünsche ich mir auch für Hessen. Wir müssen wieder dahin zurückfinden, sich um ein bisschen mehr als nur um sich selbst zu kümmern.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, der Titel der Regierungserklärung lautet: „Hessen in Europa – Europa in Hessen“. Was fällt Ihnen auf? Es fehlt sehr viel, z. B. das Verb in der Überschrift. Die Europapolitik der Hessischen Landesregierung ist genau wie der Titel dieser Regierungserklärung. Sie ist blass, tatenlos und ohne Idee.

(Anhaltender Beifall SPD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Frau Kollegin Waschke. – Als Nächste, die Kollegin steht schon, ist Frau Dahlke frei am Mikrofon. Sie haben das Wort.

Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Letzten Donnerstag – es wurde schon in beiden Reden angesprochen – haben wir in der Frankfurter Paulskirche den 175. Jahrestag der Nationalversammlung gefeiert. Obwohl es dort um die Farben Schwarz-Rot-Gold ging, war 1848 ein sehr europäischer Moment. Ich bin Bundespräsident Steinmeier sehr dankbar, dass er das in seiner Rede so deutlich gemacht hat. Denn die Revolution war in diesem Jahr keinesfalls ein auf Deutschland begrenztes Ereignis, sondern sie war ein Ereignis, das sich über den gesamten europäischen Kontinent ausgebreitet hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Marius Weiß (SPD))

Der politische Frühling begann zur gleichen Zeit nicht nur bei uns, sondern von Skandinavien bis nach Italien und Südosteuropa. Man stand in Kontakt, nahm aufeinander Bezug, und die Revolutionen wurden als europäische Umbrüche erfahren. Nur in der Rückschau wurden sie nationalisiert, von den Geschichtsschreibern also in einzelne nationale Ereignisse verwandelt.

Ein Mitglied der Nationalversammlung war Arnold Ruge. Als Vordenker der Diplomatie war er davon überzeugt, dass die Idee des deutschen Nationalismus in die Irre führt. Seine Idee war stattdessen ein Kongress von Abgeordneten der freien Völker, um friedlich zusammenzukommen, Angelegenheiten zu besprechen und Probleme gemeinsam zu lösen. 1848 wurde er für diese Idee noch ausgelacht.

Erst nach den Schrecken zweier Weltkriege wurden die Vereinten Nationen gegründet und mit der Schuman-Erklärung am 9. Mai 1950 der Grundstein für unsere Europäische Union gelegt – eine Idee, deren Geburt bis mindestens in die 1848er-Zeit zurückreicht. Die Schuman-Erklärung ist jetzt auch der Grund, warum traditionell im Mai Menschen auf dem ganzen Kontinent das Friedensprojekt feiern, das nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Europäischen Union geschaffen wurde. Für dieses Feiern gibt es auch gute Gründe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir können die Freiheiten feiern, die wir Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten genießen können: die Möglichkeit, in den Urlaub zu fahren, ohne Geld umzutauschen, ohne Grenzkontrollen, mit kostenlosem Roaming; die Chance, im Ausland zu leben und zu arbeiten, ohne ein Visum beantragen zu müssen; das Erasmus-Jahr, das Sie oder Ihre Kinder während des Studiums machen konnten; die Rechte und Mindeststandards, auf die alle in der EU Anspruch haben. Aber wir können und sollten Europa auch feiern, weil wir stärker sind, wenn wir uns zusammenschließen, um die wirklich großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Als Putin letzten Februar völkerrechtswidrig die Ukraine überfallen hat und der Krieg in Europa für alle sichtbar ausgebrochen ist, hat die EU eine gemeinsame Antwort gefunden, um die Ukraine zu unterstützen. Sie hat mit untereinander abgestimmten Sanktionen gegen Russland reagiert. In der Corona-Pandemie hat die Kommission Impfstoffe geschlossen für die Mitgliedstaaten bestellt und so schnell für Schutz und Sicherheit gesorgt. Sie hat natürlich geholfen, die wirtschaftlichen Auswirkungen für die ganze EU so gut wie möglich zu begrenzen; dazu hatten wir auch Debatten hier im Landtag. Ich finde, und das ist auch ganz deutlich, davon hat auch Hessen profitiert. Hessen geht es nur gut, wenn es ganz Europa gut geht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Gerade in den letzten Jahren wurde mit der Energiekrise, dem Krieg und der Corona-Pandemie deutlich, dass das, was „die“ in Brüssel und in Straßburg entscheiden, für viele Menschen präsenter und für ihren Alltag bedeutsamer ist als jemals zuvor, weil die Polykrisen unserer Zeit sich einfach nicht innerhalb nationalstaatlicher Grenzen bewältigen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das gilt für die Pandemien und für den Umgang mit Russland, es gilt aber auch für den Umgang mit China. China wird uns nur ernst nehmen, wenn wir in Europa mit einer Stimme sprechen. Selbstverständlich gilt das auch für die Klimakrise, die langfristig größte Herausforderung unserer Zeit. Auch sie macht nicht an Landesgrenzen halt. Das sehen wir permanent und nicht erst seit gestern. Der letzte Sommer war der heißeste in Europa seit Beginn der Aufzeichnungen und hat für eine bisher unvorstellbare Dürre in großen Teilen Europas gesorgt.

(Robert Lambrou (AfD): Was ist mit der Migrationskrise? Kommt die bei Ihnen auch vor?)

In diesem Jahr sieht es nicht anders aus. In Frankreich hat Macron wegen der drohenden Dürre schon im April zum Wassersparen aufgerufen. Während die einen zu wenig Wasser haben, haben die anderen zu viel. In Italien, in unserer Partnerregion Emilia-Romagna, sind in der letzten Woche bei furchtbaren Unwettern und Sturzfluten mehrere Menschen zu Tode gekommen. Das möchte ich ansprechen und der Landesregierung für ihre im Namen des Landes Hessen ausgesprochene Solidarität danken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe AfD)

Die Klimakrise und alle ihre Auswirkungen zeigen doch schon heute: Es ist absolut richtig und erforderlich, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als einen ihrer Schwerpunkte das Ziel gesetzt hat, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen.

(Robert Lambrou (AfD): Und wer bezahlt das?)

– Wer zahlt das? – Ich will an der Stelle noch einmal sagen: Der Green Deal ist keine Bedrohung für unsere Wirtschaft. Nicht Klimaschutz ist teuer, sondern die Klimakrise wird teuer, wenn wir nicht gegen unternehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, vereinzelt SPD und DIE LINKE – Zurufe AfD)

Der Klimaschutz muss sozial ausgestaltet werden. Klimaschutz selbst ist immer auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

(Zurufe AfD)

– Hören Sie mir bitte zu, Herr Lambrou. Sie dürfen danach gerne hier ans Pult kommen.

(Robert Lambrou (AfD): Ich höre zu, deshalb frage ich dazwischen!)

Es wäre wirklich angemessen, wenn die deutschen Abgeordneten, deren Parteien auf der Bundes- oder Landesebene in einer Regierung vertreten sind und sich den Klimazielen verpflichtet haben, die Kommissionspräsidentin bei der Umsetzung des Green Deals unterstützen würden, statt ihr ständig Stöcke in die Speichen zu schieben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Unternehmen brauchen nämlich Planungssicherheit.

(Robert Lambrou (AfD): Aber keinen Sozialismus!)

Alle, das muss ich jetzt schon sagen, die mit dem Verbrennermotor flirten, zeigen damit nur, wie rückwärtsgewandt sie sind. Die Automobilindustrie hat schon längst den Um-

stieg auf Elektromotoren eingeleitet, und Deutschland ist dabei, wirklich den Anschluss zu verlieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt SPD – Zurufe AfD: Und wo kommt der Strom her?)

Die Aktion von Bundesminister Wissing im März, bezüglich der Regelungen zum Verbrennermotor noch im letzten Moment Bedenken anzumelden, war ein Bärendienst an der europäischen Idee.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Zurufe AfD)

Was er gemacht hat, ist nämlich ein „Vorbild“ für andere Länder, sich aus schon gefundenen Kompromissen zu verabschieden, weil sie jetzt mit dem Finger auf Deutschland zeigen können. So macht es gerade Frankreich und blockiert in letzter Sekunde das EU-Gesetz zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Frankreich will nämlich aus egoistischen Gründen – die deutsche Intervention hat ja auch geklappt –, dass Atomstrom als eine Form erneuerbarer Energie angesehen wird.

(Robert Lambrou (AfD): Atomstrom ist klimafreundlich, Frau Kollegin!)

Das war wirklich ein Totalausfall von Bundesminister Wissing auf europäischer Ebene.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe AfD)

Statt die nationale und die europäische Ebene gegeneinander auszuspielen oder am Ewiggestrigen festzuhalten, sollten wir gemeinsame Regeln und Abkommen respektieren, solidarisch nach vorne gehen und gemeinsam davon profitieren.

Die Frau Ministerin hat in ihrer Rede die Konferenz zur Zukunft Europas angesprochen. Selbstverständlich waren die Bedingungen für dieses Demokratieexperiment aufgrund der Corona-Pandemie und des Angriffskriegs Russlands nicht gerade einfach, aber ich finde, man kann in Richtung der Kommission schon sagen: Wer Beteiligung verspricht, sollte sie auch liefern. Den Ergebnissen müssen jetzt Taten folgen. – Wir brauchen, denke ich, zwar keine Revolution, aber eine Evolution an entscheidenden Punkten der Zusammenarbeit in der EU, sodass wir z. B. bei bestimmten Fragen zu Mehrheitsentscheidungen kommen, die dann nicht mehr von einzelnen Staaten blockiert werden können. Das wäre wirklich wichtig für eine handlungsfähige EU, die auf die Krisen in der Welt angemessen reagiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich will hier keine Sonntagsrede auf Europa halten; davon gibt es genug. Ich will vielmehr deutlich machen, dass es den Menschen auch in Hessen besser geht, wenn wir europäisch denken und handeln, wenn wir voneinander lernen. Ich habe eben über den Green Deal gesprochen und komme jetzt zum Stichwort Wärmewende. Alle kennen die Debatte, in der von einigen so getan wird, als sei der Anspruch, dass in Zukunft weniger fossile Energien in Privatwohnungen benötigt werden, ein deutscher Sonderweg, und Robert Habeck verfolge nur eine grüne Ideologie. By the way: Dieses Gesetz wurde im Kabinett von der gesamten Bundesregierung verabschiedet. Es ist also nicht nur Robert Habeck, der dieses Gesetz will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe AfD)

Schauen Sie einmal auf den Vergleich mit anderen Staaten in Europa. Dänemark hat Öl- und Gasheizungen schon 2013 verboten, Norwegen hat sie 2020 verboten.

(Robert Lambrou (AfD): Die haben ja auch keine großen Probleme!)

Würden wir in Deutschland etwas mehr europäisch denken und von unseren Nachbarn lernen, dann würden nicht so viele Menschen auf die Kampagne hereinfließen, die gerade gegen dieses Heizungsgesetz in übelster Weise gefahren wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt SPD – Zuruf AfD: Kampagne? – Robert Lambrou (AfD): Viele haben Angst vor der Zukunft!)

– Herr Lambrou, ich bin immer lauter als Sie; denn ich habe das Mikrofon.

Es ist auch für Hessen wichtig, welche Politik in Brüssel und in Straßburg gemacht wird. Von nationalen Erzählungen profitieren einzig und allein rechte und populistische Parteien und Unternehmen, die wahlweise viel zu geringe Löhne zahlen, ihre Steuern in Länder mit den niedrigsten Sätzen zahlen – oder beides.

Dieses hässliche Gesicht Europas zeigt sich leider auch noch an vielen anderen Stellen. Zuallererst zeigt es sich an den Außengrenzen, z. B. dort, wo immer noch Menschen im Mittelmeer ertrinken und ihrem Tod überlassen werden.

Bei den Frauenrechten, die elementar sind, sowohl für die Frauen als auch deshalb, weil sie die Demokratie und den sozialen Frieden stärken und den Wohlstand fördern, gibt es mehr Rück- als Fortschritte – Beispiel: in Malta das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen selbst bei Lebensgefahr für die betroffene Frau und das gleiche Verbot, etwas abgeschwächt, in Polen.

Das hässliche Gesicht Europas hat sich in den letzten Wochen auch bei dem Streik der Lkw-Fahrer gezeigt, die bei uns in Hessen auf ihre unterirdisch schlechten Arbeitsbedingungen aufmerksam gemacht haben. Damit muss endlich Schluss sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt SPD)

Europa muss heißen, dass wir die Regeln, die wir uns gemeinsam gegeben haben, auch einhalten: Freiheit, ordentliche Arbeitsplätze, ordentliche Löhne für alle. Dafür müssen das Europäische Parlament und auch wir alle kämpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe AfD – Robert Lambrou (AfD): Gott schütze Deutschland vor diesen GRÜNEN!)

Deswegen können wir das Europäische Parlament nicht den antifeministischen und rechtspopulistischen Kräften überlassen, die Rechte beschneiden und die Zeit zurückdrehen wollen.

Wenn wir unsere europäische Identität ernst nehmen und mit Leben füllen wollen, müssen wir europäischer denken und handeln. Das ist der Punkt meiner Rede. Wir müssen nach Wegen suchen, dass alle auf der Ebene, für die sie zuständig sind, für Europa werben und begeistern. Reden wir genug über Europa? Träumen wir genug von Europa?

Frau Waschke hat hier eben so getan, als werde mit der SPD alles besser. Ich finde, die Fragen „Reden wir genug über Europa?“ und „Träumen wir genug von Europa?“ könnte man auch einmal dem Bundeskanzler stellen. Er hat am Europatag eine Rede vor dem Europäischen Parlament gehalten. Wie gut ihm das gelungen ist, muss jeder für sich selbst beantworten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe AfD)

Für Europa zu werben und zu begeistern, ist jedenfalls das erklärte Ziel der Landesregierung. Die Jugend steht dabei natürlich im Fokus. Meine Liebe zu Frankreich, zu Europa, wurde in der Schule geweckt, weil ich an mehreren Austausch und an einem internationalen Praktikum teilnehmen konnte. Die Jugend für Europa zu begeistern, ist eine der Leitplanken der europäischen hessischen Politik. Das beginnt bei den Europaschulen und der Chance für möglichst viele Kinder, über Schulaustausche oder Fahrten ins europäische Ausland selbst etwas zu erleben und Europa kennenzulernen.

Weil Reisen bildet – das hat die Ministerin eben schon gesagt –, freue ich mich auch sehr über die zurzeit laufende dritte Verlosungsrunde für Hessenrail. Damit ermöglichen wir jungen Menschen, die mit dem Zug durch Europa fahren wollen, eigene Erfahrungen und Erinnerungen zu sammeln. Wir wollen ausdrücklich auch die erreichen, die sich das ohne Unterstützung nicht leisten könnten. Wir hatten im letzten Jahr zwei sehr erfolgreiche Runden. Zurzeit haben noch einmal 1.800 Menschen bis zum 16. Juni die Chance, ein Interrail-Ticket zu gewinnen. Ich kann nur an alle appellieren, sich hieran zu beteiligen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Besonders schön finde ich an den Interrail-Tickets, dass sie nicht nur in den 27 EU-Mitgliedstaaten gültig sind, sondern in den 33 Ländern auf dem europäischen Kontinent. In Zeiten des Brexit, der bisher noch gar nicht angesprochen wurde, finde ich jede Verbindung mit dem Vereinigten Königreich Gold wert. Vielleicht verlieben sich auf einer solchen Reise junge Britinnen und Briten in Europäerinnen und Europäer und kämpfen dann noch stärker für einen Wiedereintritt in die EU.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Macht der Liebe!)

Man braucht aber keine 18 Jahre alt zu sein, um zu sehen, dass Europa auch in ganz praktischem Sinn gut für die Menschen in Hessen ist. Gehen Sie einmal mit offenen Augen durchs Land. Dann werden Sie sehen, an wie vielen Stellen diese Schilder hängen, auf denen darauf hingewiesen wird, dass die Europäische Kommission dort investiert.

In Offenbach – unser Offenbach-Minister ist jetzt leider nicht da – wird z. B. die Busflotte gerade auf Elektrobusse umgestellt, mit Unterstützung der EU. In Friedrichsdorf entsteht mit der Ökosiedlung gerade ein nachhaltiges, zukunftsgerechtes Wohngebiet, mit Unterstützung der EU. Auch in der Regionaltangente West, die zukünftig das Bahnnetz in und um Frankfurt verstärken wird, stecken europäische Mittel in Höhe von 20 Millionen €.

(Zurufe AfD)

Frau Waschke hat eben die Fördermittel der EU für die Hochschulen angesprochen. Frau Waschke, in den letzten

Jahren sind wir total auf einer Aufholjagd. Wir haben 2023 überdurchschnittlich viele Mittel nach Hessen holen können, und das ist ein großer Erfolg unseres Fonds Hessen Horizon.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich habe mich eben ein bisschen gewundert, dass Sie die Europabeauftragten hier noch einmal so in den Mittelpunkt gestellt haben; denn wir haben jetzt schon mehrfach über diesen Gesetzentwurf geredet, und es gab wirklich eine breite Ablehnung, auch bei der Anhörung. Nicht einmal die Kommunen selbst wollen diese Vorgabe. Von daher kann man, glaube ich, sagen, das ist etwas, was nicht so funktioniert hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen machen mit dem Europanezwerk sehr viel, um die EU und das Bewusstsein dafür auch in Hessen zu stärken. Wir haben die Förderlotsen im Innenministerium, die EUROPE DIRECT Informationszentren und ganz viele Veranstaltungen rund um die Europawochen. An der Stelle möchte ich denjenigen danken, die in den Kommunen ehrenamtlich – das muss man fairerweise sagen – die Begegnungen und die Partnerschaften mit den EU-Partnerstädten am Leben erhalten. Ohne sie würde das so nicht funktionieren. Es gibt das Mehr-Regionen-Haus in Brüssel, wo sich Hessen gemeinsam mit unseren Partnerregionen Nouvelle-Aquitaine, Emilia-Romagna und Wielkopolska für unsere hessischen Interessen einsetzt.

Auch wir GRÜNE wünschen uns übrigens, dass jetzt eine Partnerschaft mit der Ukraine hinzukommt. Ich finde, das wäre zum jetzigen Zeitpunkt genau das richtige Zeichen. Frau Ministerin, danke, dass Sie das noch einmal angesprochen haben. Wir hoffen, dass jetzt Schritte in diese Richtung unternommen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

In einem Jahr findet die nächste Europawahl statt. Da geht es nicht nur darum, ob wir Europa wollen – darin sind wir uns hier weitgehend einig –, sondern darum, wie wir Europa wollen. Rund 350 Millionen Menschen werden darüber entscheiden, ob gemeinsame Rechte zurückgefahren werden und ob in Zukunft weiter Freiheit und Wohlstand regieren oder Populismus und Nationalismus. Die Wahl wird insofern etwas Besonderes sein, als es die erste Wahl ist, bei der bundesweit Menschen ab 16 Jahren zur Wahl aufgerufen sind. Vielleicht kann die EU hier ein Türöffner sein, ein Experimentierfeld, anhand dessen andere Staaten sehen – auch Deutschland –, es ist gut für die Demokratie, wenn sie mehr Menschen einschließt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan Schalauske (DIE LINKE): Oder Hessen!)

– Ich finde, es ist zunächst einmal auf der Bundesebene eine sehr diskussionswürdige Frage.

Hessen hat im Bundesrat den Antrag eingebracht, in Deutschland einen Demokratie-Gedenktag einzuführen. Wir finden, bei einem solchen Gedenktag müssen wir immer auch die europäische Dimension mitdenken und die Geschichte der europäischen Revolution miterzählen; denn die EU und ihre heutigen Errungenschaften reichen

zurück bis zu dem gemeinsamen Kampf für Freiheit und Demokratie im Jahr 1848. Genau so funktioniert unsere Demokratie heute, nur mit einem starken Europa. – Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dahlke. – Als Nächster hat Herr Kollege Bolldorf das Wort.

Karl Hermann Bolldorf (AfD):

Herr Vizepräsident Dr. Hahn, Frau Ministerin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, schön, dass Sie da sind, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einigen Jahren halten uns zahlreiche Krisen in Atem: die Corona-Pandemie und eine daraus resultierende Wirtschaftskrise, der Angriffskrieg gegen die Ukraine und die nun vorhandene Bedrohung unserer Energie- und Versorgungssicherheit durch grüne Ideologien.

(Beifall AfD – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All das sind Herausforderungen an die europäische Gemeinschaft. Sie stellen unsere Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf die Probe, nicht nur die der nationalen Regierungen in den Mitgliedstaaten, sondern auch die der Regierung in Hessen.

Hinzu kommen individuelle nationale Schicksalsschläge, wie wir sie in den vergangenen Jahren leider in unserer Partnerregion, der Emilia-Romagna, zur Kenntnis nehmen mussten. Die Bilder der schweren Unwetter, von Erdbeben und Überschwemmungen machen uns sehr betroffen. Unsere Gedanken und unser aufrichtiges Mitgefühl sind in diesen Tagen auch bei den Opfern dieser Katastrophe und ihren Angehörigen, die großes Leid zu beklagen haben.

(Beifall AfD)

Es ist jetzt an der Zeit, den Betroffenen vor Ort schnell und unbürokratisch zu helfen. Hessen kann und muss seinen bestmöglichen Beitrag dazu leisten, das Leid in dem betroffenen Gebiet zu lindern und die großen Verluste zu mildern. Für uns als Partnerregion in Europa, in einem seit 1992 bestehenden Bündnis, ist dies selbstredend eine Pflicht. Bereits jetzt gilt unser Dank allen engagierten Helfern und Organisationen, die in diesen Tagen und Wochen unsere schwer getroffene norditalienische Partnerregion unterstützen werden.

(Beifall AfD)

Die derzeit stattfindenden Europawochen sind daher ein richtiger Anlass, um die Bedeutung europäischer Partnerschaften auf regionaler wie auch auf lokaler Ebene noch einmal besonders hervorzuheben. Besonders in Zeiten politischer, wirtschaftlicher und humanitärer Krisen sind sie ein wichtiges Forum, um den Austausch und die Zusammenarbeit zweier Nationen und ihrer Menschen nachhaltig voranzubringen.

Nicht nur gemeinsame Projekte und Standpunkte voranzubringen, sondern sich auch in Notlagen zu unterstützen, das ist ein zutiefst proeuropäischer Grundgedanke. Wir sind fest davon überzeugt, dass es richtig ist, diesen euro-

päischen Grundgedanken zu bewahren und zu fördern. Solidarität ist keine Einbahnstraße, und sie darf das auch in Zukunft nicht sein oder zu einem bloßen Lippenbekenntnis verkommen.

Das hessische Engagement für die Emilia-Romagna wird Ausdruck dieser gelebten Partnerschaft auf Augenhöhe sein. Das gilt im Übrigen auch für die weiteren Partnerregionen Nouvelle-Aquitaine, Vojvodina und Wielkopolska sowie für die demokratischen Kräfte in Bursa.

Bei alledem dürfen wir nicht vergessen, dass in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft seit über einem Jahr Krieg herrscht. Unfassbares Leid, völlig zerstörte Innenstädte, unzählige Kriegsverbrechen, Flucht und Vertreibung sind die traurige Zwischenbilanz des andauernden russischen Angriffskrieges. Die Bilder und Erfahrungsberichte aus Donezk, Luhansk, Bachmut und anderen Teilen der Ukraine machen uns immer noch tief betroffen. Aber wir müssen feststellen, dass es die Antworten, welche die europäische Gemeinschaft auf diesen Krieg gegeben hat, nicht vermocht haben, das Blutvergießen in der Ukraine zu beenden.

(Beifall AfD)

Noch mehr Sanktionen, noch mehr Waffenlieferungen und eine weitere Eskalation führen nach Meinung der AfD den strategischen Anspruch der EU ins Leere.

(Beifall AfD)

Vielmehr scheint es so, als ob ein friedliches Ende des Konflikts weiter weg wäre als je zuvor. Das ist Grund genug, sich weiterhin fest entschlossen für die Verteidigung der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung sowie für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen. Die Frage, wie wir wieder näher in Richtung Frieden kommen, ist jedoch wesentlich komplexer, als es uns die bloßen Argumente für und wider Waffenlieferungen glauben machen, die – so habe ich es zumindest verstanden – in der Regierungserklärung angeklungen sind.

(Beifall AfD)

Dazu gehört auch, dass das umfassende humanitäre Engagement für zivile Opfer und Flüchtlinge fortgesetzt wird. Die zahlreichen Hilfsorganisationen in vielen Teilen Hessens leisten hier seit über einem Jahr eine hervorragende Arbeit bei der Unterbringung, Versorgung und Unterstützung der Menschen, die vor diesem Krieg geflohen sind.

(Beifall AfD)

Auch ich habe mir im persönlichen Umfeld von zahlreichen Aktionen einen Eindruck von der großen Hilfsbereitschaft in Hessen machen können. Für dieses vorbildliche Engagement sind wir den Hessinnen und Hessen unverändert sehr dankbar.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, gerade für sie sind wir in der Pflicht, unsere Friedensbemühungen zu intensivieren. Wir vertreten unverändert den Wunsch nach Deeskalation und nach einem möglichst baldigen friedlichen Ende des Krieges in der Ukraine.

(Beifall AfD)

Hierfür ist es aus unserer Sicht geboten, Partnerschaften und andere Formen der friedensfördernden Kommunikation unter den Völkern auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene aufrechtzuerhalten.

Wir können in diesem Zusammenhang nicht verstehen, dass die Hessische Landesregierung die Partnerschaft – so war es zu lesen – mit der russischen Region Jaroslawl auf Eis gelegt hat und dort leider Gottes weitere Sanktionen angekündigt wurden.

Wir begrüßen gleichzeitig in diesem Kontext die Ankündigung unserer Europaministerin, eine Partnerschaft mit einer ukrainischen Region zu prüfen. Allerdings wüssten wir in diesem Zusammenhang sehr gerne, wie die Landesregierung mit der derzeit auf Eis gelegten Partnerschaft mit der Oblast Jaroslawl zu verfahren gedenkt. Ob sie weiter eingefroren bleibt oder vollständig beendet werden soll, wurde nicht gesagt.

Meine Damen und Herren, in letzter Konsequenz müssen wir ein Akteur sein, der mäßigend auf die Konfliktparteien einwirkt und sich als Mittler bzw. Ort für Friedensverhandlungen anbietet –

(Beifall AfD)

ein Ort und ein Akteur, der eine Politik für den Frieden befördert. Frau Ministerin, große Teile der Regierungserklärung waren von einer historischen Rückschau geprägt. Umso entscheidender ist es jedoch, sich mit den zentralen Herausforderungen im Hier und Jetzt zu befassen. Die gravierenden Folgen der Ukraine-Krise bemessen sich nicht nur auf politische und militärische Sphären. Nein, sie sind knallhart zu spüren in der Lebensrealität unserer Bürger. Wir erleben eine handfeste Bedrohung unseres wirtschaftlichen Wohlstands, die sich in der Inflation, den steigenden Preisen für Lebensmittel, für Energie und in vielen anderen Lebensbereichen zeigt.

(Beifall AfD)

Auch unsere heimische Wirtschaft leidet sehr stark unter den Folgen der Krise. Die negativen Entwicklungen hinsichtlich des Investitionsklimas oder der Beschäftigungssituation auf dem Arbeitsmarkt sind bereits absehbar – in Hessen, in Deutschland und in ganz Europa.

(Dr. Frank Grobe (AfD): So ist es!)

Die Bundesregierung handelt im Bereich der Energie- und Wirtschaftspolitik abseits jeglicher Vernunft und völlig konzeptlos.

(Beifall AfD)

Sie ist vielmehr mit personellen Querelen und leider Gottes auch mit den Verwandtschaftsbeziehungen ihrer Staatssekretäre beschäftigt.

(Heiterkeit und Beifall AfD – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gegenruf Robert Lambrou (AfD): Die GRÜNEN nehmen von den Armen und geben es den Reichen! – Weitere Zurufe)

– Ja, das ist nicht zum Lachen, das ist zum Heulen. – Wenn dann doch Gesetzesvorhaben vorgelegt werden, handelt es sich des Öfteren um ideologische Schaufensterideen, die mit den tatsächlichen Sorgen und Interessen der Bürger sehr wenig zu tun haben. Weder europäisch noch national hat sie ein Konzept, wie z. B. eine bezahlbare und stabile Energieversorgung sichergestellt werden kann.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, wie wir erfahren, schütteln unsere europäischen Partner zunehmend den Kopf über den energiepolitischen Sonderweg, den Deutschland geht.

(Volker Richter (AfD): So ist das!)

Auch die Lethargie der Bundesregierung im EU-Rat und in den Ministerräten löst Irritationen aus. So viel Überzeugungsarbeit kann Hessen gegenüber unseren Partnerregionen gar nicht leisten, wie die Bundesregierung durch ihre schlechte Performance an nachhaltigen Imageschäden anrichtet.

(Beifall AfD)

Viele unserer europäischen Partner sind in den grundlegenden Fragen der Versorgungssicherheit wesentlich weiter, als es Deutschland ist. Wenn selbst die Einstufung der Energieerzeugung aus Kernenergie von der EU als „umweltverträglich“ klassifiziert wird – im Übrigen, meine Damen und Herren, eine der wenigen guten Entscheidungen aus Brüssel in den letzten Jahren –,

(Heiterkeit und Beifall AfD)

die Bundesregierung aber weiter stur auf ihren ideologisch motivierten Pfaden wandert, dann sagt das sehr viel über sie aus. Ideologische Scheuklappen scheinen offenbar wesentlich entscheidender zu sein als wirksame Lösungen, um die Energie- und Versorgungssicherheit in Europa zu gewährleisten.

(Beifall AfD)

Bei allem Respekt: Das ist ein Armutzeugnis.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, Hessen ist ein europäischer Finanzstandort und verfügt über eine starke, international ausgerichtete Wirtschaft. Daraus ergibt sich denklogisch ein großes und ernsthaftes Interesse an einem funktionierenden Binnenmarkt und an einer Politik, die sich an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft orientiert und faire, zukunftssichernde Wettbewerbsbedingungen schafft. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der EU verkörpern jedoch nichts von alledem. Vielmehr sind Bürokratismus und Regulierungswut ein aktuelles Risiko für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.

(Beifall AfD)

Fakt ist, durch immer mehr Berichtspflichten, schärfere Quoten oder minutiöse Statistiken, welche etwaigen Umweltsünden Unternehmen zu verantworten haben, werden wir gegenüber den USA oder China nicht konkurrenzfähiger. Im Gegenteil: Der europäische Wirtschaftsraum wird nur eine Chance haben mit einer marktwirtschaftlichen, technologieoffenen Politik der Förderung von Forschung, Innovation und Entwicklung und, ja, auch einer ausgewogenen Balance zwischen Ökonomie und Ökologie.

(Beifall AfD)

Ebenso ist es von entscheidender Relevanz – das ist in der Rede der Frau Ministerin auch zur Sprache gebracht worden –, wie wir unseren digitalen Binnenmarkt aufstellen und die digitale Autonomie sicherstellen. Dabei erfordert es Wachsamkeit, dass kritische Infrastrukturen und Cybersicherheit in Europa nicht von ausländischen Investoren abhängig gemacht werden.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich im Bundesrat gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission, zu der sie offensichtlich beste bilaterale Beziehungen unterhält, für Antworten in diesen wesentlichen Zukunftsfragen einsetzt und konsequent hessische Interessen vertritt.

In einer allgemeinen europapolitischen Debatte wie heute kommen wir nicht umhin, auch den Komplex der Asyl- und Migrationspolitik anzusprechen

(Beifall AfD – Zurufe SPD – Gegenruf AfD: Wenn ihr es nicht macht!)

– ich bin da über jeden Zweifel erhaben; Sie müssen erst einmal zuhören –; denn keines der Probleme, die seit vielen Jahren offenkundig bekannt sind, wurde auch nur annähernd gelöst.

(Beifall AfD)

Die Frau Ministerin hat dies in ihrer Regierungserklärung mit nur einem einzigen Wort – ich zitiere –, mit „Migrationsdruck“, gewürdigt. Auch hier sehen wir uns mit einer Bundesregierung und mit einer zuständigen Innenministerin konfrontiert, welche auf europäischer Ebene außer großspurigen Ankündigungen und ergebnislosen Verhandlungen nichts, aber auch gar nichts zur Lösungsfindung beigetragen haben.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, die Kommunen reagieren zunehmend ungehalten auf die Ergebnislosigkeit der europäischen Migrationspolitik der Bundesregierung. Diese gleicht vielmehr einem Pingpongspiel zwischen Bund und Ländern, wer denn nun für was zuständig sei und was wir finanzieren müssten. Dies artikuliert sich nicht nur in dem Brandbrief des Landrates und von Bürgermeistern des Main-Taunus-Kreises, weiterer kommunaler Verwaltungsspitzen sowie der Stellungnahme des Landkreises Marburg-Biedenkopf, der die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels als Versuch charakterisiert, die wichtigen Anliegen der Kommunen mit Geld abzuspähen.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gegenruf Robert Lambrou (AfD): Sie haben mittlerweile fast alle Briefe geschrieben! Haben Sie es nicht mitbekommen? – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die AfD sollte einmal Heimatkunde machen! – Weitere Zurufe)

– Ich würde gerne weiterreden, wenn ich darf.

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Herr Bolldorf, Sie dürfen weiterreden.

Karl Hermann Bolldorf (AfD):

So äußert sich auch der Hessische Städtetag. Fakt ist, dass die Kommunen seit Jahren, teilweise an der Kapazitäts- und Belastungsgrenze, die Fehler der übergeordneten Ebenen auffangen müssen.

(Beifall AfD)

Mit den zentralen Herausforderungen in puncto Integrationsfähigkeit und Leistbarkeit, etwa bei Investitions- und Betriebskosten von Unterkünften, werden sie vom Land Hessen und vom Bund permanent im Stich gelassen. Wenn

Landes- und Bundesregierung meinen, den Unmut der Kommunen über die derzeitige Situation mit immer größeren Geldflüssen ruhigstellen zu können, dann ist dies ein erheblicher Trugschluss.

(Beifall AfD)

Wir brauchen in erster Linie nicht immer nur mehr Geld, sondern eine Politik, die die Probleme vorbehaltlos anpackt und die illegale Migration nach Europa konsequent bekämpft.

(Beifall AfD)

Die Vorschläge unserer Fraktion, wie diese Probleme einer wirksamen Lösung zugeführt werden können, liegen ebenfalls seit Jahren auf dem Tisch: ein wirksamer effektiver Außengrenzschutz, eine bessere Ausstattung von Frontex, eine effiziente Bescheidung von Asylanträgen bereits an den Grenzen, die konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber, die Bekämpfung der Schlepperindustrie und Weiteres. Auch braucht es eine Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer; aber das wird am Donnerstag noch Thema im Plenum sein.

(Beifall AfD)

All diese und weitere Probleme müssen national und gesamteuropäisch mit unseren Partnern gelöst werden. Deutschland findet in keiner einzigen der zentralen europapolitischen Fragen unserer Zeit eine richtige Antwort,

(Beifall AfD)

nicht in der Wirtschaftspolitik, nicht in puncto Energie- und Versorgungssicherheit und erst recht nicht in der Migrations- und Asylpolitik. Wir erwarten daher, dass die Landesregierung in der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode europapolitisch aktiv wird. Eine pflichtschuldige Alibikritik reicht nicht, sondern der Lethargie der Ampel müssen im Bundesrat klare, ambitionierte Konzepte und Zielsetzungen entgegengestellt werden.

(Beifall AfD)

Die Bürger in Deutschland und in Hessen erwarten, dass die Politik richtige Antworten findet und Probleme löst, statt sie zu befeuern. Das gilt für nationale sowie für gesamteuropäische Herausforderungen. Die Frau Ministerin hat am Schluss ihrer Regierungserklärung „ein starkes Hessen in einem starken Deutschland“ beschworen, das die Europäische Union aktiv mitgestalten wolle. Gemessen an der Performance dieser Landesregierung sind das übermäßig ambitionierte Worte. Wir werden daher in den kommenden Monaten genau darauf achten, ob diesen Worten auch Taten folgen oder ob es wieder leere Versprechungen sind, die leider möglicherweise dem bevorstehenden Landtagswahlkampf geschuldet sind.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Mit Blick auf den immer stärkeren Zugriff der EU auf nationale Zuständigkeiten verstehen wir auch Hessen als Teil von Europa der Regionen. Der Zugriff von oben steht im krassen Gegensatz zu den Vorschriften in den europäischen Verträgen, dass alles, was auf den unteren Ebenen erledigt werden kann, nicht auf eine höhere Ebene verlagert werden darf.

(Beifall AfD)

Falls dies beabsichtigt sein sollte – man kann das teilweise herauslesen, teilweise auch nicht, aber ich habe es schon gehört –: Den Weg zu einem Bundesstaat „Vereinigtes Europa“ wird die AfD nicht mitgehen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall AfD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Bolldorf. – Für die Fraktion der Freien Demokraten wird nunmehr Oli Stirböck sprechen, der zwar kein Offenbach-Minister ist, aber ein Offenbacher. Bitte schön.

Oliver Stirböck (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor 25 Jahren habe ich in einem Beitrag für ein Buch des Politikwissenschaftlers Karl-Rudolf Korte geschrieben:

Es wird eine Generation heranwachsen, die die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich nur noch vom Hörensagen kennt.

Diese Grenzenlosigkeit ist für uns selbstverständlich geworden, vielleicht manchmal auch zu selbstverständlich. Frau Ministerin, Sie schildern eindrucksvoll die verheerenden Überschwemmungen in der Emilia-Romagna und formulieren zu Recht Ihren Anspruch: In der Not halten wir zusammen. – Aber als es damals wirklich darauf ankam, als zu Beginn der Corona-Krise in Norditalien, auch in der Emilia-Romagna, Not am Mann war, als in Bergamo schon die Transporter der Armee anrückten, um die Leichen abzutransportieren, zeigte Berlin die kalte Schulter: deutsches Ausfuhrverbot, nicht abgestimmte Grenzsicherungen.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Das ist doch Quatsch!)

Plötzlich standen die europäischen Werte auf dem Prüfstand. Ob wir zusammenhalten, ob sich unsere Partnerregionen wirklich auf uns verlassen können, wie Sie es versprechen, Frau Ministerin, entscheidet sich erst, wenn es wirklich kritisch wird und es nicht so leicht von der Hand geht. Deshalb ist es gut, dass sich die Europäische Union seinerzeit in der Krise selbst korrigiert hat und mit klaren Regeln zur Solidarität in Europa zurückgekehrt ist.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass Sie selbst, die Landesregierung, und der Europaausschuss des Hessischen Landtags nach diesen verstörenden Vorgängen im März 2020 mit Begegnungen in der Emilia-Romagna auch politisch alles dafür getan haben, den europäischen Gedanken wieder wachsen zu lassen. Denn Sie haben recht: Die gelebte Solidarität untereinander ist es, was Europa ausmacht; und dafür haben Sie von den Freien Demokraten unsere volle Unterstützung.

(Beifall Freie Demokraten)

Die Corona-Krise hat uns den Wert Europas noch einmal offensichtlich gemacht, eines Europas ohne Grenzen, eines Europas ohne Schranken, eines Europas der Freiheit. Guido Westerwelle hatte seinerzeit recht: Europa hat nicht nur einen Preis, Europa hat auch einen Wert.

(Beifall Freie Demokraten)

Frau Ministerin, Sie und Frau Kollegin Dahlke haben aus der Rede von Frank-Walter Steinmeier in der Paulskirche

zitiert, der die europäische Dimension von 1948 dargelegt hat. „Denn überall in Europa“, so hieß es, „war die Sehnsucht nach Freiheit gleichzeitig erwacht.“ Steinmeier sagte auch:

Mit den Parlamenten entstand auch eine Gegenbewegung: ein Populismus, der die Institutionen verachtet und den vermeintlich wahren Volkswillen allein für sich reklamiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Menschen draußen, lassen Sie sich nicht von Herrn Bolldorf täuschen. Er war heute die Mogelpackung. Das ist nicht die AfD. Die wirkliche AfD beschließt auf ihren Parteitagen, das Europäische Parlament abzuschaffen.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und Rolf Kahnt (fraktionslos) – Robert Lambrou (AfD): Der Mann ist Mitglied! Er war 16 Jahre lang Bürgermeister!)

Herr Lambrou, die wirkliche AfD spielt mit antiparlamentarischen und antieuropäischen Sujets. Die wirkliche AfD, die AfD von Ihnen und von Herrn Lichert, flirtet mit der Identitären Bewegung. Das ist die AfD und nicht das, was Sie heute vorgeführt haben.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Sie verachten die parlamentarische Demokratie, Sie verachten die Europäische Union, Sie verachten die Institutionen Europas, und Sie gerieren sich als Vertreterin des wahren Volkswillens.

(Robert Lambrou (AfD): Das ist Quatsch! Das weise ich auf das Schärfste zurück!)

Diesen Verächtern der parlamentarischen Demokratie, den Verächtern Europas werden wir im Hessischen Landtag immer geschlossen entgegnetreten.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und Rolf Kahnt (fraktionslos) – Robert Lambrou (AfD): Wir haben die größten Schlupflöcher Europas! Darum geht es!)

– Wir lesen das alles im Protokoll nach. Darauf antworte ich Ihnen dann später.

Frau Ministerin, Sie haben eben eine sehr positive Europarede gehalten. Sie zeigt Ihre persönliche Begeisterung für Europa; und diese teilen wir.

(Robert Lambrou (AfD): Werden hier jetzt Schulnoten vergeben?)

Aber wir machen Europa nicht besser, wenn wir lediglich im Ungefähren bleiben. Hessen muss jenseits des Allgemeinen und Konsensualen den Anspruch haben, in Deutschland eine Führungsrolle einzunehmen, wenn es um die Zukunft Europas geht; denn Europa ist auch im europäischen Interesse. Fünf Punkte möchte ich Ihnen dazu nennen:

Erstens. Ein internationaler Standort braucht Freihandel. Viele Menschen haben Angst vor der Globalisierung. Manche Europakritik ist übrigens in Wahrheit Globalisierungskritik. Frau Ministerin, Sie sprechen vom Ziel der strategischen Souveränität der EU. Das ist noch in Ordnung. Ministerpräsident Boris Rhein geht weiter. Er hat seinerzeit in seiner Regierungserklärung sogar der Deglobalisierung das

Wort geredet; und das, meine Kolleginnen und Kollegen, ist ein Irrweg, gerade für ein exportorientiertes Land wie Hessen. Hessen lebt von der internationalen Arbeitsteilung, Hessen lebt vom internationalen Handel.

Das sind ganz wichtige Elemente, und die braucht es, um effizient zu wirtschaften. Das hat schon David Ricardo 1817 in seinem Theorem der komparativen Kostenvorteile festgestellt.

Hessen profitiert also mehr als andere Regionen in Europa vom gemeinsamen Binnenmarkt. Hessen profitiert von Freihandelsabkommen auch der Europäischen Union. Den aktuellen Herausforderungen, die uns durch Russland und China begegnen, stellen wir uns nicht mit Deglobalisierung entgegen, sondern dazu brauchen wir richtige strategische Partnerschaften und gerade mehr Freihandel.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Koalition, die hier sitzt, diese schwarz-grüne Koalition, konnte sich aber in ihrem Koalitionsvertrag einer Legislaturperiode, die jetzt zum Glück zu Ende geht, nicht einmal zu einem mächtigen Bekenntnis für CETA, also für das Freihandelsabkommen mit Kanada, durchringen. Wir brauchen aber mehr als das. Wir brauchen eine Offensive an Freihandelsabkommen. Wir brauchen auch einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten; denn Freihandel ist Freiheit.

(Beifall Freie Demokraten)

Zweitens. Der Finanzplatz Frankfurt braucht einen europäischen Rahmen. Der Brexit hat uns, glaube ich, alle ins Mark getroffen. Er bietet aber auch eine Chance, Frankfurt als Finanzplatz gegenüber London zu stärken. Wir brauchen deshalb einen voll integrierten Kapitalmarkt, einen gemeinsamen Kapitalmarkt in Europa mit vergleichbaren Regeln. Er senkt die Hürden für grenzüberschreitendes Geschäft und schafft damit neue Perspektiven über den sehr engen deutschen Bankenmarkt hinaus.

Die Kapitalmarktunion ist der größte politische und regulatorische Hebel, um Wachstum für die Banken zu generieren und damit auch den Finanzplatz zu nutzen. Wir sollten uns daher auch für das Prinzip der Professionalität starkmachen, nach dem kleinere Institute nicht so streng zu regulieren sind wie systemrelevante Großbanken.

Drittens. Europa braucht strenge, praktikable Fiskalregeln. Nach Jahren eines – ich will es einmal so nennen – fiskalischen Ausnahmezustands braucht es endlich eine Rückkehr zu etwas, was erst einmal ganz langweilig wirkt, nämlich zur finanzpolitischen Solidität. Denn nach Corona und Ukraine-Krise erreichen die Euroländer ein Schuldenniveau von 90 %. Italien und Frankreich liegen sogar bei 140 % bzw. 110 %. In dieser Situation ist es Gold wert, dass der bundesdeutsche Finanzminister Christian Lindner heißt.

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe: Oh!)

Der IWF hat ungewöhnlich deutlich die Konsolidierung der Haushalte der Mitgliedstaaten der Europäischen Union verlangt. Wir alle wissen, dass die bisherigen Regeln von den Mitgliedstaaten regelmäßig unterlaufen werden, auch in der Vergangenheit teils angeführt von Deutschland. Das Prinzip der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten darf nicht weiter unterminiert werden. Wer den sozialdemokratischen Weg in die politische Schuldenunion gehen will,

wird die Menschen für Europa verlieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nach Vorstellung der Kommission soll jedes Land künftig mit den EU-Institutionen aushandeln, was Schuldentragfähigkeit bedeutet. Das öffnet der Schuldenunion Tür und Tor. Es ist deshalb goldrichtig, dass das Bundesfinanzministerium strenge Schuldenabbauregeln für hoch verschuldete Länder vorgeschlagen hat. Geht es nach Lindner, sollte die feste Vorgabe von 1 % Schuldenabbau im Jahr auch weiterhin gelten.

Ich habe in einer Studie von Kantar gelesen, dass 82 % der Menschen Sparsamkeit für eine attraktive Charaktereigenschaft halten. Nur Mut, auch ihr könnt alle Christian Lindners werden.

(Beifall Freie Demokraten – Stephan Grüger (SPD):
Wir wollen mal nicht übertreiben!)

Punkt vier. Machen wir Schluss mit deutschen Sonderwegen. Wir sollten vorsichtig sein, wenn wir glauben, dass wir in Deutschland so viel klüger sind als die anderen. Frau Kollegin Dahlke, der Wunsch, irgendwie einer deutschen Vorbildfunktion gerecht zu werden, geht nach dem, was ich in Brüssel höre, gegen null. Dort will keiner einem deutschen Vorbild folgen. Am deutschen Wesen wird weder Brüssel noch die Welt genesen.

(Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Frau Ministerin, ich bin auch oft in Brüssel unterwegs. Wenn ich mich auf der Terrasse unserer wunderbaren Landesvertretung – Sie haben sie sehr korrekt beschrieben; sie hat eine hervorragende Leitung – mit der vielfältigen internationalen Brüsseler Community unterhalte, ist die Bewunderung etwa für die deutsche Energiepolitik, die Sie so loben, Frau Dahlke, eher gering ausgeprägt. Sie ist jedenfalls deutlich geringer ausgeprägt als auf Parteitag der GRÜNEN. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Erst sich abhängig machen von Russland, dann Gas von überallher beziehen, nur nicht sich selbst dabei die Hände schmutzig machen, erst für Klimaschutz heiß laufen, dann die Kernkraftwerke herunter- und die Kohlekraftwerke hochfahren, aber den Menschen die Gasheizungen madig machen,

(Robert Lambrou (AfD): Und die FDP macht im Bund mit!)

das ist kein schlüssiges Klimakonzept für unser Land.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Frömmrich, das wird auch international kein gefragtes Produkt werden, sondern ein Ladenhüter.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Kollegin Dahlke, wenn Sie unrichtigerweise darstellen, dass die FDP ihre Zustimmung zu dem Gesetz gegeben habe – das ist falsch, die FDP hat im Kabinett bereits durch alle ihre Minister sehr deutlich gemacht, dass es Vorbehalte gibt –

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sie haben im Kabinett zugestimmt! – Zuruf Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Dahlke, wir können gerne noch privat miteinander reden, aber an dieser Stelle bin ich dran und werde Ihnen schildern, wie es jetzt abgehen wird: Dieses Gesetz wird grundlegend geändert werden müssen.

(Zuruf Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Nimmermann ist ein kluger Mann, aber er wird viel zu tun haben, das durch die GRÜNEN verursachte Chaos in Berlin wieder zu ordnen.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Stephan Grüger (SPD))

Wir haben alle gelernt, dass wir grenzüberschreitende Probleme nur gemeinsam lösen können. Wir brauchen grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte. Frau Ministerin, Sie haben den Ukraine-Krieg angesprochen. Aber auch wenn es um die Herausforderungen von Migration, der Sicherung unserer Außengrenzen geht, dann ist klar: Das können wir nicht alleine lösen. Das können wir nur gemeinsam lösen.

Wenn wir in den zentralen Fragen Europa groß machen, macht das die Populisten klein. Die brauchen nämlich keine Lösungen, sie brauchen Probleme, um zu leben.

(Beifall Freie Demokraten – Robert Lambrou (AfD):
Nein, wir wollen echte Lösungen! Die Lösungen, die diese Bundesregierung nicht liefert!)

Punkt fünf. Machen wir Ernst mit europäischen Reformen. Dazu müssen wir unsere Europäische Union besser aufstellen. Wir brauchen einen neuen Verfassungskonvent für eine gemeinsame europäische Verfassung. Wir brauchen ein stärkeres Europäisches Parlament und nicht, wie die AfD will, kein Europäisches Parlament. Wir brauchen mehr Verantwortung für die Regionen; denn Europa wächst von unten.

Wir brauchen ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Ähnlich wie beim Schengen-Raum oder der Eurozone sollte man sich bei der europäischen Integration nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen, sondern einen offenen Prozess gestalten. Die Europäische Union braucht auch mehr demokratische Kontrolle, nicht nur aus dem EU-Parlament, sondern auch aus den Mitgliedstaaten. Wir brauchen daher eine Klagebefugnis nationaler Parlamentskammern beim EuGH.

(Robert Lambrou (AfD): Das Konzept findet sich im AfD-Programm!)

Das können bislang nur die Regierungen tun. Bundestag und Bundesrat könnten dann auch gegen Subsidiaritätsverletzungen oder auch wegen fehlender Rechtsgrundlage vor dem EuGH Klage führen.

(Andreas Lichert (AfD): Also ist die Kritik berechtigt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kritik an Europa ist immer möglich und muss immer möglich sein. Aber Sie kritisieren nicht Europa, Sie verfemen die Europäische Union.

(Robert Lambrou (AfD): Wir kritisieren die EU!)

Das teilt Freie Demokraten und die AfD, und da ziehen wir unsere klare Trennlinie.

(Beifall Freie Demokraten – Robert Lambrou (AfD):
Aber wir dürfen doch die EU kritisieren!)

Wenn wir diese Reformanstrengungen, von denen ich gerade sprach, gemeinsam anpacken, dann können wir erfolgreich sein und die europäische Sehnsucht revitalisieren und sogar stärken.

Frau Ministerin, Sie haben von den vielen Jugendlichen berichtet, die Sie bei Besuchen auf dem Balkan getroffen haben. Sie hätten mit unseren hessischen Jugendlichen eines gemeinsam: die Sehnsucht, Teil dieser europäischen Freiheit zu sein.

Da haben Sie recht, Frau Ministerin: Das europäische Feuer lodert weiter, gerade in der Jugend. Aber der Brexit hat auch gezeigt: Wir sollten uns unserer Sache nie zu sicher sein. Wir sollten uns nie zu gewiss sein, dass es gut ausgehen wird. Unsere gemeinsame Hoffnung ist, wie ich glaube, dass auch in Großbritannien die europäische Glut am Glimmen bleibt und vielleicht in einigen Jahrzehnten, in einigen Generationen, Großbritannien wieder zur Europäischen Union zurückkehrt.

(Beifall Freie Demokraten und Stephan Grüger (SPD))

Frau Ministerin, als Freie Demokraten hätten wir uns heute in Ihrer Regierungserklärung – wahrscheinlich wird es Ihre letzte sein – etwas weniger Vergangenheitsbewältigung und stattdessen mehr Zukunftsthesen gewünscht.

(René Rock (Freie Demokraten): So ist es!)

Wir hätten uns auch insgesamt gewünscht, dass Sie vielleicht einmal bei den hessischen Brot-und-Butter-Themen, bei den harten Themen – vom Finanzplatz bis zum Freihandel – mutiger die Flagge der Freiheit tragen.

Aber wir konnten Sie auch oft auf Delegationsreisen in Partnerregionen begleiten, auch auf solchen, die Ihr Vorgänger, Europaminister Jörg-Uwe Hahn, selbst initiiert hat, etwa nach Bursa. Dort waren Sie als hessische „Außenministerin“ eine würdige Repräsentantin unseres Landes. Dafür zollen wir als Freie Demokraten Ihnen, anlässlich Ihrer wohl letzten Regierungserklärung, auch wenige Monate vor der Wahl, unseren Respekt. Das schließt ausdrücklich auch Ihre beiden Staatssekretäre Uwe Becker und Mark Weinmeister ein. – In diesem Sinne herzlichen Dank von den Freien Demokraten und Glück auf Europa.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die Fraktion DIE LINKE rufe ich nun Frau Kula, die Fraktionsvorsitzende, ans Rednerpult.

Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Woran es uns in jüngster Zeit im politischen Raum wirklich nicht mangelt, sind neue Wortschöpfungen, die Großes verheißen, aber immer unkonkret bleiben, um in alle Richtungen interpretierbar zu sein: Unser Bundeskanzler Olaf Scholz schaffte es, ein solches Wort zu etablieren, das in

Straßburg und Brüssel mittlerweile fast jeder kennt: die Zeitenwende.

Leider hat das, was der Bundeskanzler meint, und auch das, was heute die Ministerin vorgetragen hat, nichts mit einer europäischen Zeitenwende für die Menschen in Europa zu tun. Diese „Zeitenwende“ – oder das, was die Ministerin heute als „Erkenntnis für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses“ bezeichnet hat – bezieht sich nicht etwa auf eine gemeinsame Initiative zur Umverteilung des Reichtums in der Europäischen Union, weg von den Konzernen, die wegen Krieg und Krise sprudelnde Gewinne machen, von den Superreichen, die die größten Klimakiller sind, hin zur Mehrheit der Menschen, die hart unter den Krisen der letzten Jahre gelitten hat. Nein, bei dem, was mit „Zeitenwende“ und „Erkenntnis für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses“ gemeint ist, geht es um Konkurrenz, Militarisierung und Abschottung der EU.

(Beifall DIE LINKE)

Mit Werten wie Freiheit oder Demokratie, die auch Sie, Frau Puttrich, heute wieder vorgetragen haben, hat das überhaupt nichts zu tun. Es geht um knallharte ökonomische und geopolitische Interessen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Eine solche Politik hilft den Menschen in der EU überhaupt nicht. Im Gegenteil: Statt immer mehr öffentliches Geld in Militär und Rüstungsgüter zu pumpen, brauchen wir eine gemeinsame europäische Initiative für massive Investitionen in den Klimaschutz, Gesundheit und Bildung. Das wäre die Zeitenwende, die die Menschen in der EU dringend brauchen.

Für eine solche historische Kraftanstrengung müsste die EU aber einige ihrer Gründungsmythen aufgeben, die auch gerade noch einmal von den Freien Demokraten wiederholt wurden, z. B., dass Staatsverschuldung per se etwas Schlechtes sei.

(Zuruf Freie Demokraten: So ist es auch!)

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Fiskalpakt sind das Herzstück der fehlgeleiteten EU-Wirtschaftspolitik, die zu Verarmung und zu steigender Ungleichheit führt.

(Beifall DIE LINKE – Widerspruch Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

Schaut man sich an, welche Folgen diese neoliberale Fiskalpolitik hat, dann kann man feststellen, dass die einzigen Gewinner dieser Politik die großen Konzerne sind, die sich über Privatisierung im öffentlichen Sektor die Hände gerieben haben.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Was für ein Unsinn! – Gegenruf DIE LINKE)

Das schreckliche Zugunglück in Griechenland Anfang März ist nur eine tragische Geschichte von vielen, die auch von den Auswirkungen des Reformprogramms erzählt, das die Troika auferlegt hatte. Die Auflagen der Troika trafen nämlich auch den Stationsvorsteher von Larisa, der die Aufsicht über Weichen und Gleise am Unglückstag hatte und in den Jahren davor aufgrund des Personalabbaus im öffentlichen Sektor an eine Schule versetzt wurde und an-

schließlich keine adäquate Weiterbildung für diese Tätigkeit an der Station erhalten hat.

(Zuruf Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

Meine Damen und Herren, eine funktionierende öffentliche Infrastruktur ist auch eine Frage der Sicherheit für die Menschen in Europa.

(Beifall DIE LINKE)

Wir verlangen die Aufhebung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, um die Infrastruktur zu modernisieren und die ökologische Transformation in der EU sozial ausgestaltet zu finanzieren. Die von der Kommission geplanten Lockerungen der Auflagen für die Staatsverschuldung zeugen davon, dass die Erkenntnis, dass es in der EU ohne massive Investitionen nicht gehen wird, auch bei den Konservativen angekommen ist.

Beschämend aber ist, dass sich ausgerechnet der deutsche Finanzminister gegen die viel zu zögerlichen Lockerungen der Auflagen wehrt. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Christian Lindner ist damit in seinem Amt zu einem der gefährlichsten Männer Europas geworden.

(Zuruf: Hui!)

Zur Sicherheit von Europa gehört auch für uns insbesondere die soziale Sicherheit. Aber die soziale Sicherheit hat in Brüssel und Straßburg leider keine mächtigen Lobbyisten. Auch Sie, Frau Ministerin, haben heute nichts zur sozialen Lage der Menschen in der EU gesagt. Dabei ist sie für viele mittlerweile dramatisch: Jedes vierte Kind in der EU wächst in Armut auf. Über 86 Millionen Menschen in der EU – besonders Frauen und ältere Menschen – sind von Armut gefährdet. Dramatisch ist die Lage in Bulgarien und Rumänien.

Aber auch Deutschland als stärkste Volkswirtschaft in der Eurozone liegt mit beschämenden 24 % über dem EU-weiten Durchschnitt. Über die unter Schwarz-Grün massiv gestiegene Armut in Hessen haben wir als LINKE hier schon oft geredet. Das ist und bleibt ein politisches Armutszeugnis für Hessen, Deutschland und die EU.

(Beifall DIE LINKE)

Wie schon Bertolt Brecht wusste, steigt mit der Armut der vielen parallel auch der Reichtum der wenigen. Während der Pandemie – das müssen Sie sich einmal vorstellen – ist jeden Tag ein neuer Milliardär dazugekommen. Die Anzahl an Flügen mit Privatjets in Europa ist im letzten Jahr um sage und schreibe 64 % auf über 570.000 gestiegen. Dadurch wurden knapp 3,4 Millionen t CO₂ ausgestoßen, so viel wie von 555.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr – und die meisten Privatflüge finden übrigens in Deutschland statt.

Meine Damen und Herren, diesem perversen Reichtum muss endlich der politische Riegel vorgeschoben werden: Privatjets gehören verboten. Es kann einem niemand erklären, warum die Superreichen Privatflüge machen dürfen, während gleichzeitig die weniger wohlhabenden Privathaushalte die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen finanzieren sollen. So geht das nicht weiter.

(Beifall DIE LINKE)

Der gesellschaftliche Reichtum in der EU muss endlich umverteilt werden. Bevor Sie gleich wieder Schnappatmung bekommen: Mittlerweile gibt es sogar Unterschrif-

tenlisten von Reichen, die selbst fordern, höher besteuert zu werden – „taxmenow“ heißt die Initiative der BASF-Erbin Marlene Engelhorn, gemeinsam mit anderen Millionären. Wenn jetzt sogar die Reichen selbst quasi darum betteln, endlich höher besteuert zu werden, dann muss doch endlich bei allen politisch Verantwortlichen der Groschen gefallen sein. Umverteilung des Reichtums auf nationaler, aber auch internationaler Ebene: Dafür sollten wir uns und sollten auch Sie sich, Frau Puttrich, endlich einsetzen.

(Beifall DIE LINKE)

Fest steht, es braucht ein EU-weites soziales Sicherungsnetz, das die Menschen von Lissabon bis Warschau vor Armut schützt. Das wäre im Übrigen auch das beste Gegengift gegen die Angstmache und Hetze der Rechten in Europa. Derzeit setzt die EU Menschen und die Sozialsysteme der EU-Mitgliedstaaten einem enormen neoliberalen Wettbewerb aus, bei dem um die niedrigsten Sozial-, Arbeitsrechts- und Umweltstandards konkurriert wird. Ein Paradebeispiel konnten wir doch im April direkt vor unserer Haustür erleben: Mit dem Streik der Lkw-Fahrer an der Raststätte in Gräfenhausen wurden wir Zeugen einer besonders dramatischen Form von Ausbeutung im europäischen Transportwesen.

Über 60 Tage wurden die streikenden Fahrer aus Georgien und Usbekistan nicht bezahlt. Beim grenzübergreifenden Gütertransport ist der Ausbeutung der Kraftfahrer Tür und Tor geöffnet, und das gilt ganz besonders, wenn die Fahrer aus Drittstaaten kommen. Im Wettbewerb um den niedrigsten Preis wird das Lohngefälle zwischen den einzelnen EU-Staaten gnadenlos gegen die Fahrer ausgenutzt. Aufträge, auch von IKEA, VW oder DHL, werden an Sub- und Subsubunternehmer outgesourct, was zu Lohndumping und brutaler Ausbeutung führt. Grundsätzlich muss auch im Transportwesen gelten, dass gleicher Lohn für die gleiche Arbeit gezahlt werden muss – egal welchen Pass der Fahrer oder die Fahrerin hat, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Das derzeitige Kontrollsystem ist völlig unzureichend und muss dringend zielgerichteter und umfassender gestaltet werden. Schlupflöcher müssen geschlossen werden. Auch die Kontrolle der Lieferkette muss strikter gestaltet werden. Dass Sie, Frau Ministerin Puttrich, das Ganze in Ihrer Regierungserklärung nicht einmal erwähnt haben, zeigt schon Ihr Desinteresse für die Situation der Kraftwagenfahrer in Europa.

Wem es hingegen in der EU hervorragend geht, das sind die Energiekonzerne. Sie sind die echten Krisen- und Kriegsgewinner. Europas größter Ölkonzern, Shell, verdiente zwischen Juli und September 2022 mit rund 9,5 Milliarden Dollar weiter glänzend. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit hat ausgerechnet, dass vor allem die großen Öl- und Gaskonzerne im letzten Jahr global Übergewinne in Höhe von 1.000 Milliarden € eingefahren haben. Es kann doch wirklich nicht sein, das insbesondere Deutschland nicht willens ist, diese Übergewinne aus der Krise anständig abzuschöpfen.

Die Umsetzung der Übergewinnsteuer ist viel zu zögerlich. Die offiziellen Zahlen, wie viel Deutschland aus der Übergewinnsteuer 2022 eingenommen hat, liegen noch nicht einmal vor – da will Wirtschaftsminister Robert Habeck die Abgabe im Juni 2023 schon wieder streichen. Ich finde, das ist vollkommen wahnsinnig. In Spanien hat man

das anders gemacht. Da wurde mit der Sonderabgabe ein landesweites Null-Euro-Ticket für den ÖPNV finanziert. In Europa wurden durch die Übergewinnsteuer insgesamt ungefähr 15 Milliarden € an Einnahmen erzielt. In Deutschland waren es maximal 2 Milliarden €. Das ist alles andere als eine gerechte Verteilung der Profite aus Krieg und Krise. Auch hier könnte sich die Europaministerin Hessens für die Schließung von Steuerschlupflöchern und eine höhere Übergewinnsteuer einsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Anstatt über Rettungsmaßnahmen für den gescheiterten Strommarkt zu philosophieren, sollte man sich endlich für eine öffentliche Energieversorgung einsetzen.

Aber nicht nur Energiekonzerne machen sich in der Krise die Tasche voll. Vom Krieg in der Ukraine profitiert vor allem auch die Rüstungsindustrie.

(Zuruf CDU: Na ja!)

Das Geschäft mit dem Tod brummt so richtig, wenn der Krieg tobt. Direkt nach Kriegsbeginn schoss die Aktie des Rüstungskonzerns Rheinmetall nach oben und befindet sich seitdem weiter im Höhenflug. Mittlerweile ist die Aktie mit über 200 € doppelt so viel wert wie in den Tagen vor dem Krieg. Auch in Kassel produzieren über 1.200 Beschäftigte des Konzerns gepanzerte Fahrzeuge. Der Kasseler Standort konnte 2022 seinen Gewinn um 20 % steigern – ein Rekordwert.

(Zuruf Stephan Grüger (SPD))

Besonders geschmacklos in dieser Lage war der Kommentar unseres grünen Wirtschaftsministers Al-Wazir, der die Lieferung von Leopard-2-Panzern als – Zitat – „gute Nachricht für den Wirtschaftsstandort“ bezeichnete. Ich finde, über blutige Profite freut man sich nicht; man versucht sie zu verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Stattdessen wird die deutsche und europäische Waffenindustrie trotz Rekordgewinnen weiter gepampert – sei es mit dem 100-Milliarden-€-Sondervermögen, das auf einmal im Bund aus dem Ärmel geschüttelt wurde – es wäre schön, wenn so etwas für Bildung und Soziales auch einmal möglich wäre –, oder sogar mit Mitteln aus dem EU-Strukturfonds, um die Rüstungsproduktion zu unterstützen, also mit öffentlichen Mitteln, die eigentlich dazu gedacht waren, regionale Unterschiede zwischen den europäischen Regionen auszugleichen. Die europäische Rüstungsindustrie soll auf Kriegswirtschaftsmodus umgestellt werden – das sage nicht ich, das sagt der EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton. Und die Frau Ministerin scheint das gut zu finden.

Nein, meine Damen und Herren, nichts ist gut daran, wenn wieder massenhaft Panzer von den Bändern rollen und die EU als Konflikt- statt als Friedenskraft auftritt. Nur eine Europäische Union, die neutral ist und friedensstiftend auftritt, kann auf internationaler Ebene deeskalierend wirken, statt Konfrontation weiter zu befeuern. Aufrüstung hat noch keinen Krieg verhindert. Im Gegenteil: Aufrüstungsspiralen sorgen für Unsicherheit und Säbelrasseln.

(Beifall DIE LINKE)

Dass es Ihnen auch nicht um die Werte geht, zeigen die Premiumpartner der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik, z. B. die Türkei. Frau Ministerin Puttrich hat vorhin

die Partnerregion Bursa genannt, aber kein Wort zu den Wahlen in der Türkei verloren. Dabei häufen sich die Aussagen, dass internationalen Wahlbeobachtern der Zugang zu einigen Wahllokalen nicht gewährt wurde. Insbesondere im Osten des Landes, der kurdisch geprägt ist, werden immer wieder Wähler durch Polizei- und Militäreinsätze gehindert. Ich hätte mir heute klare Worte einer Europaministerin in Richtung der Türkei gewünscht, dass solche Zustände nicht hinnehmbar sind.

(Beifall DIE LINKE)

Leider hat man sich aber in der EU und auch in der NATO von Erdoğan erpressbar gemacht – ob bei der Auslieferung von Kurdinnen und Kurden aus Finnland und Schweden für den NATO-Beitritt oder dem EU-Türkei-Deal, der die Einreise von Geflüchteten aus der Türkei in die EU verhindern soll. Man arbeitet mit einem Despoten zusammen, der einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die kurdischen Gebiete in Nordsyrien führt, die Demokratie aushöhlt und den Rechtsstaat abgebaut hat. Während man gegen den Despoten Putin alle Register der Sanktionen zieht, werden an den Despoten Erdoğan sogar noch Waffen aus der EU geliefert. Das zeigt doch wirklich, wie bigott die Haltung ist, wenn hier immer von europäischen Werten gesprochen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Ministerin, setzen Sie sich in Berlin und Brüssel endlich dafür ein, dass alle Waffenexporte in die Türkei gestoppt werden und das Flüchtlingsabkommen aufgehoben wird. Die Lage der Geflüchteten in der Türkei ist in mehrfacher Hinsicht schlecht – sowohl im Hinblick auf die Menschenrechte als auch auf die Versorgungslage. Zum Jahrestag des siebenjährigen Bestehens des EU-Türkei-Deals bestätigt nun auch der griechische Staatsgerichtshof dessen Scheitern. Die Richterinnen und Richter des Staatsgerichtshofs sprachen sich mit großer Mehrheit dafür aus, die Einstufung der Türkei als sicheren Drittstaat für Schutzsuchende aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, Bangladesch und Somalia für nichtig zu erklären, und haben den EuGH um Klärung gebeten.

Aber statt das Scheitern der Abschottungspolitik anzuerkennen, soll es jetzt auf EU-Ebene ausgeweitet und verrechtlicht werden. Die geplante Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist – meine Damen und Herren, das muss man so sagen – ein ethischer Super-GAU und eine Verabschiedung vom Menschenrecht auf Asyl. Sie hat ein klares Ziel: Fliehende Menschen sollen nicht in die EU kommen. Grenzen statt Menschen sollen geschützt werden.

Schon jetzt ist die Lage an Europas Außengrenzen dramatisch. Von Januar bis März 2023 starben so viele Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer wie seit sechs Jahren nicht mehr. Zum 1. Mai waren es 1.074 Menschen, und seit 2014 haben über 20.000 Menschen die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer nicht überlebt – eine menschliche Katastrophe. Das Mittelmeer ist zum Massengrab der Europäischen Union geworden.

Trotzdem reicht das der EU als Abschreckung und Abschottung vor Geflüchteten nicht aus. Bereits 2015 wurden die EU-Hotspots in Italien und in Griechenland etabliert. Die Lager dienen vor allen Dingen dazu, den EU-Türkei-Deal umzusetzen. Dafür wurde ein Grenz Schnellverfahren etabliert. Während das Verfahren läuft, ist es den Schutzsuchenden grundsätzlich verboten, die Inseln zu verlassen,

was vorhersehbar zu einer Überfüllung der Lager sowie elenden und unmenschlichen Bedingungen geführt hat.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Frühjahr 2020 im Eilverfahren entschieden, dass die Zustände in den Hotspots auf Moria und Lesbos gegen das Verbot der unmenschlichen Behandlung gemäß Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen. Aber geht es nach den Planungen der EU und auch nach Deutschland, dann soll es in Zukunft noch viele mehr dieser Lager geben. Hauptsache, die Geflüchteten kommen nicht auf das Festland Europa. Durch diese Reform werden absehbar weiterhin mehr Menschen an den europäischen Außengrenzen sterben – durch illegale Pushbacks, Gewalt durch Grenzbeamte und unterlassene Hilfeleistung bei Seerettung. Wer es dennoch in einen europäischen Staat schafft und einen Asylantrag vorbringt, wird in Elendslagern inhaftiert.

Sehr geehrte Frau Ministerin Puttrich, dass Sie hier und heute nicht ein Wort zu den geplanten Entrechtungen von Geflüchteten und der Abschottungspolitik gesagt haben, ist inakzeptabel. Ich erwarte von einer Europaministerin, die die Werte der EU wie eine Monstranz vor sich herträgt, eine Stellungnahme zu diesem Anschlag auf die Menschenrechte in der EU.

(Beifall DIE LINKE)

Christian Lindner und Nancy Faeser, Spitzenkandidatin der hessischen SPD, wollen hohe Mauern und Zäune an den europäischen Grenzen, und die GRÜNEN machen mit – Seehofers feuchte Träume werden wahr.

Meine Damen und Herren, als LINKE werden wir uns mit der weiteren Schleifung des Rechts auf Asyl niemals abfinden, egal ob Rechtskonservative sie in Griechenland oder Ungarn umsetzen oder die selbst ernannte Fortschrittskoalition in Deutschland. Es braucht sichere Fluchtwege, Seenotrettungen im Mittelmeer, einen anständigen Umverteilungsmechanismus in der EU, die Gewährleistung grundlegender Prinzipien des internationalen Schutzes und der Rechtsstaatlichkeit für Geflüchtete und die Abkehr von Abschreckung an den EU-Außengrenzen. Stattdessen werden Menschenrechte geschliffen und rechte politische Kräfte gestärkt. Würde die EU einen Beitrittsantrag zur EU stellen, müsste sie mit dieser Bilanz abgelehnt werden.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 werden auch im Zeichen der Konfrontation mit der nationalistischen Rechten stehen. Die Krise des Neoliberalismus bedeutet Frustration, Demütigung und massive soziale Entbehrungen für große Teile der Bevölkerung.

Ja, es geht wirklich darum, für gemeinsame Werte zu kämpfen und diese dann zu verteidigen. Solidarität statt Konkurrenz sowie Frieden und Demokratie statt Abschottung und Militarisierung – Ihr Europa, Frau Ministerin, ist nicht mein Europa.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die CDU-Fraktion erteile ich nun Herrn Utter das Wort.

Tobias Utter (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit der heutigen Regierungserklärung setzt die Landesregierung eine gute Tradition fort, die schon andere Europaminister begonnen haben. Ich denke dabei etwa an Volker Hoff und Jörg-Uwe Hahn; Letzterer ist dieser Debatte weitgehend gefolgt.

Es ist eine gute parteiübergreifende Position, dass der Europapolitik im Hessischen Landtag Priorität eingeräumt wird. Daher wurde und wird das europäische Handeln der Landesregierung regelmäßig hier Gegenstand der Debatte.

Frau Staatsministerin Puttrich hat mit ihrer Rede heute deutlich das Bekenntnis zu einem geeinten Europa erneuert, wie es sich auch in Art. 64 der Hessischen Verfassung findet:

Hessen bekennt sich zu einem geeinten Europa, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist, die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichert.

So weit unsere Verfassung, die vom hessischen Volk in einer Volksabstimmung bestätigt wurde.

Das geeinte Europa war die Antwort auf die Erfahrung von zwei Weltkriegen, die so viel Leid verursacht haben. Dieses beispiellose Friedensprojekt wird jetzt durch den brutalen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine herausgefordert. Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand sind Markenzeichen der Europäischen Union.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum fühlt sich Präsident Putin von dieser Union der freien Völker so herausgefordert, dass er alles zu ihrer Schwächung, ja, Zerstörung unternimmt? Weil die Europäische Union das Gegenmodell zu Hegemonismus und Imperialismus ist, weil Freiheit und Vielfalt, Kompromiss und Rücksicht auch auf die Schwächeren die Dominanz der großen Staaten über die kleineren abgelöst haben, weil Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Religionsfreiheit mit einem autoritären Regime, das in Menschen nur Material sieht, nicht vereinbar sind.

Die Europäische Union ist manchmal langsam, und Kompromisse führen meistens nicht zu Begeisterungstürmen beim Publikum. Ich würde mir wünschen, dass sich die EU mehr um die großen Linien kümmert und sich weniger in die kleinen Dinge des Alltags einmischt. Doch das Streben, alle Partner gleich zu achten, auf die Gewinner- und Verliererspielchen zu verzichten und stattdessen nach Lösungen zu suchen, von denen alle profitieren, ist langfristig der richtige Weg.

Die Europäische Union, die mit allen Staaten dieser Erde friedlich zusammenleben möchte, wird wegen ihrer Liberalität von den Diktatoren dieser Welt als Bedrohung empfunden. Wo auf diesem Globus suchen Flüchtlinge Freiheit und Menschenrechte? In Russland? In China? Im Iran? In Nordkorea, Venezuela oder Nicaragua? Nirgends dort. Die russische Aggression muss abgewehrt werden, und das freie Europa muss seine Anstrengungen zur Unterstützung und Verteidigung der Ukraine verstärken.

Ich gebe es offen zu: Es macht mich fassungslos, wenn Staaten, die in ihrer eigenen Geschichte Opfer von Kolonialismus und Imperialismus waren, nun heimlich oder

ganz offen den Kriegstreiber im Kreml unterstützen. Die Geschichte der europäischen Einigung nach 1945 ist eine Wellenbewegung mit manchem Auf und Ab. Nach Phasen der Stagnation und Rückschlägen, z. B. dem Brexit, zwingen neue Herausforderungen zu neuen Anstrengungen. Nach dem Ende des Kalten Krieges erfolgte die Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft. Das sollten wir in Deutschland nicht vergessen. Nur in einem geeinten Europa war ein geeintes Deutschland für unsere Nachbarn erträglich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt stehen wir wieder vor großen Herausforderungen: Der Klimawandel, die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die damit verbundene Energiekrise haben deutlich gemacht, dass die Europäische Union enger zusammenrücken muss und gemeinsame Lösungen braucht. Hessen liegt mitten in Europa. Wir profitieren von den Errungenschaften der EU. Da ist es nur logisch, dass sich die schwarz-grüne Landesregierung genauso wie ihre Vorgängerregierungen aktiv und engagiert für Europa einsetzt.

Wir haben den Anspruch, die europäische Entwicklung mitzugestalten. Es gibt sehr viele Überschneidungen zwischen Landes- und Europapolitik. Frankfurt ist der Sitz der Europäischen Zentralbank, Standort einer internationalen Messe und Flugverkehrsknotenpunkt. Hessen ist ein bedeutender Pharmastandort, und wir wollen mit der EU dafür sorgen, dass immer ausreichend Medikamente zur Verfügung stehen und wir nicht auf Lieferungen aus dem Ausland angewiesen sind.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen ist ein bedeutender Standort für die europäische Weltraumindustrie. Zukunftsweisende Forschungen im Bereich der Kernfusion werden hier durchgeführt. Viele internationale Unternehmen haben ihre Europazentrale in Hessen. Die Zahl der konsularischen Vertretungen ist beeindruckend.

Doch Europa ist trotz so vieler Erfolge kein Selbstläufer, sondern bedarf unseres aktiven Einsatzes, auch und gerade von Landespolitikern; denn das Zusammenwachsen Europas muss im Kleinen wie im Großen geschehen. Es muss von Generation zu Generation weitergegeben werden. Da unterstützen wir den Austausch mit und die Begegnung von Menschen, ganz besonders von Jugendlichen. Frau Puttrich hat einige Beispiele in ihrer Rede genannt. Durch die Verlosung von Interrail-Tickets werden junge Erwachsene ermuntert, Europa zu entdecken. Der Jugendkongress sollte unbedingt beibehalten und wiederholt werden. An dieser Stelle sage ich ein Dankeschön für die, wie ich finde, sehr gute Einbindung der Landtagsabgeordneten in dieses Projekt. Gestern waren das Speeddating und die Diskussion mit so vielen Jugendlichen in Kassel sehr gelungen.

(Beifall CDU)

Wenn man sich in Deutschland umschaute, muss man sagen: Hessen hat eine gute Tradition, was die Pflege seiner Partnerschaft zu den Regionen angeht. Die Partnerschaft zur Emilia-Romagna besteht schon seit 1992. In diesen Tagen sehen wir leider sehr erschreckende Bilder von den schlimmen Schäden der Flutkatastrophe. Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Hinterbliebenen. Wir unterstützen ausdrücklich alle Hilfsangebote der Landesregierung. Wir kennen auch sehr viele Städtepartnerschaften zwischen

Gemeinden in Hessen und in der Emilia. Deshalb sind die Betroffenheit und das Entsetzen über diese schrecklichen Bilder hier in Hessen besonders groß.

Die Partnerschaft mit der Wielkopolska wurde im Jahr 2000 begründet, also bereits vor der Mitgliedschaft Polens in der EU. Ausdrückliches Ziel dieser Partnerschaft war es, bei der Integration in die EU behilflich zu sein.

Die Entwicklung, die Polen seit seinem Beitritt im Jahre 2004 genommen hat, ist atemberaubend. Dies gilt ganz besonders auch für die Wielkopolska und Posen. Seit 1977 hatte ich immer wieder Gelegenheit, Polen zu besuchen; und ich bin immer wieder sehr beeindruckt, was dort alles erreicht wurde. Die Investitionen der EU, vor allem in die Infrastruktur, waren gut angelegte Gelder. Der Europaausschuss konnte sich bei seinem letzten Besuch in Posen Ende April wieder ein eigenes Bild von den Entwicklungen machen.

Ein Hauptthema dieses Besuchs war natürlich der Ukraine-Krieg. Staatliche Stellen, aber auch viele Privatleute und gesellschaftliche Organisationen haben sich dort in Polen vorbildlich um die Geflüchteten gekümmert. Unsere Partner in Polen haben sich auch bereit erklärt, bei der Vermittlung einer Partnerschaft mit einer Region in der Ukraine behilflich zu sein. Viele Themen wurden angesprochen, z. B. auch, wie man auf die Klimafolgen reagieren soll. Ich persönlich fand es sehr beeindruckend, wie umfangreich dort der Dialog in der Gesellschaft geführt wird, wie z. B. ein Ausstieg aus der Braunkohle gelingen kann und man zu regenerativen und erneuerbaren Energieformen kommen kann, und dass man, wo doch die Gegensätze der Meinungen sehr groß waren, einen gemeinsamen Weg findet.

Alle Gespräche waren von großer Freundlichkeit und Wertschätzung geprägt. Vielleicht noch eine Anmerkung für die Kolleginnen und Kollegen, die nicht das Privileg haben, dem Europaausschuss angehören zu dürfen

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Kommt jetzt der Werbeblock? – Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Ich durfte ja mitkommen!)

– ja, es darf auch einmal Werbung sein –, und bei denen vielleicht auch durch die Debatte bisher ein Eindruck entstanden ist, der nur einen Teil wiedergibt: Der Europaausschuss versteht sich bei seinen Besuchen bei unseren Partnern als Repräsentant des ganzen Landtags und unseres Bundeslandes. Bei allen unterschiedlichen Meinungen, die wir auch haben, die wir heute auch gehört haben, die wir auch gegenüber unseren Partnern benennen, verzichten wir allerdings auf Streit und kleinliche Parteipolitik. Das hat sich im Auftreten sehr bewährt.

Hier ist natürlich der Ort, wo wir uns streiten und unterschiedlicher Meinung über die weitere Entwicklung Europas sein können. Der Landtag ist der Ort für die Debatte. Allerdings verstehe ich unter Debatte keine Parteitagsreden. Ich finde, da sollte es immer noch einen kleinen Unterschied geben.

(Beifall Sabine Bächle-Scholz (CDU))

Herausgefordert wurde ich natürlich durch die Bemerkungen zu unserem Bundesvorsitzenden, Friedrich Merz, der übrigens einmal Mitglied des Europäischen Parlaments war und deshalb eine große europäische Expertise hat. Die Frage des Staatsbürgerschaftsrechts kann man nicht so einfach von europäischen Fragen lösen. Zwar ist es immer

noch Sache jedes einzelnen Nationalstaats, darüber zu entscheiden; aber die Problematik liegt natürlich darin, dass dann dieses nationale Bürgerschaftsrecht auch in anderen Staaten gilt. Ich erinnere nur an diese schwierige Sache, dass man sich in Malta die Staatsbürgerschaft erkaufen konnte, was von anderen sehr kritisiert wurde. Ich glaube, für kurzfristige Polemik taugt auch dieses Thema nicht.

(Beifall CDU, Jürgen Frömmrich, Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Ich höre auch immer sehr gut zu, was hier so an Beiträgen in der Debatte kommt. Eines reizt mich jetzt noch einmal. Frau Kula, Sie haben so eine gewisse Fixierung, was die Staatsverschuldung angeht,

(Frank Diefenbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man so sagen!)

also dass Sie das mit der schwarzen Null immer so ablehnen.

(Elisabeth Kula (DIE LINKE): Die Kommission aber mittlerweile auch!)

Ich würde Ihnen noch einmal zum Nachdenken geben: Ein wesentlicher Punkt, an dem die DDR gescheitert ist, war ihre Staatsverschuldung, und dass dieser Staat am Ende pleite war und von niemandem mehr Hilfe erhalten hat.

(Beifall CDU und Freie Demokraten – Elisabeth Kula (DIE LINKE): Wissen Sie, wie hoch die Staatsverschuldung der USA ist?)

Vor allen Dingen war die einzige Hilfe, die sie am Anfang noch bekommen hat, von Franz Josef Strauß – aber da sind wir schon ganz weit in der Geschichte zurück.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt müssen wir aber ganz tief in die Geschichte! – Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

Ausdrücklich möchte ich das Engagement von Frau Staatsministerin Puttrich für die Staaten des westlichen Balkans unterstützen. Das ist eine wirklich sehr wichtige Frage. Wir dürfen diese Region nicht vernachlässigen; denn sie war Anfang der Neunzigerjahre schon einmal eine Krisenregion. Wir wünschen uns, dass die Partnerschaft mit der serbischen Region Vojvodina auch zu einem Türöffner in die EU wird und dass diese Partnerschaft genauso erfolgreich sein wird wie die mit der Wielkopolska.

(Beifall CDU, Jürgen Frömmrich, Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Eine Besonderheit der hessischen Europapolitik ist das Mehr-Regionen-Haus in Brüssel. In unserer Landesvertretung wird die lebendige Partnerschaft zwischen Hessen, der Emilia-Romagna, der Wielkopolska und der Nouvelle-Aquitaine für jeden in Brüssel sichtbar. Die hessische Landesvertretung mit Herrn Friedrich von Heusinger an der Spitze ist eine exzellente Interessenvertretung, die sich mit sachlichen und faktenreichen Argumenten für die Belange unseres Bundeslandes einsetzt.

Die innovativen Veranstaltungsformate der Landesvertretung sind sehr beliebt. Der Hessische Landtag findet immer volle Unterstützung bei der Vermittlung wertvoller Gesprächspartner, aber auch gesellschaftliche Gruppen, Verbände, Gewerkschaften und Organisationen sowie hes-

sische Unternehmen wissen die Unterstützung und Hilfe der Landesvertretung sehr zu schätzen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal erwähnen, wie ausgezeichnet – das ist auch schon eine lange Tradition, Jörg-Uwe – der Europaausschuss über alle europäischen Angelegenheiten informiert wird. Wir erhalten zu jeder Sitzung einen sehr umfangreichen und sehr guten Bericht. Die Europastaatssekretäre, zu Beginn der Wahlperiode Mark Weinmeister und nun Uwe Becker, geben dort umfangreich Auskunft und bleiben auch bei Nachfragen keine Antwort schuldig.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Nun noch eine Schlussbemerkung, da wir uns so langsam dem Ende der Legislaturperiode nähern und Frau Puttrich nicht mehr für den Hessischen Landtag kandidiert. Frau Staatsministerin Puttrich ist nun seit mehr als neun Jahren Europaministerin. Sie fällt dieses Amt mit Charme und Freundlichkeit aus, scheut sich aber niemals, auch schwierige Themen entschlossen anzusprechen. Sie beweist, Höflichkeit und Entschlossenheit müssen sich nicht ausschließen. Sie interessiert sich wirklich für ihre Gesprächspartner und hört genau zu. Bei ihr ist Neugier eine Tugend, oder sollte man besser sagen: das Streben nach Wissen und danach, zu verstehen. – Ihr Motto ist, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Erlauben Sie mir nun auch die persönliche Anrede. Liebe Lucia, du bist von Europa begeistert. Du kannst auch andere begeistern. Ein Schwerpunkt deiner Arbeit war es immer, das europäische Feuer an die junge Generation weiterzugeben. Dieser Auftrag bleibt auch für künftige Wahlperioden bestehen. Im Namen der CDU-Fraktion und des Arbeitskreises Europa bedanke ich mich für die intensive Zusammenarbeit. Die Ämter wechseln, doch die Leidenschaft für Europa bleibt.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächsten bitte ich nun den Fraktionslosen Herrn Kahnt an das Rednerpult.

Rolf Kahnt (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser eindrucksvollen Rede von Frau Staatsministerin Lucia Puttrich – ich hoffe, ich habe den Vornamen richtig ausgesprochen – habe ich mich gefragt, was von den anderen Fraktionen hierzu an Neuem vorgebracht werden kann oder was es gar an dieser Rede auszusetzen gibt. Bei manchem Redebeitrag stellte ich mir auch die Frage, was er eigentlich mit der Regierungserklärung zu tun hatte – vor allem vor dem Hintergrund, dass die Frau Ministerin in ihrer Regierungserklärung die wesentlichen und entscheidenden Fragen sowie Überlegungen zum europäischen Gedanken sowie zu Europa überhaupt überaus differenziert und mit herausragender Überzeugungskraft dargestellt hat.

(Zurufe: Oh!)

Dem war bzw. ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Eines allerdings sollte nicht unerwähnt bleiben, und zwar unser

herzlicher Dank an Frau Ministerin Puttrich für ihre beeindruckende Rede. Dank, Respekt und Anerkennung auch dafür, dass sie ihr Ministeramt mit so viel Leidenschaft, Begeisterung und Überzeugungskraft ausübt. Danke auch für die vielen Veranstaltungen in den Landesvertretungen und für zahlreiche Maßnahmen und richtungsweisende Gedanken in ihrer Arbeit für ein starkes Hessen in der Europäischen Union. Frau Ministerin Puttrich und auch Herr Staatssekretär Uwe Becker haben manches auf den Weg gebracht für ein friedvolles, solidarisches, erfolgreiches und vor allem geeintes Europa in Gegenwart und Zukunft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, damit ist die Regierungserklärung entgegengenommen und besprochen.

Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 20/11113, zu Tagesordnungspunkt 12, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Gesetz zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft, Drucks. 20/10998 zu Drucks. 20/10374.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Erste Lesung

Gesetzentwurf

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Achtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches

– **Drucks. 20/10884** –

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich nun Frau Ravensburg von der CDU das Wort.

Claudia Ravensburg (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir bringen heute das achte Änderungsgesetz zum HKJGB ein, um einen weiteren Beitrag zu leisten, die Betreuungssicherheit in den Kitas und Krippen in Hessen zu gewährleisten.

Gleich zu Anfang will ich allerdings Folgendes klarstellen – das sage ich auch zu dem sicherlich kommenden Antrag der LINKEN –: Erstens. Wir werden nicht nachlassen, wie bisher ausreichend Schulplätze für die Erzieherausbildung an den Fachschulen zur Verfügung zu stellen und diese der Nachfrage anzupassen. Zweitens. Wir werden nicht nachlassen, mit der Offensive Kinderbetreuung für die grundständige Erzieherfachkraftausbildung zu werben. Drittens. Wir stellen im Zeitraum von 2022 bis 2025 1.800 zusätzliche Ausbildungsplätze für die PivA zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, trotzdem sehen wir den Bedarf bei den Trägern, auch kurzfristig weitere Kräfte für die Kitas zu gewinnen. Deshalb wollen wir mit unserem Gesetzentwurf den Arbeitsplatz Kita für weitere Kräfte öffnen. Wir können es nicht länger hinnehmen, dass junge Menschen gern in der Kita arbeiten würden, sogar über entsprechende Kompetenzen verfügen und in ein multiprofessionelles Erzieherteam wirklich gut hineinpassen würden, doch dann an formalen Kriterien scheitern.

So hat das hessische Sozialministerium mit allen Beteiligten in Fachkonferenzen über die Öffnung des Fachkraft-

katalogs beraten. Ergebnis dieses Beteiligungsprozesses sind folgende drei Punkte zur Anerkennung von weiteren Fachkräften, die wir zum Inhalt unseres Gesetzentwurfs machen:

Erstens. Wir erweitern den Fachkraftkatalog für die Fachkräfte, die eine Gruppe oder Einrichtung leiten können. Hier sollen engagierte Kräfte zugelassen werden, die zwar keinen der hierfür relevanten Abschlüsse vorweisen können, dennoch in ihrer Ausbildung bzw. in ihrem Studium einschlägiges Wissen erworben haben, das sie auch im Umfang von 95 Credit Points nachweisen können.

Zweitens. Wir öffnen moderat den Fachkraftkatalog zur Mitarbeit in den Gruppen für die Absolventen, die nicht das Qualifikationsniveau DQR 6, sondern nur DQR 4 haben. Damit können auch Logopäden, Ergotherapeuten, Physiotherapeuten

(René Rock (Freie Demokraten): Schreiner!)

oder Motopäden in der Kita mitarbeiten; denn sie arbeiten schon oft in den Kitas als Therapeuten. Sie haben Erfahrung im Umgang mit Kita-Kindern, und sie sind dort bestens angesehen.

(Beifall CDU)

Diese sogenannten sonstigen Kräfte werden darüber hinaus nicht nur zu 15 %, sondern künftig zu 25 % anerkannt. Wir sind übrigens nicht das einzige Bundesland, sondern auch andere Bundesländer haben sich auf diesen Weg gemacht. Wenn z. B. eine Kraft, die seit fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen mit DQR 4 arbeitet, nach Hessen kommt, wird sie hier ausgeschlossen, weil sie nicht die Kriterien erfüllt. Das wollen wir ändern.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Ravensburg, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Claudia Ravensburg (CDU):

Nein, lasse ich nicht.

Drittens. Wir schaffen ein pädagogisches Kompetenzprofil insbesondere für die Kräfte, die über einschlägiges Wissen und Praxiserfahrung von mindestens zwei Jahren verfügen, aber eben auch den formalen Schulabschluss nicht nachweisen können. Dies gilt z. B. für Kräfte, die aus dem Ausland kommen.

Herr Rock, wenn Sie in Ihrer Pressemitteilung gleich wieder den Untergang des Abendlandes ausrufen, dann haben Sie wieder einmal maßlos überzogen. Sie haben leider überhaupt nicht verstanden, in welcher Situation sich die Kitas befinden, welche Belastung der Fachkräftemangel für die Erzieherinnen und Erzieher bedeutet. Multiprofessionalität erweitert das Profil der Kita und bietet den zu betreuenden Kindern zugleich die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu machen und offen gegenüber neuen Inhalten zu sein. Sie bereichert den Kita-Alltag, ohne den Erzieherfachkräften zu große Belastungen aufzuerlegen. Ausreichend Personal reduziert den täglichen Stress am Arbeitsplatz und entlastet signifikant die Arbeitssituation des Fachpersonals.

(René Rock (Freie Demokraten): Das ist schon eine Frechheit!)

Meine Damen und Herren, ich halte deshalb fest: Es geht in unserem Gesetzentwurf nicht um die Senkung von Standards,

(Robert Lambrou (AfD): Nein! – Weitere Zurufe)

sondern um die Nutzung brachliegender Kompetenzen hoch motivierter Kräfte.

(Beifall Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir erkennen die Handlungsnotwendigkeit. So sieht es übrigens auch die große Zahl der Träger, die sich in den Workshops für die Erweiterung des Fachkraftkatalogs ausgesprochen haben. Wir sind sicher, dass wir mit unserem Gesetz, das wir zügig auf den Weg bringen wollen, schon zum Start des neuen Kindergartenjahres im Sommer die ersten personellen Erfolge erzielen werden – im Sinne der Kinder, der Fachkräfte und der Betreuungssicherheit der Eltern. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für DIE LINKE erteile ich nun Frau Heimer das Wort.

Petra Heimer (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Nach der ersten Durchsicht des vorliegenden Gesetzentwurfs bin ich zu dem Schluss gekommen, dass Sie nun vollkommen den politischen Kompass verloren haben müssen. Die heute vorgelegte Gesetzesänderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs will das Fachkraftangebot in unseren Krippen und Kindergärten weitgehend außer Kraft setzen.

(Claudia Ravensburg (CDU): Völliger Unsinn!)

Sie ruinieren den jahrzehntelangen Kampf der Fachkräfte um gesellschaftliche Anerkennung für ihre wichtige Arbeit. Sie gefährden mit der immer weiter herabgesetzten Fachkraftvorgabe den Anspruch der Erzieherinnen und Erzieher an die eigene Tätigkeit.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein Quatsch!)

Kitas sind nicht nur Orte der Betreuung, sondern auch der frühkindlichen Bildung. Ihr Herabsetzen des Schlüssels gefährdet den Bildungaspekt.

(Beifall DIE LINKE – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein Unsinn!)

Das lässt mich als ausgebildete Erzieherin mit einem Kopfschütteln zurück.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bin mir aber auch bewusst, dass wir einen Fachkräftemangel in den Kitas haben. Ich erkenne an, wie schwierig es für viele Eltern ist, wenn Kitas ständig im Notstand sind,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn Ihr Plan?)

wenn Betreuungsplätze gekürzt werden oder gar keine Plätze vorhanden sind. Ich will auch gar nicht in Abrede

stellen, dass das Land bei der praxisintegrierten vergüteten Ausbildung richtige Schritte gegangen ist. Auch hier wäre mehr möglich gewesen. Im Prinzip will ich Ihnen das aber zuerkennen.

Was Sie in die PivA investiert haben, haben Sie dafür an anderer Stelle versäumt. Es ist eben nicht so, dass wir zu wenige Erzieherinnen und Erzieher haben. Wir haben viele ausgebildete Fachkräfte für die frühkindliche Bildung. Unser Problem ist, dass diese entweder den Kitas komplett den Rücken kehren aufgrund der enormen Arbeitsbelastung oder größtenteils in Teilzeit sind. Wir können noch so viele ausbilden – wenn die Fachkräfte in kürzester Zeit die Kita verlassen, dann lösen wir das Problem auf Dauer nicht.

Genau das wird Ihr Gesetzentwurf bewirken. Sie werden kurzfristig ein paar Löcher stopfen, und damit werden pünktlich zur Landtagswahl ein paar Dellen weniger in den Kitas existieren. Aber Sie werden mit dazu beitragen, dass mittelfristig mehr Fachkräfte den Arbeitsort Kita verlassen, und so neue Löcher in die Kitas reißen.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Claudia Ravensburg (CDU))

Ihre Politik ist kurzsichtig. Sie verweigern sich einer nachhaltigen Politik im Sinne der Kinder, Eltern und Beschäftigten. Wir müssen das Berufsfeld Kita attraktiver machen für die Fachkräfte, die im Beruf stehen, die gerne zurückkehren würden, und natürlich auch für alle, die in den Beruf hineinwollen. Ihr Gesetz zielt auf das Gegenteil ab. Wenn es Ihnen tatsächlich um Entlastung des Personals geht, dann müssen Sie zusätzliche Kräfte finanzieren und diese eben nicht auf den Fachkräfteschlüssel anrechnen.

Unseren Antrag zum Thema mit vielen konkreten Alternativen werden wir Ihnen am Donnerstag in der Aktuellen Stunde präsentieren.

(Beifall DIE LINKE)

Eines nehme ich aber gern schon einmal vorweg. Wenn Sie ein Interesse an der Stärkung der frühkindlichen Bildung haben, wenn Sie Kitas als Bildungsorte wollen, dann ziehen Sie am besten gleich heute noch Ihren Gesetzentwurf zurück.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das machen wir nicht!)

Ihre geplanten Änderungen sind nicht im Interesse der Kinder, der Eltern und des Kita-Personals in Hessen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die AfD bitte ich nun Herrn Richter ans Rednerpult.

Volker Richter (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute bei dem Gesetzentwurf für ein Ahtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs im Kern über ein Endlosthema, ein Thema, welches weder die Bundes- noch die Hessische Landesregierung in den Griff bekommt und welches in allen anderen Bereichen des täglichen Lebens

zu beklagen ist: der unentwegt angesprochene Fachkräftemangel, verursacht durch jene politischen Kräfte in unserem Land, die ihn beklagen und nun versuchen, händeringend zu lösen, was sie selbst verbaerbockt haben.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, die „Große Zukunft Erzieher“ schreibt sich die Hessische Landesregierung auf die Fahne. Aber diese große Zukunft liegt wohl tatsächlich eher in weiter Ferne. Da hilft auch keine angepriesene praxisintegrierte Vergütung; denn als Leistungsträger in unserer Gesellschaft wird man sowohl seitens der Hessischen Landesregierung als auch vom Bund und auf kommunaler Ebene eher gemolken denn gefördert: leere Taschen allenthalben.

(Beifall AfD)

In Frau Ravensburgs Rede wurde genau das Gegenteil von dem dargestellt, was wirklich in dem Gesetzentwurf steht. Denn, Frau Ravensburg, es ist doch völlig klar: Die Hessische Landesregierung versucht es nun mit einer hoch problematischen Aufweichung des Fachkräftekatalogs und mit nichts anderem.

(Beifall AfD)

Mehr Quantität statt mehr Qualität soll es richten. Auch das kennen wir aus Drittweltländern.

(Beifall Dr. Frank Grobe (AfD))

Unsere hoch angesehenen und weltweit gelobten Standards waren gestern. Heute ist Transformation. Wir werden nicht besser, sondern wir werden schlechter. Damit es keiner merkt, erheben Sie sich moralisch und bedienen sich leider propagandistischer Methoden.

(Zuruf Claudia Ravensburg (CDU))

Denn aus den schmeichelnden Worthülsen des Lobes seitens der Hessischen Landesregierung erwächst natürlich nicht die zwingend notwendige Wertschätzung für die Erzieher. Nein, meine Damen und Herren, Sie belasten die Erzieher mit zusätzlichen Aufgaben. Somit müssen alle Erzieher in Zukunft mehr statt weniger leisten.

(Beifall AfD)

Da hilft auch kein pädagogisches Kompetenzprofil – eine weitere neue Worthülse Ihrer Hessischen Landesregierung. Ich bin immer überrascht, was Ihnen alles so einfällt.

Die Erzieher begleiten nach Ihrer Meinung in Zukunft das erweiterte fachfremde Personal

(René Rock (Freie Demokraten): Wann machen die das?)

und die sogenannten anders qualifizierten Kräfte bei deren täglichem Umgang mit den Kindern, und das alles zusätzlich zu der ohnehin schon anspruchsvollen Tätigkeit, die aktuell mit viel Stress und vielen Konflikten behaftet ist, was unter Garantie zu einer erhöhten krankheitsbedingten Fehlzeit bei den Erziehern führen wird.

(Beifall AfD)

Wie meinte Frau Ravensburg am 05.04. im „Wiesbadener Kurier“ zu diesem Thema?

Man müsse die Balance halten, „nicht die Fachlichkeit zu gefährden“ und „dem Bedarf gerecht zu werden“.

(Claudia Ravensburg (CDU): Genau, richtig!)

Frau Ravensburg, da tanzt jeder Erzieher doch wohl vor Freude seinen eigenen Namen, vor allem wenn er auf dem Lohnzettel Steuern und Abgaben sieht, die ihm die Hälfte seiner Einnahmen nehmen, sich sein Netto beim Einkauf erneut halbiert und die Miete den Rest auffrisst.

(Beifall AfD)

Wie er da Strom- und Heizkosten finanzieren soll, die Frage stellt sich schon gar nicht mehr. Aber nach Aussagen von Frau Ravensburg dürfte auch das kein Problem sein; die Erzieher müssen nur irgendwie „die Balance halten“.

(Beifall AfD – Zuruf Claudia Ravensburg (CDU))

Dann sinken halt die Qualität der Betreuung und die Lebensqualität der Erzieher. Was interessiert die Hessische Landesregierung schon das schöne Leben eines Erziehers? Damit müssen die Bürger unseres Landes in Zukunft klarkommen bei der großen Transformation Hessens durch CDU, GRÜNE, SPD, LINKE und FDP.

(Beifall AfD)

Das sollte eigentlich schon als Problematik reichen. Zur pädagogischen Arbeit in einer Kindertagesstätte gehört aber auch die Umsetzung des Gewaltschutzkonzepts. Die Pflicht für Träger, ein Gewaltschutzkonzept vorzuhalten, besteht seit dem Sommer 2021. Die Gewalt in Kitas nimmt zu, die Sicherheit von Betreuungskindern ist gefährdet. Auch das ist Resultat grün-rot-schwarz-gelber Transformationspolitik.

(Beifall AfD)

Wenn der Anteil von fachfremdem Personal, Quereinsteigern und anders qualifizierten Kräften am personellen Mindestbedarf von 15 auf 25 % angehoben wird, kann mit Sicherheit – Frau Ravensburg, mit Sicherheit – qualitativ hochwertige Betreuung, besonders auch im Hinblick auf Schutz vor Gewalt, nicht sichergestellt werden.

(Beifall AfD – Claudia Ravensburg (CDU): Behaupten Sie!)

Dem Anspruch, den Kindern unseres Landes einen guten Start in die Zukunft zu gewährleisten, übrigens Kindern aus unterschiedlichen sozialen Schichten mit unterschiedlichen Familienprägungen und aus unterschiedlichsten Herkunftsländern, wird die Hessische Landesregierung und werden Sie, Frau Ravensburg, nicht gerecht. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die FDP-Fraktion erteile ich nun dem Fraktionsvorsitzenden Rock das Wort.

René Rock (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Immer wenn man denkt, diese Landesregierung kann einen nicht mehr schockieren, sie hat schon alles geleistet oder fehlgeleistet, was man sich vorstellen kann, setzt sie noch einen obendrauf.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich habe die Sonntagsreden der GRÜNEN- und der CDU-Abgeordneten, irgendwelcher Landräte oder Mitglieder der Landesregierung noch in den Ohren, wie wichtig ihnen unsere Kinder sind,

(Robert Lambrou (AfD): Von wegen!)

wie wichtig Bildung ist, dass Bildung die einzige Ressource ist, die immer wieder gefördert werden muss. Bildung wird bei jeder Sonntagsrede in diesem Landtag, in diesem Land, wenn die Regierung spricht, nach oben gehängt. Nur, wenn sie handelt, spielt das keine Rolle mehr.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn Sie sich die frühe Bildung ansehen, die Jüngsten in unserem Land, ist es so: Dort, wo es darum geht, Menschen mitzunehmen, die Integration voranzutreiben, die Chancengerechtigkeit zu stützen, dort, wo junge Menschen gefördert werden, in unseren Kindertagesstätten, wo fast alle Kinder in Hessen auch hingehen, genau dort legen Sie die Axt an. Das ist unverantwortlich.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich werde hier einmal ein paar Beispiele bringen. Sie behaupten allen Ernstes, Sie würden die Qualität der Kindertagesstätten durch dieses Gesetz erhöhen.

(Zuruf Freie Demokraten: Im Leben nicht!)

Wir haben die niedrigsten Betreuungsschlüssel in ganz Europa, was die Fachkräftebetreuung in den Kindertagesstätten angeht.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf welchem Niveau?)

1,75 Erzieherinnen und Erzieher pro 25 Kinder in einer Kindertagesstätte, das ist der Betreuungsschlüssel in Hessen. Künftig wird dieser Betreuungsschlüssel auf unter 1 fallen, weil die Fachkräfte in der Kita demnächst zur Seltenheit werden. Ein Viertel aller Kräfte, die in der Kita pädagogischen Dienst ausführen sollen,

(Zuruf Claudia Ravensburg (CDU))

jede vierte Kraft, die in einer Kita pädagogische Arbeit leisten soll, wird demnächst kein Pädagoge in einer hessischen Kita mehr sein. Das ist die Folge Ihres Gesetzes.

(Beifall Freie Demokraten)

Es wird künftig möglich sein, ohne eine pädagogische Ausbildung in einer Kita zu arbeiten, wenn man sich verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren eine Nachschulung im Umfang von 160 Stunden zu durchlaufen. Das entspricht der Schulung einer Tagesmutter. Das, was man in der Kita tut, wird ab dem ersten Tag voll auf die Bestimmungen für den Mindeststandard angerechnet. Schon am ersten Tag kann man in einer Kita-Gruppe pädagogische Arbeit leisten, ohne jegliche pädagogische Kenntnisse zu haben, und das wird voll angerechnet. Das ist doch keine Verbesserung der Qualität.

(Beifall Freie Demokraten – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unsinn!)

Eine ausgebildete Erzieherin, die drei Jahre Schule hinter sich hat und in einer Kita in Hessen zu arbeiten beginnt, deren Arbeit wird nur zu 50 % angerechnet. Jemand, der keine Ausbildung hat, sich aber verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren eine Nachschulung im Umfang von 160 Stunden zu durchlaufen, dessen Arbeit wird hingegen voll an-

gerechnet. Was ist das für eine gesetzliche Bestimmung? Das ist das Gegenteil von Qualität.

(Beifall Freie Demokraten)

Jetzt wollen Sie auch noch dafür sorgen – das macht einen sprachlos –, dass demnächst der Anteil nicht pädagogischer Kräfte in einer Kita-Gruppe nicht mehr 15 %, sondern 25 % betragen darf. Zugleich senken Sie die Qualitätsansprüche an die Menschen, die in den Kitas arbeiten, massiv – bis dahin, dass man keine Berufsausbildung mehr braucht, sondern nur noch eine Fortbildung während der Arbeit durchlaufen muss.

Wenn Sie wenigstens sagen würden, Sie bieten einen fünf-wöchigen Crashkurs an, in dessen Rahmen jemand, der in einer solche Gruppe arbeitet, innerhalb von fünf Wochen 160 Stunden Ausbildung ableistet – was ja keine Herkulesleistung ist –, damit er wenigstens eine fünf-wöchige pädagogische Schulung hat, bevor er in eine Kita-Gruppe geht; aber nicht einmal das ist der Fall. Man hat zwei Jahre Zeit, diese 160 Stunden zu leisten. Es ist doch wirklich unglaublich, was Sie unseren Kindern zumuten.

(Beifall Freie Demokraten)

Sie haben sich gegenüber der Bundesregierung mit dem Gute-Kita-Gesetz verpflichtet, die Qualität in den Kitas in Hessen zu erhöhen: Der Anteil der pädagogischen Stunden soll um 7 % erhöht werden. Sie tun aber das Gegenteil.

Wenn Sie sagen, es gebe keine Antworten, dann muss ich Ihnen sagen: Sie haben hier neun Jahre lang nicht zugehört, was wir Ihnen gesagt haben, was man tun müsste, um die Fachkräfte zu gewinnen, die uns heute fehlen. Sie haben jahrelang nicht gehandelt, und jetzt machen Sie eine Politik auf Kosten der Kinder in unserem Land. Wenn Sie den Fachkraftschlüssel öffnen, dann öffnen Sie ihn bitte nach oben, nicht immer nur nach unten. Das wäre eine Lösung.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Rock. – Als Nächste hat die fraktionslose Abg. Papst-Dippel das Wort.

Claudia Papst-Dippel (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Kinderbetreuung ist und bleibt ein Sorgenkind, seit man in Berlin meinte, jedem Kind einen Betreuungsplatz zu garantieren, in der Folge teilweise eine Beitragsfreiheit einführt und jetzt alles daransetzt, mehr Kinder immer früher und ganztägig zu betreuen. Wenn man zuerst die Bedingungen geschaffen hätte – wie: das Angebot erweitern, Personal anwerben und ausbilden, die Arbeitsbedingungen verbessern und die zusätzlichen Aufgaben mit weit höheren Personalschlüsseln abdecken –, aber so wird ja nicht gearbeitet, ganz abgesehen davon, dass viele Eltern auf ein doppeltes Einkommen angewiesen sind und Familien in diesem Land eben nicht die Anerkennung bekommen, die sie benötigen.

Diese allgemeine Kritik vorangestellt, geht es heute um die Erweiterung des Fachkraftkataloges. Sie mag teilweise sinnvoll sein, da Multiprofessionalität bei der Betreuung von Kindern eine Vielzahl von Inklusions-, Integrations-

und sozialen Aufgaben beinhaltet. Dennoch wird diese Erweiterung in Zeiten des allgemeinen Fachkräftemangels nicht die erhoffte Entlastung bringen können. Wie erwähnt, werden bei zunehmender Ganztagsbetreuung und zunehmendem Druck auf die Eltern zu immer früherer Betreuung immer mehr bestens geschulte Betreuungskräfte benötigt. Auch die Kinder- und Jugendhilfe klagt über Personalmangel, und bei „News4teachers“ steht im März 2023 zu lesen: Bundesweit können 10.000 Kitas ihre Aufsichtspflicht nicht wie vorgeschrieben erfüllen. Fast neun von zehn Kita-Leitungen geben negative Auswirkungen des Personalmangels auf die pädagogische Qualität an.

Ein geänderter Fachkraftkatalog doktriert allenfalls an den Symptomen herum.

Meine Damen und Herren, mein Vorschlag wäre eine neu gedachte Familien-, Frauen- und Kinderpolitik, die echte Wahlfreiheit bei Betreuungsmodellen bringt und die Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie stärker würdigt, statt der Ideologie der frühkindlichen Bildung zu huldigen. Der Deutsche Familienverband nennt Studien, die die Kinderkrippe als mögliche besondere Bildungsbremse erkennen lassen. Literatur über die Betreuung in der ehemaligen DDR bestätigt, dass für die spätere Bildung eine höhere Lebenszufriedenheit wichtig ist, die wiederum durch frühe Bindungen ermöglicht wird.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Frau Abg. Papst-Dippel, Sie müssen zum Schluss kommen.

Claudia Papst-Dippel (fraktionslos):

Das tue ich. – Denken Sie, derzeitige und kommende Regierungsfractionen, die Familienpolitik neu. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Papst-Dippel. – Für die Fraktion der SPD hat jetzt die Abg. Gnadl das Wort.

Lisa Gnadl (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis 2030 werden laut einer Veröffentlichung der Bertelsmann Stiftung zusätzlich 25.000 Erzieherinnen und Erzieher gebraucht. 37.000 Kinder warten in Hessen auf einen Kita-Platz. Meine sehr verehrten Damen und Herren der Regierungsfractionen, das sind Ihre Versäumnisse, die Sie zu verantworten haben.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Sie haben in den letzten Jahren nicht gegengesteuert. Ich bin seit 15 Jahren Mitglied des Hessischen Landtags und erlebe diese Debatten schon seit 15 Jahren mit. Das, womit Sie jetzt konfrontiert sind, sind die Versäumnisse aus Ihrer Regierungsvergangenheit, Ihrem Nichtstun. Wir haben eine fehlende Chancengleichheit in Hessen, weil nicht alle Kinder überhaupt einen Kita-Platz haben. Wir haben eine hohe Arbeitsbelastung der Erzieherinnen und Erzieher, und wir ermöglichen es nicht allen Eltern, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Versäumnisse, die dazu geführt haben, liegen in der Vergangenheit.

Alle langfristigen Maßnahmen, die wir in den vergangenen Jahren vorgeschlagen haben, haben Sie abgelehnt: grundsätzlich etwas an der Ausbildung zu verändern, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen, das Schulgeld abzuschaffen, die Ausbildung und vor allem die Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten, Zeit für mehr Praxisanleitungen in den Kitas zu geben. All das sind Maßnahmen, die Sie in der Vergangenheit abgelehnt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube aber, dass es sich DIE LINKE und die Freien Demokraten an der Stelle einen Tick zu einfach machen; denn all das wären langfristige Maßnahmen, die dringend ergriffen werden müssten, die in der Vergangenheit hätten ergriffen werden müssen und die auch weiterhin unsere Forderungen bleiben, solange sie nicht umgesetzt werden. Wir stehen aber im Moment vor einer Situation, wo es auch kurzfristiger Entscheidungen bedarf, mit denen wir sicherstellen können, dass allen Kindern der Zugang zu frühkindlicher Bildung tatsächlich ermöglicht wird. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich habe vieles an dem zu kritisieren, was Schwarz-Grün in der Vergangenheit versäumt hat; aber wir müssen uns ernsthaft damit auseinandersetzen, welche Maßnahmen jetzt oder kurzfristig ergriffen werden müssen.

(Beifall SPD)

Ich finde schon, dass auch der von Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf ein Stück weit mit heißer Nadel gestrickt ist. Der Handlungsdruck scheint enorm zu sein. Positiv sehen wir allerdings den Schritt zu einer Öffnung hin zu multi-professionellen Teams. Ich finde, es kann eine Win-win-Situation für die Kinder und die Erzieherinnen und Erzieher sein, wenn wir den Fachkräftecatalog im Hinblick auf Ergotherapie und Logopädie öffnen. Die Entwicklungen in der Corona-Pandemie haben aufgezeigt, dass es große Bedarfe bei den Kindern gibt. Ich finde, dass man ernsthaft über die Frage diskutieren muss, ob entsprechende Fachkräfte – das sind Ergotherapeutinnen und -therapeuten sowie Logopädinnen und Logopäden aus meiner Sicht – sowohl für die Kinder als auch für die Einrichtungen ein Gewinn sind. Das will ich ausdrücklich noch einmal erwähnen, auch im Hinblick auf die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die nicht so einfach über das DQR-Niveau abzubilden sind. Viele Menschen haben zwar pädagogische Bildungsabschlüsse, können aber in Hessen nicht in den Einrichtungen arbeiten. Ich finde die Öffnung an der Stelle deshalb wichtig.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte aber auch sagen, dass wir noch viele Fragen haben, die aus unserer Sicht in der Anhörung erörtert werden müssen, beispielsweise inwieweit es notwendig wäre, im Gesetz eine Befristung zu setzen, z. B. für die Anrechnung von 25 % statt der 15 % für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jetzt ohne pädagogische Ausbildung kommen.

Ich kann die kritischen Punkte, die Herr Rock hier erwähnt hat, nachvollziehen; denn wir müssen einen Spagat schaffen, um nicht dauerhaft die Qualität in den Kitas abzusenken. Das ist ein Punkt, über den wir noch reden müssen, auch darüber, wie die Evaluation festgeschrieben ist und welche Anreize Sie zur Weiterqualifizierung setzen, damit sich Menschen ohne eine pädagogische Ausbildung weiterqualifizieren.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Frau Abg. Gnadl, das müssten Sie in den Ausschuss verlegen.

Lisa Gnadl (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Die notwendigen Antworten hierauf sehen wir im vorgelegten Gesetzentwurf noch nicht. Deswegen, glaube ich, müssen wir uns in der Anhörung damit sehr intensiv auseinandersetzen. – Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Gnadl. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Abg. Anders das Wort.

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Situation in hessischen Kitas ist angespannt. Liebe Lisa, ich bin dir für den ersten differenzierten Redebeitrag heute dazu sehr dankbar, weil ich glaube, dass die Situation sehr ernst ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Situation ist ernst. Der Bedarf an Fachkräften in den Kitas steigt, und mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung steigt er vor allem auch an den Grundschulen. Das Kita-Personal ist hoch belastet, und Eltern leiden darunter, dass Öffnungszeiten häufig nicht gewährleistet werden können. Deswegen müssen wir nach Lösungen suchen, die kurzfristig greifen und mehr Personal in die Kitas bringen.

(Robert Lambrou (AfD): Ein Offenbarungseid!)

Mit diesem Gesetzentwurf stellen wir uns der Herausforderung. Ich möchte noch einmal ganz deutlich machen, dass das eben nicht mit heißer Nadel gestrickt wurde und auch nicht vom Himmel gefallen ist, sondern dass Verbände, Gewerkschaften sowie vor allem die Träger in intensiven Gesprächen mit dem Ministerium, aber auch im ständigen Austausch mit uns klar gesagt haben, wo sie einen Rahmen sehen und wo sie mitgehen können. All das, was in diesem Gesetzentwurf steht, ist mit allen Beteiligten, mit den Verbänden, mit den Gewerkschaften und auch mit den Trägern, abgestimmt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Auf einige Märchen, die wir jetzt in der letzten halben Stunde gehört haben, möchte ich noch einmal eingehen. In dem Antrag der LINKEN ist ein gravierender Fehler, weil ständig von der Absenkung des Fachkraft-Kind-Schlüssels gesprochen wird. Das stimmt nicht. Wir erweitern den Fachkräftecatalog, wir senken nicht den Fachkraft-Kind-Schlüssel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir haben vor zwei Jahren den Fachkraft-Kind-Schlüssel deutlich erhöht. Wir haben Anleiterstellen geschaffen, wir finanzieren die Anleitung und stellen die Anleiter und Anleiterinnen von der Mitarbeit in den Gruppen frei.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Rock zu?

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein, in den vorgegebenen fünf Minuten Redezeit ist dafür keine Zeit.

(René Rock (Freie Demokraten): Es ist doch noch gar keine Pflicht in Hessen! – Unruhe)

Der Bedarf steigt auch dadurch, dass wir so viele Freistellungen finanzieren, und deswegen ist der Fachkraft-Kind-Schlüssel erhöht worden. Wir brauchen mehr Personal in den Kitas, nicht weniger. Das ist ein Zeichen dafür, dass der Fachkraft-Kind-Schlüssel erhöht wurde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir das dann durchdenken, was DIE LINKE hier fordert – also der Fachkraft-Kind-Schlüssel bleibt wie er ist, aber das Personal dafür fehlt –, stellen wir fest: Die logische Konsequenz ist, dass Kita-Gruppen nicht eröffnen können, dass wir in Hessen Kitas haben, die nicht ausgelastet sind, weil das Personal fehlt, und Eltern ohne Betreuungsplatz dastehen – Eltern, die wichtige Fachkräfte an anderer Stelle sind, Eltern, die auf diese Betreuung angewiesen sind. Gerade nach der Pandemie sollten wir gelernt haben, dass Kinder Kinder brauchen und dass die Kita ein wichtiger Ort für alle Kinder ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir begrenzen die Möglichkeit der Einstellung von anderen Professionen, und da sind mit 25 % auch Absolventinnen und Absolventen mit DQR-4-Niveau eingerechnet. Gerade diese Begrenzung war den Fachverbänden und auch den Trägern wichtig, weil es in der Kita eine Herausforderung ist, dass neue Professionen dazukommen: Ergotherapeuten, Logopäden, Motopäden, Physiotherapeuten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen mit anderen Professionen

(Robert Lambrou (AfD): Tankwartel!)

können jetzt mit dem DQR-4-Niveau in die Kita kommen, aber alles zusammen dürfen es nur 25 % sein. Da braucht es eine starke Leitung – Leitungen, die jetzt schon freigestellt werden könnten, weil wir sie finanzieren.

(René Rock (Freie Demokraten): Ist das Gesetz?)

Aber der Druck ist im Moment so hoch, dass Kita-Leitungen im Gruppendienst mitarbeiten. Deswegen brauchen wir mehr Personal. Diese Kita-Leitungen müssen ihre Teams zusammenführen, brauchen Zeit für Personalentwicklung. Diese Zeit finanzieren wir, aber es braucht dann eben auch das Personal in der Gruppenarbeit.

Ich finde den Punkt treffend, den Lisa Gnadl aufgemacht hat: Wir müssen zusehen, dass diese Menschen, die jetzt in die Kitas kommen, weiterqualifiziert werden, dass wir ihnen Ausbildung ermöglichen. Ich glaube, da würde es sehr helfen, wenn wir wenigstens in diesem Haus, aber auch draußen in der Welt erzählen, was für ein toller Beruf Erzieherin oder Erzieher ist, welche vielfältigen Möglichkeiten und Entwicklungschancen dieser Beruf für jeden Einzelnen bietet. Dazu gehört auch, wie die Ausbildung finanziert wird, dass es nicht nur mit der PivA eine dual vergütete Ausbildung, sondern eben auch ein Meister-BAföG gibt, das elternunabhängig ist, nicht zurückgezahlt werden

muss und das die Finanzierung von Auszubildenden auch gewährleistet.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Frau Abg. Anders, Sie müssten zum Schluss kommen.

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich finde, wir sollten Mut machen, diesen Beruf zu ergreifen. Mit diesem vorgelegten Gesetzentwurf ergreifen wir kurzfristige Maßnahmen, um den akuten Notstand in den Kitas zu beheben. Ich freue mich auf die konstruktive Zusammenarbeit während der Anhörung und im Ausschuss. – Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Anders. – Für die Landesregierung hat jetzt Staatssekretärin Janz das Wort.

Anne Janz, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung begrüßt den Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU. Angesichts der Tatsache, dass es in der Kindertagesbetreuung überall große Herausforderungen gibt, ist das derzeit die richtige Antwort. Wenn man den Gesetzentwurf richtig liest, dann kommt man auch nicht auf die Schlussfolgerungen, die hier teilweise gezogen wurden. Wir glauben, dass wir Träger und Kommunen bei der Bewältigung der Herausforderungen – Fachkräftemangel und steigende pädagogische Anforderungen – unterstützen. Das haben wir auch in den letzten Jahren gemacht.

Bei allen Maßnahmen ist es immer wichtig, das Ziel im Auge zu behalten: die Qualität in der Kindertagesbetreuung zu erhalten und weiterzuentwickeln.

(Robert Lambrou (AfD): Das wird schwierig!)

Der Gesetzentwurf muss sich daher an seiner Wirkung auf die Qualität der Kindertagesbetreuung messen lassen. An dieser Stelle sind wir einer Meinung. Gleichzeitig ist er aber nur ein Baustein in einem Prozess mit dem Ziel, eine gute Kindertagesbetreuung sicherzustellen.

Aus Sicht der Landesregierung erfüllt der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen diese Voraussetzungen; denn er sieht eine moderate Öffnung des Fachkräftecataloges vor und kommt auch der Forderung nach Multiprofessionalität nach, die in den letzten Jahren von Kommunen, von Trägern, von Bürgermeistern, aber inzwischen auch von den Erzieherinnen und Erziehern selbst erhoben worden ist, weil man in der Kita nicht nur mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit gleichen Ausbildungshintergründen vorankommt.

Natürlich ist es so: Wir werden die Auswirkungen dieses Gesetzes, wenn es dann beschlossen wird, natürlich evaluieren und jeweils Änderungen vornehmen, wenn wir sehen, dass das Ziel nicht erreicht wird. Aber insbesondere durch die Erweiterung der Möglichkeit, anders qualifizierte Personen begrenzt als Fachkräfte zur Mitarbeit einzusetzen,

fördert der Gesetzentwurf die Arbeit in multiprofessionellen Teams, die zur Qualität der pädagogischen Arbeit beitragen kann.

Natürlich ist es so: Jemand, der sich mit Sprache gut auskennt, ist auch in einer Kita, die sozusagen mit sehr vielen unterschiedlichen Sprachen und Herangehensweisen umgehen muss, genau an der richtigen Stelle. An anderen Stellen haben wir das auch immer wieder gefordert. An der Stelle habe ich im Übrigen auch die FDP in dieser Richtung gehört. Das ist jetzt mit diesem Gesetzentwurf möglich.

Meine Damen und Herren, die Lebensbedingungen von Kindern sind durch Pluralisierung und Individualisierung der Lebens- und Familienformen geprägt, auch durch sprachliche und kulturelle Vielfalt. Zugleich sind Bildungs- und Teilhabechancen ungleich verteilt – das wissen wir –, auch bei uns in Hessen. Kinder profitieren von multiprofessionellen Teams, weil sie für ihre Entwicklung unterschiedliche und vielfältige Zukunftskompetenzen brauchen und hier auch erhalten können. Voraussetzung ist – da gebe ich Ihnen recht –, dass die Rahmenbedingungen stimmen; denn diese Multiprofessionalität entsteht nicht von alleine. Es bedarf spezifischer Einarbeitungs- und Personalentwicklungskonzepte. Dieses ist eben angesprochen worden.

Wenn es gelingt, die verschiedenen Expertisen zu einem ganzheitlichen Konzept zu formen, kann dies der Schlüssel für eine hochwertige pädagogische Arbeit sein, die dann auch zu sehr großer Arbeitszufriedenheit beiträgt. Diese gesetzlichen Änderungen werden wir als Landesregierung mit Maßnahmen zur Qualitätssicherung begleiten. Es geht nicht nur darum, Fachkräfte zu gewinnen, sondern auch darum, die vorhandenen zu binden. Auch das ist schon angesprochen worden. Davon soll – auch das nenne ich hier – selbstverständlich auch die Kindertagespflege als eine Säule profitieren.

Wir haben dafür im Haushalt Vorsorge getroffen. Entsprechende finanzielle Mittel für die Qualitätssicherung in Höhe von mindestens 60 Millionen € sind für die nächsten zwei Jahre vorgesehen. Das heißt, hier kann noch etwas stattfinden.

Ein Punkt ist mir noch wichtig. Das Ganze ist wirklich abgesprochen mit Akteurinnen und Akteuren, die in der Tagesbetreuung tätig sind, inklusive der Eltern, die an der Entwicklung dieses Katalogs beteiligt waren. Welche Maßnahmen konkret gebraucht werden, wurde diskutiert, damit die Änderungen zur Fachkräftegewinnung sowie Maßnahmen zur Fachkräftebindung auch tatsächlich als Entlastung empfunden werden. Das ist der wichtige Aspekt.

Den Dialog mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen und mit den Kommunen – auch die Kommunale Spitzenverbände waren in den Workshops dabei –, in den auch die Interessenvertretungen der Fachkräfte und der Eltern eingebunden sind, haben wir in den letzten Jahren begonnen. Wir haben Workshops durchgeführt – fünf an der Zahl –, die von hoher Fachlichkeit geprägt waren. Es ging darum, nicht nur mittel- und langfristige, sondern auch kurzfristige Maßnahmen zu entwickeln, um dem Ziel einer qualitativ guten Kindertagesbetreuung näherzukommen, sie sicherzustellen und gleichzeitig den Beschäftigten gute Rahmenbedingungen für ihre Arbeit zu bieten,

(Beifall Claudia Ravensburg (CDU) und Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

damit wir – das ist eben auch angesprochen worden – Erzieherinnen und Erzieher, pädagogische Fachkräfte für diesen Beruf nicht nur gewinnen, sondern auch halten. Es ist nämlich wirklich ein toller Beruf, den wir nicht schlechtreden sollten, sondern dem wir größtmögliche Unterstützung bieten sollten, so groß wir nur können.

Wir sind überzeugt, dass der Gesetzentwurf der regierungstragenden Fraktionen zusammen mit den begleitenden Maßnahmen und mit dem Dialog der Landesregierung mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren wichtige Bausteine sind, allen Kindern jetzt und künftig gute Startbedingungen in der Kindertagesbetreuung zu ermöglichen. Daran arbeiten wir möglichst gemeinsam mit Ihnen. Ich freue mich auf die Beratung. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Janz. – Für eine zweite Runde hat sich der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten zu Wort gemeldet. Bitte schön.

René Rock (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! So langsam kommen wir der Sache näher. Ihnen geht es nicht um frühe Bildung, sondern Ihnen geht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Zuruf Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ihnen geht es darum, dass Sie Betreuungsplätze schaffen, nicht darum, dass Sie frühe Bildung fördern. Genau da entwickeln Sie sich hin. Darum möchte ich hier noch einmal zwei Worte dazu sagen, was bei mir als sehr unglaublich angekommen ist. Sie behaupten doch allen Ernstes, Sie würden mit diesen Maßnahmen Qualität fördern, Sie würden die Qualität in den Kindertagesstätten erhöhen.

(Zuruf Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn Sie den Mindestschlüssel – –

Vizepräsidentin Karin Müller:

Lassen Sie eine Frage der Abg. Anders zu?

(René Rock (Freie Demokraten): Klar!)

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Rock, vielen Dank für die Möglichkeit der Frage. – Jetzt frage ich Sie doch: Stehen Motopäden, Logopäden, Ergotherapeuten einer Bildung von Kindern unter sechs Jahren entgegen?

René Rock (Freie Demokraten):

Vielen Dank für die Frage. Sie haben gerade dem vorausgegriffen, was ich sagen wollte. – Wenn über den Mindeststandard – jetzt sage ich einmal ein erweitertes Wort, nicht „Fachkräfte“; ich sage „pädagogische Fachkräfte“, darum geht es bei Bildungseinrichtungen –, wenn zu diesen 1,75 Erzieherinnen und Erziehern pro 25 Kinder pädagogische

Fachkräfte, Logopäden, alle möglichen zusätzlichen Professionen kommen, dann haben wir multiprofessionelle Teams.

(Petra Heimer (DIE LINKE): Zusätzlich!)

Aber wenn Sie die Zahl der 1,75 Fachkräfte halbieren oder dafür sorgen, dass jede vierte sogenannte pädagogische Fachkraft keine pädagogische Ausbildung mehr hat, dann kann ich nur sagen: Das kann unmöglich eine Verbesserung der pädagogischen Arbeit einer Tageseinrichtung sein – unmöglich.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Anders, Sie stellen sich hierhin und sagen: Ja, wir haben hier das Gute-Kita-Gesetz vorgebracht und haben das umgesetzt. Wir nehmen das Geld vom Bund. – Aber Sie haben es doch noch gar nicht durchgesetzt. Sich hierhin zu stellen und zu sagen, das hätte zu einer maßgeblichen Verbesserung der Betreuungsschlüssel geführt, mit pädagogischen Fachkräften, ist wirklich eine ziemliche Chuzpe, die Sie hier nach vorne tragen.

Ich will Ihnen sagen: Sie stellen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt. Wir stellen die frühkindliche Bildung in den Mittelpunkt. Sie können auf Dauer die frühe Bildung nicht ohne Pädagogen durchführen. Das geht nicht.

Darum kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie beim Fachkraftschlüssel schon nach unten greifen, dann sagen Sie doch wenigstens, dass die einmal sechs Wochen, 160 Stunden an theoretischer Ausbildung geleistet haben müssen, wie eine Tagesmutter, bevor Sie die in eine Gruppe lassen. Dann sagen Sie doch nicht, die müssen das innerhalb von zwei Jahren machen, sondern sagen Sie, die sollen das vorher machen, fünf, sechs Wochen Theorie, bevor sie in die Gruppe gehen, damit wenigstens das Grundlegende gelegt ist – nicht zwei Jahre lang. Dann sagen Sie doch wenigstens: Wir rechnen die nicht vollständig an. – Denn jetzt wird es ein Kostensparmodell für die Kommunen.

Wenn Sie jetzt 25 % der Leute mit nicht pädagogischer Fachausbildung nehmen, die dann vielleicht nach S 5, S 6 bezahlt werden, nicht nach S 8, dann entsteht ja noch ein ökonomischer Anreiz, auf solche Kräfte zurückzugreifen. Sie öffnen hier die Tore für die Depädagogisierung der frühen Bildung in unserem Land. Sie müssen in diesen Gesetzentwurf noch dringend Hürden einbauen, sonst wird das wirklich schlimm für unsere Kinder. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Rock. – Für die Fraktion der AfD hat jetzt der Abg. Richter das Wort.

Volker Richter (AfD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier gibt es schon einige Fragen, die sich stellen. Das Wort „multiprofessionelle Teams“ wird allenthalben hier benutzt. Die Frage ist wirklich, ob das der frühkindlichen Bildung und der kindlichen Bildung

überhaupt in irgendeiner Form gerecht wird. Wir meinen, das wird es garantiert nicht.

Das Problem haben wir nicht erst seit gestern. Da stellt sich eine Frage, die wirklich ganz wichtig ist. Wenn Sie von Fachkräften aus anderen Bereichen reden, die man dort einsetzen kann:

(René Rock (Freie Demokraten): Schreiner ist eine Fachkraft!)

Ist irgendjemand auf die Idee gekommen, dass diese Fachkräfte dann in anderen Bereichen fehlen?

(Beifall AfD)

Wir haben in unserem Land einen Fachkräftemangel nicht nur in der Kita, sondern einen Fachkräftemangel auf breiter Basis unserer Berufe. Wir haben den Fachkräftemangel im Handwerk, wir haben ihn in der Industrie, wir haben ihn überall. Was bedeutet das denn am Ende des Tages? Auch im Gesundheitsbereich, überall, werden dann Fachkräfte fehlen.

(Oliver Ulloth (SPD): Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz!)

Jetzt sind wir bei der Einwanderung. Auch darauf gehen wir sehr gerne ein. Wir besprechen das morgen. Das ist eines der Argumente, das überhaupt nicht zieht.

(Beifall AfD)

Wir werden es morgen besprechen. Aus einem ganz einfachen Grund: Warum zieht das nicht? Schauen Sie sich an, auf welchem Platz Deutschland steht – auf Platz 15. Die Menschen studieren gerne in unserem Land. Das tun sie gerne. Das werden wir Ihnen morgen gerne noch einmal begründen. Aber sie arbeiten nicht mehr gerne in unserem Land. Das haben Sie von der SPD noch nicht begriffen.

(Beifall AfD)

Ihre Politik führt dazu, dass Einwanderer, die qualifiziert sind, doch gar nicht mehr nach Deutschland kommen möchten. Die möchten mit Ihrer Politik doch gar nichts mehr zu tun haben. Die gehen doch stiften.

(Beifall AfD – Zurufe SPD, Freie Demokraten und Axel Gerntke (DIE LINKE))

Wir werden morgen über den Antrag der SPD sprechen. Da ist das alles noch einmal aufgegliedert. Die SPD – genauso wie die anderen Parteien – ist nicht in der Lage, zu begreifen, dass ihre Politik unser Land und die Basis dessen, wofür wir alle stehen, nachhaltig zerstört.

(Beifall AfD)

Dann versucht man, es mit solchen Gesetzentwürfen wie diesem auszugleichen. Man versucht auszugleichen, was man auf allen Ebenen verbaerbockt hat.

(Beifall AfD)

Sie stellen sich dann noch als die großen Freunde derjenigen hin, die gar nicht zu uns kommen, die einen weiten Weg um Hessen, um Deutschland machen. Sie haben die Realität nicht erkannt. Sie leben in einem Wolkenkuckucksheim. Entschuldigung, genau wie vorhin bei der Regierungserklärung sowie bei Frau Ravensburg gilt: Man kann hier vorne ein Einhorn hinstellen und einen kleinen Regenbogen zeichnen – das ist Ihre Welt. Mit der Realität hat das aber nichts zu tun. – Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Daher überweisen wir den Gesetzentwurf von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Sozial- und Integrationsausschuss.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 12:**

Zweite Lesung

Gesetzentwurf

Landesregierung

Hessisches Gesetz zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft (Hessisches Naturschutzgesetz – HeNatG)

– Drucks. 20/10998 zu Drucks. 20/10374 –

zusammen mit dem

Änderungsantrag

Fraktion der SPD

– Drucks. 20/11113 –

Für die Berichterstattung hat jetzt Frau Abg. Gronemann das Wort.

Vanessa Gronemann, Berichterstatterin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen AfD, Freie Demokraten bei Enthaltung der SPD und der LINKEN, den Gesetzentwurf – unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 20/10973 – in zweiter Lesung anzunehmen.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank für die Berichterstattung. – Sie haben als erste Rednerin das Wort.

Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen! Ich freue mich sehr, dass wir in dieser Woche das Hessische Naturschutzgesetz beschließen werden. Für mich ist das persönlich tatsächlich ein Highlight in dieser Legislaturperiode; denn mit diesem Gesetz schaffen wir die Grundlage dafür, dass wir die negative Entwicklung bei der Biodiversität nicht nur stoppen, sondern diesen Trend umkehren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen, ein wesentlicher Grund für das Aussterben von Arten ist das Zurückdrängen –

(Unruhe)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Kleinen Augenblick. – Ein bisschen mehr Ruhe auf der Regierungsbank, hier rechts.

(Stephan Grüger (SPD): Immerhin ist jemand da! – Heiterkeit SPD)

Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Wir wissen, ein wesentlicher Grund für das Aussterben von Arten ist das Zurückdrängen oder die Zerstörung von Lebensräumen. Folgerichtig hebt dieses Gesetz nicht nur den Schutz, sondern vor allem die Wiederherstellung hessischer Lebensräume hervor, z. B. für die Moore, die mit ihrer Wirkung für den Wasserkreislauf und als natürliche Kohlenstoffsenke wichtige Funktionen erfüllen. Ebenso fördern wir die Entwicklung naturnaher Flussauen. Wir schaffen die gesetzliche Verankerung für Naturwälder; und, wie Sie wissen, haben wir bereits 10 % des Staatswaldes aus der Nutzung genommen. Ebenfalls gesetzlich verankert werden die Biotopvernetzungen und die Wildnisgebiete. Hier möchte ich vor allem auf eines hinweisen, dass wir nämlich auf der Ebene der Landkreise das Ziel haben, bis zu 15 % der Fläche quasi als Naturraum zu entwickeln. Das ist eine Vereinbarung des Runden Tisches Landwirtschaft und Naturschutz. Die Naturschutzverbände haben das gemeinsam mit den Landwirtschaftsverbänden so vereinbart, und das nehmen wir in diesem Gesetz so auf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wichtig ist aber auch, dass wir die negativen Einflüsse und Bedürfnisse der unterschiedlichen Arten im Blick behalten. Nehmen wir z. B. die Insekten: Hier haben wir einen drastischen Rückgang zu verzeichnen. Vor dem Hintergrund ihrer Bedeutung für unsere Ökosysteme ist es enorm wichtig – –

Vizepräsidentin Karin Müller:

Kleinen Augenblick. – Es ist sehr laut. Ich möchte noch einmal darum bitten, wenn Sie Gespräche führen wollen, nach draußen zu gehen.

Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vor dem Hintergrund ihrer Bedeutung für unsere Ökosysteme wird ihr Schutz hier noch einmal besonders hervorgehoben; und das merkt man gleich an mehreren Stellen, z. B. an dem Verbot der berühmt-berüchtigten Schottergärten, aber auch an der Vermeidung von Lichtemissionen. Hierzu gibt es wunderbare Beispiele, wie die Stadt Fulda oder den Sternepark Rhön, die vormachen, wie das auf kommunaler Ebene gut umgesetzt werden kann. Davon profitieren nicht nur Insekten, sondern auch nachtaktive Arten wie z. B. Fledermäuse. Hessen ist das erste Bundesland, das dies in einem eigenen Gesetz verankert; wir übernehmen damit eine Vorreiterrolle.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Hessen übernimmt mit diesem Gesetz übrigens auch an einer anderen Stelle eine Vorreiterrolle: Wir werden nicht nur die Artenhilfsprogramme, die bereits existieren, vor allem aber einen empfehlenden Charakter haben, gesetzlich verankern und verpflichtend machen, sondern wir werden mit „Fördergebiete für den Artenschutz“ ein neues Artenschutzinstrument schaffen. Dabei handelt es sich um Gebiete, die aufgrund ihrer Nutzungsstruktur nicht

als Naturschutzgebiete geeignet sind, auf welchen aber durch Vertragsnaturschutz quasi neue Lebensräume entstehen können. Hier möchte ich noch einmal betonen: Dies ist ein komplett neues Instrument. Auch hier – das ist bisher einzigartig in Deutschland – geht Hessen voran.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Zum Stichwort Vertragsnaturschutz. Ich habe das schon öfter gesagt, ich möchte es dennoch erneut betonen, da es ein wichtiger Aspekt dieses Gesetzes ist: 42 % der Fläche in Hessen sind Wald; 41 % werden landwirtschaftlich genutzt. Das zeigt, wir brauchen die Landwirtschaft, wir brauchen die Forstwirtschaft. Ohne sie werden wir den negativen Trend bei der Biodiversität nicht aufhalten können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Daher setzen wir auf Kooperation, Beratung und auf den Vorrang freiwilliger Maßnahmen. Deshalb sind auch die Landschaftspflegeverbände so enorm wichtig; denn da ziehen alle an einem Strang – die Naturschützerinnen und Naturschützer sowie die Landnutzenden. Die Kommunen kommen an einen Tisch und setzen die Naturschutzmaßnahmen vor Ort um.

Ich habe es hier ebenfalls schon mehrfach gesagt, möchte es aber auch noch einmal betonen, weil das wirklich ein enorm wichtiger Punkt ist:

Vizepräsidentin Karin Müller:

Kleinen Augenblick noch einmal. – Es ist hier jetzt zwar ruhig, aber hinter der Wand ist nicht hinter der Tür; und wir hören das hier vorn ganz gut. Deswegen möchte ich noch einmal darum bitten, die Gespräche hinter der Tür und nicht hinter der Wand zu führen.

Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke schön. – Ich möchte auch dies noch einmal betonen: Der Naturschutz in Hessen wäre nichts ohne die ca. 200.000 Menschen, die sich ehrenamtlich für den Natur- und Artenschutz engagieren. Ohne dieses Engagement würde es wahrscheinlich einige Arten nicht mehr geben. Umso wichtiger ist es, dass dies anerkannt wird und dass die Beteiligung der Naturschutzverbände durch dieses Gesetz, z. B. bei Bewirtschaftungsplänen, bei Gesetzesvorhaben und bei Artenhilfsprogrammen, erweitert wird.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Dieser Gesetzentwurf stärkt mit dem Vertragsnaturschutz den Schutz der Lebensräume, den Schutz von Tier- und Pflanzenarten und die Kooperation zwischen Naturschutz und Landnutzerinnen und Landnutzern; und er stärkt die Mitwirkung und Beteiligung des Ehrenamts. Die SPD hat heute Nachmittag einen Änderungsantrag eingereicht. Wir werden heute Abend im Ausschuss noch einmal die Möglichkeit haben, hierüber ein bisschen länger zu reden. Ich möchte vorab aber festhalten: Mit diesem Gesetzentwurf bekommt Hessen ein Naturschutzgesetz, das diesen Namen verdient; und ich freue mich auf die weitere Beratung.

(Eine Abgeordnete niest.)

– Gesundheit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Karin Müller:

(Beifall Freie Demokraten)

Vielen Dank, Frau Abg. Gronemann. – Nach meiner Reihenfolge wäre jetzt Frau Abg. Knell dran. Ich frage aber Herrn Abg. Grumbach, weil Sie einen Änderungsantrag eingebracht haben, ob Sie davor reden möchten. – Dann hat die Abg. Knell für die Freien Demokraten das Wort.

Land- und Forstwirtschaft, die Flächeneigentümer, Jägerinnen und Jäger, das sind die praktischen Partner der Politik beim Naturschutz. Wenn Sie diese Partner erneut vor den Kopf stoßen, dann erreichen Sie mit diesem Gesetz am Ende gar nichts. Sie sagen auch noch, Sie kooperieren breit. Aber das ist falsch. Sie diktieren, und Sie ignorieren einmal wieder die Interessen der betroffenen Menschen.

Wiebke Knell (Freie Demokraten):

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir Freie Demokraten können diesen Gesetzentwurf nur ablehnen; und ich möchte Ihnen auch gern begründen, warum wir dies tun. Der Gesetzentwurf geht in die falsche Richtung, weil er sich gegen diejenigen richtet, die in der Praxis Naturschutz betreiben. Vor allem werden jetzt diejenigen Land- und Forstwirte und Flächeneigentümer, die sich in der Vergangenheit besonders für den Natur- und Artenschutz engagiert haben, bestraft; und das ist doch genau der falsche Ansatz.

Das ist doch das Motto Ihrer Politik, aber gut.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir hatten hierzu eine erste Lesung; wir haben im Ausschuss eine Expertenanhörung durchgeführt. Als FDP-Fraktion haben wir im Ausschuss mit einem Dringlichen Berichtsantrag noch einmal nachgehakt, was einzelne Regelungen des Gesetzes betrifft. Wenn man geplante Regelung hinterfragt und sich mit dem Gesetzentwurf beschäftigt, werte Kollegin Feldmayer, dann zeigt das übrigens kein Desinteresse am Thema, wie Sie es uns im Ausschuss unterstellt haben, sondern das Gegenteil ist der Fall. Wir haben uns mit dem Gesetzentwurf nämlich intensiv beschäftigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, auch die Anhörung ist nicht wirklich gut für Sie gelaufen. Die Kritik aus vielen verschiedenen Richtungen war nicht zu überhören. Der Bund Deutscher Forstleute, Landesverband Hessen, kommentiert,

... dass die Klimaschutzfunktion des Waldes unterbewertet wird, die Funktion des Waldes zur Holzproduktion unterschätzt wird, der Druck auf den Wald in Richtung Nutzungsverzicht [extrem] erhöht wird.

(Beifall Freie Demokraten)

Das Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik e. V. sagt:

Die Ausweitung von Naturwaldflächen ist aus Sicht des Kuratoriums für Waldarbeit und Forsttechnik nicht vereinbar mit dem Ziel, die Wälder klimagerecht anzupassen ...

Ich glaube, der politische Wille beim Naturschutz eint uns hier im Haus, zumindest die demokratische Mitte; und diesen sollten wir uns nicht gegenseitig absprechen.

Der Waldbesitzerverband kommentiert:

Der Gesetzentwurf ist geprägt von weiteren Ge- und Verboten sowie staatlicher und nicht staatlicher Kontrolle vor allem im ländlichen Raum und führt insgesamt zu einer Überregulierung des Naturschutzrechts.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf ist aus Sicht der Freien Demokraten nicht zustimmungsfähig. Wir sind auch nicht die Einzigen, die das Gesetz kritisch sehen. Wenn ich mir die Landespresse vor einigen Wochen anschau: Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt: Waldbesitzer fühlen sich „erneut übergangen und ausgebootet“. – Ja, zu Recht.

Aber nicht nur die Regelungen zum Wald stoßen auf massiven Widerstand, sondern auch die Maßnahmen des Vogelschutzes werden kritisiert. Sie sehen nach wie vor ein Verbot von zusammenhängenden Glasflächen über 20 m² vor, um Vogelschlag zu vermeiden – ohne irgendwelche Prüfungen vorzunehmen, wo es überhaupt Vogelschlag gibt. Davon betroffen sind im Neubau herkömmliche Mehrfamilienhäuser mit verglasten Treppenhäusern oder auch größere Schaufenster eines Supermarktes. Zumindest im Neubau wäre das nach Ihrem Gesetz alles verboten. Das ist doch Wahnsinn. Diese Regelung ist völlig willkürlich. Das haben die Fachverbände in ihren Stellungnahmen auch erklärt. Die Wirksamkeit ist nicht erwiesen, und Sie greifen damit ohne Not tief in Bauplanungs- und Bauordnungsrecht ein.

Außerdem verfolge das ... Gesetz einen ordnungspolitischen Ansatz und würde den Landwirten neue Regeln und mehr Bürokratie auf, ohne dass die Natur dadurch besser geschützt werde oder die Interessen der Landwirte berücksichtigt würden.

Ein hessischer Sonderweg ist es auch noch. Kein anderes Bundesland hat solch eine Regelung. Warum muss Hessen das machen? Deswegen kann ich wirklich nicht verstehen, warum Sie daran festhalten.

So kommentiert der Hessische Bauernverband. Die Familienbetriebe Land und Forst befinden, aus dem Gesetz spreche ein tiefes „Misstrauen gegenüber Eigentümer...n“.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, ähnlich ist es beim Thema Horstschutz. Im Umkreis von 300 m um einen Schwarzstorchhorst sollen sämtliche forstwirtschaftlichen Arbeiten und auch die normale Ausübung der Jagd verboten werden. 300 m hört sich erst einmal nach nicht so viel an. Aber ich sitze neben einem Mathematiker. Rechnen Sie das aus: Bei 300 m sind das 28 ha.

Meine Damen und Herren, werte Frau Ministerin Hinz, das sind wieder einmal krachende Ohrfeigen für Ihre Politik. Diese Ohrfeigen kommen nicht von irgendwem, sondern sie kommen von den Betroffenen. Das sollte Ihnen Gedanken machen.

Wenn Sie ein Jäger sind und ein kleines Revier pachten, vielleicht 100 ha, und darin befindet sich auch nur ein

Frau Gronemann, Sie sagen, Sie gehen voran. Aber Sie gehen in die falsche Richtung, und das immer wieder.

Horst, vielleicht aber auch zwei oder drei, dann war es das doch für Sie mit Jagd.

(Beifall Freie Demokraten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, Sie sollten sich genauer überlegen, ob das ein gutes Anreizsystem ist. Wenn alle diejenigen, die sich engagiert haben und jetzt einen Schwarzstorch beherbergen, so drastisch bestraft werden, dann kann das nicht der richtige Weg sein.

Für den Waldbesitz gilt das Gleiche. Wenn Sie einen kleinen Betrieb haben, und der Schwarzstorch lässt sich in Ihrem Wald nieder, was schön ist, dann haben Sie nach diesem Gesetz ein schwerwiegendes Problem, und das ist wieder der falsche Ansatz.

Es gibt noch viele andere Punkte. Die Zeit reicht leider dafür nicht aus.

Abschließend kann ich nur sagen: Von der Ministerin, auch von der GRÜNEN-Fraktion habe ich nichts anderes erwartet, als dass sie den Kurs der letzten Jahre fortsetzen – den Kurs, Politik gegen Landwirtschaft, gegen Forstwirtschaft, gegen die Jägerschaft, gegen Eigentümer, gegen den ländlichen Raum zu betreiben.

Aber von den Kolleginnen und Kollegen der Union hatte ich ein bisschen mehr erwartet. Sie haben Ihr großes Defizit vor kurzer Zeit erkannt und entdecken gerade den ländlichen Raum wieder. Das ist schön; es ist aber auch Wahlkampf. Sie wissen auch, es war ein Fehler, die Ministerien, die für den ländlichen Raum wichtig sind, in grüne Hand zu geben. Das wissen Sie. Damit haben Sie die Menschen im ländlichen Raum und die ganzen grünen Zünfte jahrelang im Stich gelassen.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich weiß das, Sie wissen das, und genau deswegen hätte ich erwartet, dass Sie zumindest am Ende der Legislaturperiode bei diesem Gesetz, bei so einem Blödsinn nicht mitmachen. Aber es bleibt anscheinend dabei, dass Sie im Wahlkreis das eine erzählen, um dann in Wiesbaden das andere zu tun.

Wir lehnen den Gesetzentwurf ab. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Knell. – Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt die Abg. Scheuch-Paschkewitz das Wort.

Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste! Seit 1991 genießt der Naturschutz in Hessen Verfassungsrang. Arten- und Biotopschutz sind wichtige Säulen des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Diesen Verfassungsauftrag haben vergangene Landesregierungen von CDU, auch unter Beteiligung der FDP, schlichtweg ignoriert.

Auch wenn mit dem vorliegenden Gesetzentwurf demgegenüber deutliche Verbesserungen erzielt wurden, erfüllt auch dieses Hessische Naturschutzgesetz den verfassungsrechtlichen Anspruch nicht. Der schwarz-grüne Gesetzentwurf ist den Herausforderungen, insbesondere denen des

Klimawandels, nicht gewachsen. Das Ziel, bis 2030 zur Wiederherstellung der Natur 30 % der Landesfläche unter Schutz zu stellen, wird mit diesem Gesetz nicht erreicht.

Erstens müssen wir uns prinzipiell die Frage stellen, ob der Schutz vieler Arten und ihrer Lebensräume nach Jahrzehnten der Untätigkeit in der Klimakrise überhaupt noch möglich ist. Der Klimawandel ist bereits so weit fortgeschritten und seine Dynamik so groß, dass wir viele Arten auch mit großen Anstrengungen in unseren Breiten nicht mehr werden halten können. Das HLNUG hat – ich zitiere – 234 Arten identifiziert, für die es Hinweise auf eine erhöhte Gefährdungsdiskussion durch die Folgen des Klimawandels gibt. Davon sind 31 % bereits jetzt vom Aussterben bedroht, und 30 % gelten als stark gefährdet.

Das ist dramatisch, und das lässt sich auch an der Veränderung von Lebensgemeinschaften wie z. B. im Hessischen Ried ablesen. Unstrittig ist, dass der Grundwasserstand im Ried angehoben werden muss. Das wissen wir spätestens seit 2006, nur Schwarz-Grün macht es nicht.

Meine Damen und Herren, so wie die Menschenrechte nicht nur für bestimmte Menschen gelten – auch wenn man vor dem Hintergrund der laufenden Asylrechtsdebatte einen anderen Eindruck gewinnen kann –, schützt die Hessische Verfassung auch nur bestimmte Arten oder eine bestimmte Natur. Die Verfassung schützt den Erhalt unserer natürlichen Lebensbedingungen. Das heißt, sie schützt ökologische Leistungen wie Luftreinigung, Grundwasserneubildung oder CO₂-Bindung, und das kann im Prinzip auch mit eingewanderten Tier- und Pflanzenarten gehen.

Zweitens. Gleich welche Tier- und Pflanzenarten Teile des ökologischen Gefüges sind, brauchen sie zusammenhängende Flächen. Noch immer liegt die Flächenneuinanspruchnahme in Hessen bei über 2 ha täglich. Das Nachhaltigkeitsziel, die Flächenneuinanspruchnahme bis 2020 zu reduzieren, hat der grüne Minister Al-Wazir buchstäblich dem Autobahnausbau geopfert. Allein der Verzicht auf die Rodung für die A 49 hätte ausgereicht, das Ziel für zwei Jahre einzuhalten. Diesen Verlust an Wald, Wiesen und Äckern, geschätzte Abgeordnete von den GRÜNEN, kann auch das beste Naturschutzgesetz nicht ausgleichen.

Damit sind wir bei dem dritten entscheidenden Punkt. Naturschutz ist kein Reparaturbetrieb für eine verfehlte Verkehrs-, Industrie- oder Landwirtschaftspolitik. Mit den Mitteln des Naturschutzes können die Schäden durch den Flächenverlust nicht ausgeglichen werden. Naturschutz kann den Artenverlust durch die Produktion von Nahrungsmitteln in Monokulturen in einer nahezu ausgeräumten Landschaft nicht kompensieren.

Die Pestizidstrategie für Hessen kommt neun Jahre nach der Ankündigung und ist nichts weiter als das „Könnten die Akteure freiwillig machen“-Papier, dessen geringe Bedeutung mit den GRÜNEN aus der Landesregierung verschwinden wird.

Mit Mitteln des Naturschutzes können wir auch unsere Gewässer nicht schützen – dazu brauchen wir endlich die Modernisierung unserer Klärwerke mit Phosphor-Rückgewinnung und vierter Reinigungsstufe. Weil die Kommunen damit finanziell heillos überfordert sind, muss das die Landesregierung ausgleichen – macht sie aber nicht, und so erhält in neun Jahren gerade mal ein hessisches Klärwerk eine vierte Reinigungsstufe.

Die Werra wird die kommenden 500 Jahre keinen guten ökologischen Zustand erreichen, wenn die grüne Umweltministerin K+S nicht endlich die Einleitung von Salzabwässern und die Aufhaltung von Reststoffen aus der Kaliindustrie untersagt.

Diese Aufzählung ließe sich über die Bereiche Raum- und Flächenplanung, Wohnungspolitik sowie Abfall- und Wirtschaftspolitik weiterführen. Dass wir einen Systemwechsel brauchen, ist mittlerweile Allgemeinwissen und wird in der Landesregierung in Worten geteilt, in der Tat aber gelehnet.

Zur Wahrheit gehört auch, dass die rechtlichen Grundlagen schon lange gegeben sind: EU-Wasserrahmenrichtlinie, das Wasserhaushaltsgesetz, das Bundesnaturschutzgesetz, die Umwelthaftungsrichtlinie, das Bodenschutzgesetz, die Klimaentscheidung des Bundesverfassungsgerichts usw. usf. Schwarz-Grün ist nur nicht in der Lage – oder nicht willens –, die gegebene Umweltgesetzgebung auch durchzusetzen. Unter grüner Führung stehen Klima- und Naturschutz per se unter Haushaltsvorbehalt, und die EU-Umweltgesetzgebung wird in der Regel so ausgelegt, dass die EU Vertragsverletzungsverfahren einleiten muss.

Gemessen an den Taten der beiden grünen Ministerinnen bzw. Minister ist es nichts weiter als populistisches Greenwashing, wenn Kollegin Gronemann verlautbaren lässt, dass das Naturschutzgesetz „ein echter Gewinn für die Natur“ sei. Eine Fraktion, deren Ministerin bzw. Minister den Flächenfraß nicht stoppen kann, den Bau der A 49 durch ein Wasserschutzgebiet nicht verhindert, den schnelleren Autobahnausbau – wie vor zwei Wochen den der A 5 auf acht Spuren – durchwinkt, was viele Hektar besten Ackerboden kostet, die Salzwassereinleitung in Flüsse und unser Grundwasser genehmigt, die Abwasserreinigung nicht voranbringt, nichts für die Verlagerung von Kurzstreckenflügen unternimmt, noch darauf besteht, dass Landesbedienstete weiterhin in Deutschland fliegen können, eine solche Fraktion hat jede Legitimation verwirkt, Fortschritte im Naturschutz für sich zu reklamieren.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben nichts gegen ein Naturschutzgesetz; doch allen Beteiligten muss klar sein, dass wir, wenn wir unsere Lebensgrundlagen wirklich erhalten wollen, einen radikal-demokratischen, sozial-ökologischen Umbau unserer ganzen Gesellschaft brauchen. Die wohlfeile Jubelarie der GRÜNEN versucht zu verschleiern, dass der Gesetzentwurf dazu leider einen nur sehr bescheidenen Beitrag leistet. Wir werden uns deshalb enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur enthalten? Das war aber eine mächtige Rede für eine Enthaltung!)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Scheuch-Paschkewitz. – Für die Fraktion der SPD hat jetzt der Abg. Grumbach das Wort.

Gernot Grumbach (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es ein bisschen wie der Kollegin Gronemann: Es ist eines der spannenderen Gesetze. Für mich ist es das deswegen, weil ich 1993 einmal die Stellungnahmen zu

einem anderen Entwurf zusammengestellt und mir über die Jahre angeschaut habe, wie es sich verändert hat. Dazwischen – das will ich relativ freundlich unfreundlich sagen – ist der Naturschutz in Hessen zum Teil nicht besser geworden, sondern manchmal schlechter. Dieses Gesetz ist irgendwie im Grenzbereich.

Nach der Anhörung ist für mich der spannende bzw. der Nachdenkpunkt folgender gewesen: Warum überkommt mich, wenn ich alle anderen Naturschutzgesetze in Deutschland vergleiche, trotzdem ein gewisses Unbehagen? Ich glaube, dass wir da ein Problem haben, das gar nicht am konkreten Gesetz hängt, sondern vielmehr daran, dass unsere Art, sozusagen Gesetzesvorhaben abzuhaken, möglicherweise mit dem Problem nicht ganz korrekt umgeht.

Mit dem Naturschutzgesetz beschreiben wir ja nicht, wie die Kollegin Gronemann gesagt hat, auf der einen Seite die Natur und ergreifen Maßnahmen für sie, und wir machen auch nicht Maßnahmen gegen Land- und Forstwirtschaft, und das ist dann die andere Sicht auf die Welt,

(Zuruf Freie Demokraten: Doch!)

sondern wir tarieren jedes Mal neu das Gleichgewicht zwischen Landschaftsnutzern bzw. Naturnutzern einerseits und Naturschützern andererseits aus. Dieses Gleichgewicht verändert sich im Laufe der Jahrzehnte ziemlich deutlich.

Ich habe das einmal in einem Gespräch mit dem Sprecher des Waldbesitzerverbandes relativ freundlich gesagt: „Für das, was Sie mir heute vorschlagen, hätte mich Ihr Vater, der vor 30 Jahren die gleiche Rolle hatte, gesteinigt.“ Ich sage das deswegen so, weil ich glaube, dass wir beim Nachdenken darüber, was wir tun, ein Stück weit schauen müssen, ob wir das nicht besser machen können.

Ich verstehe Corona, ich verstehe Arbeitsbelastungen, aber ich verspüre ein Unbehagen, dass wir dieses Gesetz jetzt so schnell im Schlusspurt durchgehakt haben. Wir leisten uns wieder eine Di-Do-Lesung, weil wir keine Zeit haben, noch einmal in Ruhe darüber zu reden, ob wir vielleicht das eine oder andere machen können. Da haben wir uns angepasst – wir wehren uns auch nicht dagegen, ich beschreibe es nur einmal.

Ich kenne auch die Terminkalender von Ministern und Staatssekretären und weiß, dass die nicht unendlich viel Zeit haben. Dennoch erlebe ich im Zuge der Anhörung und im Zuge der Gespräche um die Anhörung, dass mir Leute, mit denen ich dann rede, sagen: „Wir könnten noch eine ganze Reihe von anderen Wegen mitgehen, wenn ihr einmal in Ruhe mit uns reden würdet und wir gemeinsam noch einmal schauen könnten, wie wir durch bestimmte Schleifen in der Lage sind, Konflikte anders zu managen.“ Das ist ein Punkt, bei dem ich glaube, dass wir in einer modernen Demokratie etwas nachholen müssen, was uns mehr Zeit kostet.

(Beifall SPD)

Die Variante „Wir machen einfach ein Gesetz, machen zwei Anhörungen und beschließen dann das Gesetz“ löst unsere Probleme nur teilweise.

Wie gesagt, ich will es gar nicht auf den handelnden Personen abladen; denn ich kenne deren Terminkalender. Aber wenn ich mit Waldbesitzern zusammensitze und die sagen: „Pass mal auf, hätte man in Ruhe mit uns geredet, hätten wir noch dies und jenes zugeben können, auch in der Fra-

ge, wie wir mit unseren Investitionen im Wald umgehen“, dann frage ich mich, ob wir nicht einen Fehler begehen, wenn wir nicht versuchen, das auszuloten.

Ich bin nicht naiv: Es geht auch um Wirtschaftsinteressen; bei Landnutzungsinteressen geht es immer auch darum, die Existenz von Familienbetrieben zu sichern, usw. Aber ich glaube, dass wir uns ein Verfahren leisten, das ein ganzes Stück hinter den Notwendigkeiten einer modernen Demokratie zurücksteht.

Als sich vor langer Zeit die GRÜNEN gründeten, habe ich eine nette Debatte mit ein paar der Gründungsmitglieder geführt, die gesagt haben: „Ihr Sozis seid so staatsverliebt. Wenn ihr über Politik nachdenkt, denkt ihr nach, was die Regierung an Maßnahmen machen kann.“ – Ich habe den Eindruck, das haben die GRÜNEN leider von den Sozis gelernt.

(Heiterkeit Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

Vielleicht wäre es besser gewesen, den Lernprozess, den wir mühsam durchlaufen haben – nämlich zu schauen, wie man eigentlich im Vorfeld eines Gesetzes mit Organisationen, Verbänden, Einzelpersonen redet –, noch ein bisschen ausführlicher zu machen. Denn – jetzt komme ich zu einem Uraltbegriff – in früheren Jahrhunderten war die Frage, was Gesetze bewirken sollten, nicht so ausdifferenziert wie bei uns, sondern es galt für die Gesetzgebung über Hunderte von Jahren die Idee, dass sie Rechtsfrieden herstellen sollten.

Rechtsfrieden heißt, dass die Mehrheit der Gesellschaft sich, ohne sich weiter über die Gesetze zu streiten, sozusagen in diese Gesetze einordnet. Wir sind im Moment noch nicht auf diesem Punkt. Die Frage lautet nun, ob wir es aufgeben müssen, auf diesen Punkt zu kommen, oder ob es nicht unsere Aufgabe als diejenigen, die Gesetze machen, ist, dass wir diese Punkte in weiter gehendem Maße erreichen, als wir es heute tun, indem wir statt ritualisierter Beteiligung eine Form von Beteiligung finden, bei der sich die Leute auch ernst genommen fühlen. Ich glaube, dass wir da Nachholbedarf haben.

(Beifall SPD)

Ich will erst einmal überhaupt keine der Lobeshymnen abstreiten, aber ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir mit diesem Gesetz die negativen Entwicklungen der Biodiversität aufhalten werden. Dabei gibt es ein paar Tücken. Das ist einer der Gründe, warum wir uns eigentlich nur noch mit ein paar Spiegelstrichen in diesem Gesetz beschäftigt haben, weil wir ohnehin die Grundlage jetzt nicht zum Ende der Legislaturperiode neu konstruieren können.

Dazu gehört aber auch das, was wir als erste Änderung haben: Wir brauchen ein flächendeckendes Biodiversitäts-Monitoring. Ansonsten reden wir immer darüber, was sich an kleinen Ausschnitten der Wirklichkeit ändert, wenn wir bei jedem Biodiversitätsbericht feststellen: Kleine Ausschnitte verbessern sich, aber die Gesamtbiodiversität nimmt ab. – Das können wir auf Dauer nicht zulassen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall SPD)

Der zweite Punkt ist: Wie gehen wir eigentlich mit der Auseinanderentwicklung der Räume um? Das ist ein weiterer Punkt unseres Änderungsantrags. Wir glauben, dass dieses Gesetz viel zu weiträumige Möglichkeiten lässt,

Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe im Ballungsraum vorzunehmen. Vielmehr haben wir sehr klar gesagt – wir haben das in der Anhörung auch bei den Betroffenen, z. B. Städtetag, Landkreistag, nachgefragt –: Wenn der Ausgleich in der Natur einen Sinn haben soll, dann muss das in der Nähe des Punktes passieren, wo der Eingriff erfolgt ist. Das heißt, wir wollen die 25-km-Grenze wieder ziemlich klar einführen, weil wir glauben, dass das der Natur nützt. Wir wollen, dass nicht irgendwo in Mittel- oder Nordhessen der Ausgleich gemacht wird, sondern dort, wo der Eingriff passiert. Das ist auch möglich, und das ist eine Verpflichtung, die anders ist.

(Beifall SPD)

Ein weiterer Punkt ist die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit unserer Idee um, dass wir eine freie Landschaft auch frei betreten können, aber gleichzeitig eine Situation haben, dass die Verkehrssicherungspflichten in einer Weise zugenommen haben, dass derjenige, der einen Wald oder ein unwegsames Gelände hat, Probleme bekommt, wenn dort Leute durchlaufen und etwas passiert? Ich sage an der Stelle: Das Schild mit der Aufschrift „auf eigene Gefahr“ muss wieder eine Bedeutung bekommen. Ich bin an der Stelle dafür, die Eigentümer dann, wenn sie Waldwege aufmachen und es sich dabei nicht um die großen Wege handelt, auch von der Verkehrssicherungspflicht freizustellen. Auch das, finde ich, könnte man im Gesetz regeln.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Herr Abg. Grumbach, Sie müssen zum Schluss kommen.

Gernot Grumbach (SPD):

Ich weiß, ich habe noch null Sekunden.

(Heiterkeit)

Ich würde noch gern zwei Sätze zu dem Thema Glasflächen sagen, zu dem wir alle Post bekommen haben.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Die müssen dann aber kurz sein.

Gernot Grumbach (SPD):

Ja, ja. – Der erste Satz ist: Wir vertrauen mehr in die technischen Möglichkeiten, die es gibt, um die Glasflächen gegen Vogelschlag sicher zu machen. Der zweite Satz lautet: Wenn das Land etwas finanziert, soll es besser die bessere Lösung finanzieren und nicht die schlechtere. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Grumbach. – Als Nächste hat die fraktionslose Abg. Papst-Dippel das Wort.

Claudia Papst-Dippel (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Hessische Gesetz zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft enthält eine Fülle wichtiger natur-

schützerischer Ansätze. In § 2 werden Klimawandel und Anpassung genannt. Allerdings hat das Wort Klimaschutz hier nichts zu suchen. Eine zukünftige Wettervergangenheit kann man eben nicht schützen – genauso wenig, wie man diesen Schutz in § 5 außerschulisch vermitteln kann.

In § 7 wird der Schutz von Natur und Landschaft um ihrer selbst willen als Verpflichtung genannt. Was ist aber dann mit den Windkraftanlagen, die sehr stark die Landschaft verändern? Natur- und Umweltschutz sind mir schon immer ein Anliegen. Lange habe ich den GRÜNEN in meinem Heimatort bei diesen Themen geholfen.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach?)

Seitdem aber der ideologische Klimaschutz ausgerufen wurde, wundere ich mich nur noch. Der erfundene wissenschaftliche Konsens zum menschengemachten Klimawandel lässt sich durch die Lektüre wissenschaftlicher Publikationen widerlegen. Einigkeit besteht ausschließlich darin, dass es den Klimawandel gibt. Im hessischen Umweltministerium beruft man sich zudem gern auf die IPCC-Berichte. Allerdings liest man die Berichte offensichtlich nicht. Auf Nachfrage ist keine deutsche Übersetzung verfügbar. Vermutlich wurden deswegen auch IPCC-Zitate in einer schriftlichen Anhörung nicht beachtet. Es ist keine fundierte Sacharbeit, wenn man sich nur auf die Zusammenfassung des IPCC-Berichtes für die Politik stützt.

Ich lehne das Gesetz deswegen und wegen weiterer, hier schon genannter Gründe ab. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Papst-Dippel. – Für die Fraktion der AfD hat jetzt der Abg. Schenk das Wort.

Gerhard Schenk (AfD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt ein Bundesnaturschutzgesetz. Die Notwendigkeit, dieses über das notwendige Maß hinaus auf Landesebene mit weiteren Themen aufzublähnen, sehen wir nicht. Auch der Grundsatz, dass die Versorgung der Bevölkerung mit heimischen Nahrungsmitteln und Baustoffen vorrangig gewährleistet sein muss, wird im vorliegenden Gesetzentwurf sträflich vernachlässigt.

(Beifall AfD)

Nach Anspruch und Geschichte ist das Bundesnaturschutzgesetz das Grundgesetz des Naturschutzes hier in Deutschland. Dies zeigt ein Blick in § 1 dieses Gesetzes, in dem die Grundrisse und Ziele des Natur- und Landschaftsschutzes systematisch aufgeführt werden.

Aus rechtssystematischer Sicht wäre ein hessisches Gesetz nur nötig im Hinblick auf die Bestimmung der zuständigen Behörden, die Ausgestaltung der Verwaltungsverfahren im Bereich von Naturschutz und Landschaftspflege, die Finanzen und die Würdigung von Eigenheiten der Natur in Hessen.

Ich komme zu § 1 des vorliegenden Gesetzentwurfs. Neu ist hier die Förderung oder Bewahrung genetischer Vielfalt. Warum und wozu wird dies zu einem eigenen Ziel erklärt, wenn doch die Vielfalt ein Ergebnis von Evolution ist?

(Beifall AfD)

Hessen und Mitteleuropa gehören auch nicht zu einer Wawilow-Region.

(Ministerin Priska Hinz: Was?)

– Eine Wawilow-Region; das kann ich Ihnen nachher erklären.

(Ministerin Priska Hinz: Nein, danke!)

Die Erhebung der abstrakten Vielfalt zum Ziel an sich ist offensichtlich dem woken Zeitgeist geschuldet.

Zu § 2. Dieser Paragraph sollte zur Wahrung der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit gestrichen werden. Die fragliche Begrenzung der Treibhausgasemissionen und die Anpassung an den sogenannten Klimawandel sind schon als Gebote im deutschen und europäischen Recht vielfältig verankert. Im Übrigen ist Klimawandel ein politischer Kampfbegriff.

(Beifall AfD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Hessen wird sich wie ganz Mitteleuropa natürlich an ein sich stetig veränderndes Klima anpassen.

Zu § 3. Hier geht es um die wirbellosen Tiere, z. B. Schnecken, Bienen, Schmetterlinge. Die waren immer schon Gegenstand des Naturschutzes. Der neue § 3 impliziert ein Defizit, das es so überhaupt nicht gibt.

(Beifall AfD)

Zu § 4. Dieser Paragraph ist überflüssig. Das Thema Licht und Beleuchtung wird noch einmal in § 35 aufgegriffen. Zum anderen hat die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz Empfehlungen zu Belastungen durch Licht auch mit Zustimmung des hessischen Umweltministeriums zusammengefasst. Daran können Sie sich sicherlich erinnern, Frau Ministerin.

Zu § 5. Nicht verständlich ist, warum hier nur die außerschulische Bildung angesprochen wird, wo doch die schulische Bildung für das Thema Naturschutz weitaus wichtiger ist.

(Beifall AfD)

Auch die hier postulierte Unterwerfung unter programmatische Beschlüsse der Vereinten Nationen ist nicht sachgerecht.

Zu § 6. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist in der Tat begrüßenswert. Das wichtigste Mittel hierfür ist der Ausbau und vor allem der Erhalt guter Fußwege und die Vermeidung von urwaldartigen Strukturen.

Zu § 7. Der Schutz von Natur und Landschaft wird zu Recht als Aufgabe aller Gebietskörperschaften und aller Bürger bezeichnet. Die Nutzung der Grundstücke im Eigentum des Landes für die biologische Vielfalt erscheint unrealistisch, da ein Großteil dieser Grundstücke als Baufläche für Schulen, Verwaltung usw. dient. Es ist schon absurd, zu glauben, das Land könne mit seinen Grundstücken zum sogenannten Klimaschutz beitragen.

(Beifall AfD)

§ 8 hebt zu Recht die Verflechtung der wirtschaftlichen Landnutzung und des Naturschutzes hervor. Erklärungsbedürftig ist, warum die Naturschutzbehörden ein besonderes Belehrungsrecht über die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes haben sollen.

Zu den §§ 9 und 10: Die Erstellung eines Biodiversitätsberichts kann man sich wünschen. Aber er bedarf nicht der Festlegung in einem Gesetz.

(Beifall AfD)

In § 59 des Entwurfs werden für die verschiedenen Arten von Naturschutzgebieten 13 unterschiedliche Bezeichnungen eingeführt und geschützt. Das sieht nach ausufernder Bürokratie aus.

(Beifall AfD)

Naturschutz ist ein konservatives Anliegen und will in Deutschland eine mit der Landeskultur zu vereinbarende Vielfalt der Arten und der Ökosysteme erhalten. Ein romantischer Rückfall ins Mittelalter vor der Agrikultur ist nicht wünschenswert.

(Beifall AfD)

Jetzt komme ich auf ein Thema zu sprechen, das hier schon des Öfteren angesprochen wurde: Der schlimmste Verstoß der Landesregierung gegen den Naturschutz ist die Förderung der Windkraft –

(Beifall AfD)

die kalte administrative Durchsetzung einer Technik, die Raum verschlingt, das Landschaftsbild ruiniert, die Tierwelt schädigt und nicht zu einer sicheren Stromversorgung beiträgt. Hätte Hessen ein Ministerium für Natur- und Landschaftsschutz, so müsste es hier intervenieren.

(Beifall AfD)

Mit dem bestehenden Naturschutzrecht sind die meisten politischen Kräfte grundsätzlich einverstanden. Die Rechtslage wird nur von gewissen Kräften in Brüssel und in Berlin,

(Zuruf DIE LINKE: Von der Ostküste wahrscheinlich!)

die Ökoradikalität mit gewisser Lust am Untergang verbinden, betrieben.

(Gernot Grumbach (SPD): Die Lust am Untergang!)

Die AfD ist dagegen, dass die agrarische und die forstliche Produktion mit Mitteln des Naturschutzes heruntergefahren werden. Das kann sich Deutschland nicht leisten. Es geht um Selbstversorgung mit Lebensmitteln. Damit sollten wir nicht spielen.

(Beifall AfD)

Wir von der AfD verurteilen diesen Ökosozialismus mit den weitreichenden Eigentumseingriffen über die Köpfe von Landwirten und Waldbesitzern hinweg. Das wird das Höfesterben und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Waldbesitzer weiter befeuern. Auch die Vertreter der produktiven Kräfte in Land- und Forstwirtschaft lehnen diesen von den GRÜNEN und der Union eingebrachten Gesetzentwurf ab. Die Union ist nur noch Mehrheitsbeschaffer grüner Politik. Dem Gesetzentwurf kann man nicht zustimmen, und deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Abg. Ruhl das Wort.

Michael Ruhl (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir in zweiter Lesung das Hessische Naturschutzgesetz. Hierzu liegt uns ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vor, auf den ich nachher noch eingehen werde. Auch ist ein Änderungsantrag der SPD heute Mittag eingegangen. Heute Abend findet eine Ausschusssitzung statt. Wahrscheinlich werden wir übermorgen noch einmal darüber beraten, weswegen ich jetzt auf den Änderungsantrag der SPD nicht eingehen möchte.

Zumindest eines ist bemerkenswert: Die SPD hat es nicht geschafft, obwohl wir umfangreiche Anhörungsunterlagen und eine mündliche Anhörung hatten, ihre Änderungsvorschläge zur letzten Ausschusssitzung einzubringen.

(Zuruf SPD: Demokratisch!)

Dann hat sich die SPD im Ausschuss enthalten und nebulös erklärt, dass man manche Dinge besser machen könne. Wir haben nachgefragt, was die SPD an diesem Gesetzentwurf besser machen möchte. Darauf konnte die SPD keine Antwort geben. Deshalb gibt es jetzt wahrscheinlich den Änderungsantrag, den wir natürlich weiter beraten werden.

Zum Gesetz selbst. Bereits in der ersten Lesung habe ich deutlich gemacht, dass wir in einer Kulturlandschaft leben. Unsere heutige Biodiversität und Artenvielfalt sind auch Ergebnisse einer jahrhundertelangen Naturnutzung durch den Menschen. Naturschutz kann eben nur mit dem Menschen gelingen.

(Beifall CDU und Kaya Kinkel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Warum macht ihr das dann gegen den Menschen? – Weitere Zurufe Freie Demokraten)

Ein Naturschutz, der nur auf Zwang oder Ordnungsrecht setzt, muss scheitern, da er jede sinnvolle, aber freiwillige Maßnahme wegdrückt. Naturschutz gelingt nicht gegen die Flächeneigentümer und Flächennutzer, sondern nur mit ihnen und nur mit den Land- und Forstwirten

(Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Ah! – Weitere Zurufe Freie Demokraten)

und nur mit den Naturschützern, wie NABU, BUND oder auch den Jägern, die ehrenamtlich vor Ort mit den Landnutzern in Kooperation gemeinsame Maßnahmen umsetzen.

Klar ist aber auch, dass eine so umfassende Regelung der Angelegenheiten des Naturschutzes zu Konflikten mit anderen Interessen führt. Gerade die Kritik der Land- und Forstwirte haben wir sehr ernst genommen. Wie gesagt, Naturschutz kann nur mit den Landeigentümern und Landnutzern gelingen. Naturnutzung und Naturschutz dürfen nicht als Gegensätze wahrgenommen werden. Daher ist der Kooperationsgedanke, den wir auch in den Landschaftspflegeverbänden oder beim runden Tisch Landwirtschaft etabliert haben, für mich zentral. Aus diesem Ansatz folgt der Vorrang des Vertragsnaturschutzes. Deshalb suchen wir auch in der neuen HALM-Förderperiode nach pragmatischen Ansätzen.

Aus diesem Ansatz folgen klare und bessere Informations- und Beteiligungsrechte, gerade auch für Eigentümer und Flächenbewirtschafter. Mit unserem Änderungsantrag haben wir die Informationsrechte der Eigentümer noch einmal gestärkt. Die öffentliche Bekanntmachung stellt die Ausnahme dar, wenn die Eigentümer nur unter großem

Aufwand zu ermitteln sind. Die Eigentümer bekommen zudem ein Informationsrecht bei der Aufstellung von Bewirtschaftungsplänen und ein besonderes Beteiligungsrecht bei jeder neuen Flächenausweisung. Verbessern konnten wir zudem die Regelung für einen echten Erschwernisausgleich. Schließlich gestalten wir die Regelungen zum Vorkaufsrecht praktikabler, indem wir eine Bagatellgrenze von 5.000 m² einziehen. Klar ist aber auch: In einer solchen umfassenden gesetzlichen Grundlage für einen starken Naturschutz sind auch Regelungen enthalten, die die freie Flächennutzung einschränken. Das gilt insbesondere für manche Handlungen, die im Gegensatz zu den Schutzinteressen der Natur stehen.

Wir verstehen, dass das zu Kritik führt, gerade weil unsere Landnutzer bereits heute freiwillig und unter Beachtung höchster Produktionsstandards sehr viel zum Naturschutz beitragen. Wir sind aber überzeugt, dass viele Befürchtungen in der Praxis unbegründet sind. Unser Ziel ist es, die gute Kooperation zwischen ehrenamtlichem Naturschutz, den Naturschutzbehörden sowie den Landeigentümern und -nutzern weiterzuführen. Wir werden uns in der Zukunft anschauen, ob dieses Ziel der Kooperation aller Akteure mit Leben erfüllt wird und ob sich die Regelungen als praxistauglich erweisen.

In diesem Sinne bitte ich bereits jetzt um Zustimmung am Donnerstag. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Ruhl. – Für die Landesregierung hat jetzt Staatsministerin Hinz das Wort.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Gestern war der Internationale Tag der biologischen Vielfalt, und diese Woche wird der Hessische Landtag das neue Naturschutzgesetz verabschieden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, das passt sehr gut; denn dieser Tag erinnert uns daran, dass Artenschwund nicht nur ein globales, sondern leider auch ein hessisches Problem ist – trotz aller Unterstützungsmaßnahmen, die wir in den letzten Jahren bereits begonnen haben.

Deswegen brauchen wir einen Rechtsrahmen, der insgesamt die Leitplanken dafür bietet, die biologische Vielfalt nicht nur zu erhalten, sondern zerstörte Lebensräume wiederherzustellen und damit auch den Artenreichtum zurückzuholen. Wir denken hierbei Klimaschutz, Klimakrise und Artenschutz konsequent zusammen; denn der Klimawandel ändert die Lebensräume. Natürlicher Klimaschutz kann wieder neue Lebensräume für die unterschiedlichen Arten schaffen. Mit diesem Gesetz schaffen wir verbesserte Bedingungen z. B. für den Moorschutz, für die Wiedervernäsung von Auen und für Naturwälder als CO₂-Senken. Biotopverbände in allen Naturräumen sollen die Wanderungen von Tieren und Pflanzen möglich machen, die aufgrund des bereits eingetretenen Klimawandels diese Wanderungen auf sich nehmen müssen.

Der Schutz von Lebensräumen ist die Grundlage für den Artenreichtum. Für die inzwischen vielen Arten, die auf besonderen Schutz angewiesen sind, haben wir verbindliche Artenhilfsprogramme vorgesehen. Darüber hinaus schaffen wir Fördergebiete für den Artenschutz. Das ist ein bundesweit einmaliges Instrument, um unsere Kräfte für bedrohte Arten auch außerhalb klassischer Schutzgebiete zu bündeln. Es geht darum, unsere erfolgreichen Feldflurprojekte für den Schutz etwa von Feldhamstern und Rebhühnern auf eine breite Basis zu stellen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ja, es ist richtig, Naturschutz und Landwirtschaft gehen nur miteinander. Das wissen wir. Deshalb finde ich es gut, dass das Gesetz die Vereinbarung der Verbände für Naturschutz und Landwirtschaft übernimmt. Aber auch mit den Waldbesitzenden ist eine Zusammenarbeit notwendig. Wir verbessern den Schutz von windkraftsensiblen Arten wie Rotmilan und Schwarzstorch nicht nur auf Staatsflächen, sondern wir haben bereits viele Vereinbarungen mit Waldbesitzenden geschlossen.

Ich will auf die Kritik eingehen, die heute genannt wurde, dass im Vorfeld nicht geredet worden sei, den Landnutzenden Einschränkungen sozusagen direkt – ich sage es einmal landläufig – vor den Latz geknallt worden seien mit dem Gesetz.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ja, so ist es!)

Es stimmt ja nicht. Es stimmt ja nicht.

(Wiebke Knell (Freie Demokraten): Die lügen alle! – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Die uns beschreiben, die lügen!)

Denn erstens haben wir seit 2018 im Hinblick auf die Landwirtschaft die Feldflurprojekte auf den Weg gebracht – seit 2018. Es geht nur mit der Landwirtschaft. Da haben wir mit allen gesprochen, sonst wäre das überhaupt nicht möglich gewesen in so vielen Regionen Hessens – zehn Feldflurprojekte in allen Regionen Hessens zusammen mit den Jägerinnen und Jägern, die wir auch brauchen für die Hege und Pflege. Mit dem Hessischen Waldbesitzerverband haben wir das Programm für windkraftsensible Arten auf den Weg gebracht. Wir haben bis auf einen Waldbesitzenden alle unter einen Hut gebracht und alle Schwarzstorchhorste in Hessen schon jetzt durch Vertragsnaturschutz gesichert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist das Gesetz überhaupt keine weitere Einschränkung. Wir haben den Vertragsnaturschutz genau im Gesetz geregelt und ihm Vorrang gegeben. Erst wenn überhaupt nichts mehr fruchtet, dann greift eine gesetzliche Regelung. In dieser Reihenfolge ist es auch richtig; denn Artenschutz und Naturschutz dienen dem Gemeinwohl. Das dient uns allen. Deswegen müssen am Ende, wenn Freiwilligkeit nichts nützt, gesetzliche Regelungen helfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Landschaftspflegeverbände dienen dazu, dass alle Landbesitzenden in die Naturschutzplanung und Naturschutzausführung mit einbezogen werden. Auch dies ist im Gesetz ausdrücklich so geregelt.

Meine Damen und Herren, im Gesetz wurden nach der Anhörung im Hinblick auf Informationsrechte und beim

Vorkaufsrecht zu ihren Gunsten noch Änderungen eingebracht. Aber nicht nur im Wald und in der Landwirtschaft ist der Naturschutz wichtig. Das Naturschutzgesetz umfasst mehr. Es umfasst z. B. auch den besiedelten Bereich. Wir wissen schon seit Langem, dass Insekten systemrelevant sind. Mit den neuen gesetzlichen Regelungen wollen wir zukünftig überflüssige Lichtverschmutzung vermeiden. Aus dem gleichen Grund ist das Verbot von Schottergärten so wichtig. Schotter ist kein Lebensraum, weder für Pflanzen noch für Tiere, außerdem dienen grüne Flächen als Wasserspeicher – auch bei Starkregenereignissen – und der Abkühlung an heißen Tagen.

Das Erstaunliche ist doch: Wenn immer gegen gesetzliche Regelungen Front gemacht wird, frage ich mich doch, warum ich eben bei hessenschau.de lese, dass Frankfurt jetzt eine Satzung zum Verbot von Schottergärten und für die Anlage von Grün und von Bäumen auf den Weg gebracht hat, und zwar überall sozusagen zwangsweise. Die Ordnungsdezernentin in Frankfurt ist von der FDP.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Irgendetwas passt bei Ihnen auch immer nicht zusammen, im Vergleich von dem, was Sie vor Ort machen, und dem, was Sie hier sagen.

(Wiebke Knell (Freie Demokraten): Das ist etwas völlig anderes!)

Daher ist es wichtig, dass wir dieses Naturschutzgesetz auf den Weg bringen. Es ist jetzt durch die Anhörung und durch die Änderungen noch besser geworden. Ich glaube, es kann seine positive Wirkung entfalten. Ich will noch eines sagen, bevor wir jetzt noch einmal in den Ausschuss gehen: Die biologische Vielfalt schützen, bedeutet, wir schützen unsere Lebensgrundlage und unsere Zukunft. Dafür brauchen wir alle. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin Hinz. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es wurde immer etwas von Di-Do-Lesung gesagt. Frau Hinz will jetzt tagen, aber beantragt hat die dritte Lesung niemand. Deswegen frage ich jetzt noch einmal: Soll der Änderungsantrag der SPD gleich abgestimmt werden? – Dritte Lesung, gut. Die dritte Lesung ist damit jetzt beantragt. Dann überweisen wir den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucks. 20/10998 zu Drucks. 20/10374, mit dem Änderungsantrag der SPD, Drucks. 20/11113, an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der jetzt gleich in Raum 501 A tagt.

Des Weiteren findet noch der parlamentarische Abend des VDE im Landtagsrestaurant statt. Es gibt auch noch außerhalb des Hauses weitere parlamentarische Abende, zu denen ich Ihnen viel Freude wünsche.

(Zuruf)

– Ja, der der Caritas findet aber nicht im Hause statt, deswegen wird er nicht erwähnt.

(Zuruf)

– Man darf trotzdem hingehen, deswegen hatte ich das eben verallgemeinert. – Allen anderen, die nicht zu parla-

mentarischen Abenden gehen, wünsche ich trotzdem einen schönen Abend. Bis morgen.

(Schluss: 19:26 Uhr)

Anlage (Fragestunde – Drucks. 20/10843)**Frage 882 – Tanja Hartdegen (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

Wieso geht sie bei der Bewertung der Wirksamkeit von SMA-LA-8-Fahrbahnbelag davon aus, dass es für die lärmbeeinträchtigten Anwohner günstiger sei, beim Schwerverkehr, abweichend von der zulässigen Geschwindigkeit nach StVO, eine hypothetische Geschwindigkeit von 80 km/h anzunehmen, wohingegen doch eine realistische Annahme von StVO-gerechten 60 km/h für den Schwerverkehr über 7,5 t dazu führen würde, dass die Wirksamkeit von SMA-LA-8-Fahrbahnbelag für diese Fahrzeugart laut Tabelle 4a der aktuell gültigen RLS-19 nicht vorhanden ist?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Ihre Frage bezieht sich vermutlich auf Lärmberechnungen in Lärmsanierungsverfahren und den konkreten Fall der B 27 in Haunetal-Neukirchen. Hierzu haben Sie bereits die Kleine Anfrage Drucks. 20/10500 gestellt, in der es in Frage 4 um den in dieser mündlichen Frage angesprochenen SMA-LA-8-Fahrbahnbelag geht.

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Ort wünschen sich eine Lärmschutzwand anstatt einer lärmindernden Asphaltdeckschicht. Es wurden sämtliche in Betracht kommenden Varianten ausführlich überprüft und untereinander abgewogen. Die Errichtung einer Lärmschutzwand ist danach vor dem Hintergrund der eingesetzten Kosten und der damit zu lösenden Schutzfälle nach den bisherigen Berechnungsergebnissen leider nicht zu rechtfertigen.

Bei Lärmberechnungen in Lärmsanierungsverfahren wird gemäß den durch den Bund vorgegebenen „Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen – Ausgabe 2019“ (RLS-19) zugunsten der Lärmbeeinträchtigten für alle Kfz über 3,5 t eine Geschwindigkeit von 80 km/h hypothetisch angenommen.

Eine Berechnung mit einer Geschwindigkeit von 60 km/h für Lkw über 7,5 t entgegen der vorgegebenen RLS-19 würde die Anzahl der Betroffenen um ca. 20 % verringern und die Ergreifung von aktiven Lärmschutzmaßnahmen sogar weiter erschweren.

Frage 883 – Nina Heidt-Sommer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Konsequenzen zieht sie aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden vom 27. April 2023 bezüglich der Disziplinarverfahren wegen der Streikteilnahme gegen die verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Die schriftliche Begründung der in der Fragestellung angesprochenen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden liegt mit Stand 24. Mai 2023 noch nicht vor. Die Zustellung der schriftlichen Begründung und die sich hieran anschließende Prüfung, ob Rechtsmittel in Betracht kommen, bleiben vor diesem Hintergrund abzuwarten.

Frage 884 – Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird das Versprechen des Wirtschaftsministers Al-Wazir, dass alle hessischen Studierenden, die ein Semesterticket haben, kurzfristig ein „Upgrade“ für das Deutschlandticket kaufen können, bei welchem ihnen der monatliche Beitrag zum Semesterticket auf den Preis eines Deutschlandtickets angerechnet wird, umgesetzt?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Die zuständigen Verkehrsverbünde haben angekündigt, dass bis zum 1. Juni 2023 alle technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen sein sollen, um das Upgrade anbieten zu können. Wann das Upgrade an einer Hochschule genau erworben werden kann, hängt allerdings von der Zusammenarbeit aller Akteure und der praktischen Umsetzung an den jeweiligen Hochschulen ab und kann sich daher möglicherweise zeitlich von Hochschule zu Hochschule unterscheiden.

Frage 887 – Petra Heimer (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Kinder wurden während der Corona-Pandemie vom Präsenzunterricht freigestellt?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Die Abmeldungen und Befreiungen der Schülerinnen und Schüler vom Präsenzunterricht wurden im Zeitraum vom 22. Juni 2020 bis zum 11. April 2022 von den Schulen in der Lehrer- und Schülerdatenbank erfasst und seitens meines Hauses wöchentlich ausgewertet.

In diesem Zeitraum waren gemäß den Eintragungen der Schulen in der Lehrer- und Schülerdatenbank insgesamt 27.369 Schülerinnen und Schüler zeitweise von der Teilnahme am Präsenzunterricht befreit und eine Schülerin bzw. ein Schüler durchgängig zu allen wöchentlichen Erhebungsstichtagen. Diese Schülerinnen und Schüler waren zur Teilnahme am Distanzunterricht verpflichtet.

Frage 888 – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Hält sie vor dem Hintergrund, dass der Gutachter Thomas H., der in der sogenannten Steuerfahnder-Affäre vorwiegend die falschen psychiatrischen Gutachten erstellt hatte, mit deren Hilfe den Steuerfahndern Dienstunfähigkeit bescheinigt wurde, weiterhin von Gerichten als Gutachter beauftragt werden kann und wird, eine Änderung der Rechtslage für notwendig?

Antwort Prof. Dr. Roman Poseck, Minister der Justiz:

Das Verwaltungsgericht Gießen hat auf Veranlassung der Landesärztekammer berufsrechtliche Sanktionen gegen den Gutachter Thomas H. verhängt. Eine grundsätzlich mögliche Feststellung, dass Herr Thomas H. berufsunwürdig ist, hat das Gericht nicht getroffen. Diese Entscheidung ist in verfassungsrechtlich garantierter richterlicher Unabhängigkeit ergangen. Als Minister der Justiz ist es mir

untersagt, in richterlicher Unabhängigkeit ergangene Entscheidungen zu bewerten oder zu kommentieren.

Über die Auswahl von Sachverständigen im Rahmen gerichtlicher Verfahren entscheiden die Richterinnen und Richter ebenfalls in richterlicher Unabhängigkeit. Auch hier gilt: Eine Bewertung oder Kommentierung ist mir entzogen.

Ich sehe aktuell keinen Handlungsbedarf, die richterlichen Möglichkeiten bei der Gutachterbestellung durch Gesetz einzuschränken. Aus meiner Sicht bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass die Richterinnen und Richter mit den ihnen eröffneten Handlungsoptionen generell nicht angemessen umgehen würden. Es dürfte auch ausgesprochen schwierig sein, etwaige Einschränkungen der richterlichen Unabhängigkeit bei der Bestellung von Gutachterinnen und Gutachtern verfassungskonform zu regeln. Im Übrigen wäre hier der Bundesgesetzgeber zum Handeln aufgerufen.

Frage 890 – Gerald Kummer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche konkreten Maßnahmen plant sie, um eine finanzielle Unterstützung für den Erhalt des Fährbetriebs zu gewährleisten, gerade angesichts der drohenden Einstellung des Fährbetriebs der Rheinfähre „Landskrone“ und der großen Bedeutung der Fähre für die Mobilität und Wirtschaft der betroffenen Region?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Um die Verbindung zwischen den beiden Bundesländern zu erhalten, wird das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen auf der Grundlage einer sogenannten Billigkeitsleistung dem Fährbetrieb aufgrund seiner hohen verkehrspolitischen Bedeutung eine finanzielle Unterstützung zukommen lassen. Hierzu befindet sich das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen in Kontakt mit den Fährbetreibern.

Frage 892 – Dr. Daniela Sommer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Anträge auf Anerkennung von Erkrankungen an ME/CFS sowie Post-Vac/Post-COVID sind in Hessen mit welchem Ergebnis beschieden worden?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Eine umfassende Antwort auf die von Ihnen gestellte mündliche Frage ist innerhalb der kurzen Frist nicht möglich. Um eine Aussage zu allen beschiedenen Anträgen treffen zu können, müssen unter anderem die Unfallkasse Hessen, die Deutsche Rentenversicherung Hessen und das Innenministerium hinsichtlich der betroffenen Beamtinnen und Beamten beteiligt werden. Selbst bei Beteiligung all dieser Stellen wäre aber nur ein Anteil der beschiedenen Anträge in Hessen bedacht. Beschäftigte außerhalb der Zuständigkeitsbereiche des Ministeriums für Soziales und Integration sowie des Innenministeriums sind dabei nicht berücksichtigt.

Nach den mir vorliegenden Daten erfolgten aufgrund der Diagnose bzw. Mitdiagnose ME/CFS folgende Zugänge in Renten aufgrund verminderter Erwerbsfähigkeit:

20 Zugänge im Jahr 2018,
2019 wurden 19 Zugänge verzeichnet
und 2020 nochmals 20.

Die Zahlen beziehen sich auf alle im Land Hessen wohnhaften Versicherten der Deutschen Rentenversicherung.

In Hessen gab es von 2018 bis 2020 somit jährlich rund 20 Fälle, in denen eine Erwerbsminderungsrente aufgrund der Hauptdiagnose CFS bewilligt wurde. Daten für 2021 und 2022 sowie Daten über negativ beschiedene Anträge liegen aktuell nicht vor.

Zu Post-COVID liegen derzeit keine Daten der Deutschen Rentenversicherung Hessen vor, die Auskunft darüber geben, in wie vielen Fällen eine Erwerbsminderung anerkannt oder abgelehnt worden ist. Das Gleiche gilt für die Daten zur Anerkennung von Post-COVID als Berufskrankheit und zur Anerkennung von Post-Vac als Rentengrund.

Frage 893 – René Rock (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele der Eltern, deren Kinder in Tageseinrichtungen oder Kindertagespflege betreut werden, haben sich online für das Wahlverfahren zur Kita-Landeselternvertretung registriert?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

5.702 Eltern haben sich bis zum Ablauf des 22. Mai 2023 online für die Wahl registriert.

Frage 894 – Nina Heidt-Sommer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie mit Blick auf den Lehrkräftemangel in Hessen die Tatsache, dass die Zahl der Lehramtsstudierenden im ersten Fachsemester an hessischen Hochschulen nach Angaben des Statistischen Landesamtes in den letzten drei Jahren um rund 1.100 auf 3.614 (2022) zurückgegangen ist und damit auch deutlich unter der Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger von 2015 liegt?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Bei der in der Fragestellung genannten Zahl handelt es sich um die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Fachsemester ohne die Studentinnen und Studenten an der Hochschule Fulda und ohne die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt am Main. Üblicherweise wird in Veröffentlichungen die Zahl der ersten Hochschulsesemester verwendet, da diese den Zugang zu den Hochschulen darstellt. In der Antwort auf die mündliche Frage werden die Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Fachsemester inklusive der oben genannten Hochschulen betrachtet.

Die Bewertung der Zahlen der Studienanfängerinnen und -anfänger in Hessen erfordert eine differenzierte Betrachtung: Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in Hessen in den letzten Jahren insgesamt rückläufig ist. Darüber hinaus ist festzu-

stellen, dass von 2015 bis 2020 in Summe ein Anstieg der Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger in den Lehramtsstudiengängen von fast 9 % vorliegt und erst in den Jahren 2021 und 2022 ein Rückgang zu erkennen ist, was unter anderem auf die rückläufigen Zahlen bei den Abiturientinnen und Abiturienten zurückzuführen ist. Dieser Rückgang betrifft jedoch nicht jedes Lehramt. So ist beispielsweise die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger im Lehramt für Grundschulen seit dem Jahr 2015 um über 50 % gestiegen. Diese ausgesprochen erfreuliche Entwicklung war nur möglich, da die Hessische Landesregierung die Studienplatzkapazitäten in diesem Lehramt von 550 im Jahr 2016 auf 930 ab dem Jahr 2019 erhöht hat. Das Gros der rückläufigen Immatrikulationszahlen geht auf das Lehramt an Gymnasien zurück, wo der Lehrkräftebedarf jedoch in Summe gedeckt werden kann.

Um die Zahl der jungen Menschen, die ein Lehramtsstudium aufnehmen, perspektivisch wieder zu erhöhen, hat die Hessische Landesregierung in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen ergriffen:

Für das Lehramt für Förderpädagogik wird im Jahr 2024 ein Studiengang für Förderpädagogik an der Universität Kassel eingerichtet, um auch vermehrt junge Menschen aus Nordhessen für dieses Lehramt zu gewinnen.

Im Bereich der beruflichen Schulen werden mit der sogenannten Masterförderung Anreize für ein lehramtsbezogenes Masterstudium in den beruflichen Fachrichtungen mit besonderen Bedarfen gesetzt.

Für den Bereich der Grundschulen ist hinzuzufügen, dass ab dem kommenden Schuljahr 2023/2024 die Eingangsbesoldung schrittweise auf A 13 erhöht wird, was in Summe rund 110 Millionen € jährlich kosten wird.

Darüber hinaus ist die Imagekampagne „Werde Lehrer in Hessen“ zu erwähnen, die viel positive öffentliche Resonanz erfährt.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die aufgeführten Maßnahmen langfristiger Natur sind, weshalb die Hessische Landesregierung ergänzende Qualifizierungsmaßnahmen aufgelegt hat, die bereits mittelfristig wirken. So wurde in Lehrämtern und Fächern, in denen besondere Bedarfe zu verzeichnen sind, der Quereinstieg ermöglicht. Die Personen, die an einer Quereinstiegsmaßnahme teilnehmen, werden umfassend qualifiziert. Um beispielsweise an der Quereinstiegsmaßnahme für das Lehramt an Haupt- und Realschulen teilnehmen zu können, die zum kommenden Schuljahr 2023/2024 starten wird, müssen Bewerberinnen und Bewerber entweder ein Diplom, einen Magister oder einen akkreditierten Bachelor bzw. Master vorweisen, aus dem mindestens eines der Unterrichtsfächer Englisch, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Musik oder Kunst abgeleitet werden kann. Darüber hinaus werden über mindestens fünf Jahre Berufserfahrung im studierten Berufsfeld nach dem erworbenen Abschluss erwartet. Werden diese Voraussetzungen erfüllt, kann eine dreieinhalbjährige Qualifizierungsmaßnahme erfolgen, in der zusätzlich zu den fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Inhalten Studieninhalte der Bildungswissenschaften vermittelt werden. Zeitgleich erteilen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Quereinstiegsmaßnahme bereits von Beginn an eigenverantwortlichen Unterricht, wodurch diese Maßnahme teilweise sogar kurzfristig wirkt. Insgesamt gibt

es Möglichkeiten zum Quereinstieg an Gymnasien, Grundschulen, beruflichen Schulen sowie an Haupt- und Realschulen.

Zusammenfassend spiegeln die rückläufigen Zahlen bei den Lehramtsstudentinnen und -studenten in den letzten Jahren den allgemeinen Trend bei den Studienanfängerinnen und -anfängern in Hessen wider und lassen sich vor allem durch weniger Abiturientinnen und Abiturienten erklären. Davor waren einige Jahre steigende Zahlen zu verzeichnen. Gleichwohl möchte die Hessische Landesregierung die Zahl der Lehramtsstudierenden erhöhen und hat hierfür – wie aufgeführt – entsprechende Maßnahmen ergriffen.

Frage 895 – Dr. Daniela Sommer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Unterstützt sie die Forderung der Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen vom 25. März 2023, einen Lehrstuhl für Palliativmedizin an einer der drei medizinischen Fakultäten in Hessen einzurichten?

Antwort Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Die Landesregierung sieht in der Palliativmedizin einen wesentlichen Beitrag für eine fürsorgende Gesundheits- und eine zukunftsfähige Pflegepolitik. Schwerstkranke und sterbende Menschen haben – unabhängig von ihrem Lebensalter und ihrer Grunderkrankung – Anspruch auf eine palliative Versorgung. Die Landesregierung setzt sich für eine wohnortnahe Einrichtung der ambulanten und stationären Palliativversorgung in Stadt und Land ein. Wir wollen, dass jeder und jede Einzelne auch am Ende des Lebens würdevolle Begleitung erfährt. Wir haben in Hessen als erstes Land eine flächendeckende spezialisierte ambulante Palliativversorgung aufgebaut. Diese wollen wir sichern und ausbauen, damit der Wunsch vieler schwerstkranker und sterbender Menschen, zu Hause sterben zu können, erfüllt werden kann.

Begleitend zu dieser Entwicklung hat die Justus-Liebig-Universität Gießen bereits im Jahr 2015 den Lehrstuhl für Internistische Onkologie und Palliativmedizin unter der Leitung von Herrn Prof. Grimminger eingerichtet. Innerhalb des Lehrstuhls wurde sein stellvertretender Leiter, Herr Prof. Sibelius, mit dem Aufgabengebiet der Palliativmedizin in Forschung und Lehre betraut. Herr Prof. Sibelius gründete überdies im Jahr 2006 am Universitätsklinikum Gießen den Förderverein Palliativ Pro zur Unterstützung der palliativmedizinischen Versorgung in Mittelhessen. Somit etablierte sich in Hessen ein sehr erfahrenes Wissenschaftsteam, das auch durch seine praktische Berufsausübung in Forschung und Lehre überzeugt. Den drei hessischen Medizinstandorten steht es zudem frei, aus den 300 W-Stellen gegebenenfalls weitere Professuren zu realisieren, um Forschung und Lehre im Bereich der Palliativmedizin zu stärken.

Im Rahmen der Palliativversorgung kommt auch der Pflege eine herausragende Bedeutung zu. Dementsprechend werden Aspekte der palliativen Pflege in den Pflegestudiengängen der Hochschule Fulda und der Frankfurt University of Applied Sciences aufgegriffen.

Frage 896 – Ulrike Alex (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Unter welchen Voraussetzungen kann an Hochschulen die Anzahl der „First Generation Students“ erfasst werden?

Antwort Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Alle, die wollen und die Voraussetzungen dafür mitbringen, sollen studieren können. Wir fördern daher verschiedene Initiativen und Programme, die Menschen zum Studienbeginn motivieren, für die dieser Weg vielleicht kein selbstverständlicher ist.

Eine Hochschulabfrage aus dem letzten Jahr zu dem Thema „First Generation Students“ hat ergeben, dass die Hochschulen teilweise erfassen, ob ihre Studierenden „First Generation Students“ sind. Sieben Hochschulen erfassen im Rahmen verschiedener Befragungsinstrumente das Merkmal der Bildungsherkunft (höchster Bildungs- bzw. Berufsabschluss beider Elternteile). Darunter fällt beispielsweise die Justus-Liebig-Universität in Gießen mit einer jährlichen Studierendenbefragung seit 2006 oder die der Hochschule Darmstadt mit einer Bewerberinnen- und Bewerber- / Erstsemesterbefragung.

Ein Teil der Hochschulen gab zudem an, an den Befragungen des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) teilzunehmen. Dazu gehört auch „Die Studierendenbefragung in Deutschland“, die seit 2021 verschiedene, bisher separat durchgeführte Studierendenbefragungen unter einem gemeinsamen Dach bündelt („Sozialerhebung“ (seit 1951), „Studierendensurvey“ (seit 1982), „EUROSTUDENT“ (seit 2000) und „beinträchtigt studieren“ (seit 2006)). Die Themenblöcke umfassen soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Studium und Studienbedingungen, Einstellungen und Partizipation sowie Bildungswege und Karriereverläufe.

Aus der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks geht hervor, dass 48 % der aktuell Studierenden aus einer Familie ohne akademischen Hintergrund stammen.

Die Hochschulen, die in einer der oben genannten Form Studierende aus Familien ohne studierte Eltern erfassen, liegen mit ihren Ergebnissen fast durchgängig über dem gesamtdeutschen Schnitt. Insbesondere an der Hochschule Darmstadt (64,3 %), der Hochschule Fulda (62 % im Bachelorbereich) und der Technischen Hochschule Mittelhessen (63,5 %) studieren überdurchschnittlich viele Bildungsaufsteigerinnen und -aufsteiger.

Hinzuweisen ist allerdings darauf, dass der Quervergleich zwar innerhalb der Hochschule mit anderen Gruppen möglich ist, die Datenlage aber nicht unbedingt einen Quervergleich mit anderen Hochschulen hinsichtlich der Bedeutung dieser Zielgruppe oder hinsichtlich studienerefolgsrelevanter Aspekte erlaubt (z. B. aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden, -schwerpunkte und -zeitpunkte).

Die Grundlage für eine verpflichtende Erfassung personenbezogener Daten Studierender wäre das Hochschulstatistikgesetz, das in der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes liegt. Für eine Erfassung der „First Generation Students“ wäre es daher erforderlich, dass im Hochschulstatistikgesetz eine Erfassung vorgesehen und das Merkmal definiert wird.

Für Hessen kann ich festhalten: Wir machen sehr viel, dass „First Generation Students“ der Weg ins Studium so leicht wie möglich gemacht wird.

Frage 899 – Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie soll die laut EU-Wasserrahmenrichtlinie seit spätestens 2015 überfällige Verminderung der Salzbelastung der Werra auf ein ökologisch verträgliches Maß erreicht werden, wenn weder die Abdeckung der Reststoffhalden noch die Einstapelung von Salzlauge in die thüringische Grube Springen in den kommenden zehn Jahren von K+S realisiert werden wird?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ziel der Bewirtschaftungsplanung der FGG Weser ist, dass im laufenden Bewirtschaftungszeitraum 2021 bis 2027 eine weitere erhebliche Verbesserung der Salzbelastung für Werra und Weser erreicht wird. Darüber hinaus soll bis Ende 2027 im Sinne der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie das gute ökologische Potenzial in den Wasserkörpern der Weser bzw. der bestmögliche ökologische Zustand in den Wasserkörpern der Werra erreicht werden.

Für die vorliegende Bewirtschaftungsplanung wurde berücksichtigt, dass die Abdeckung der Rückstandshalden im Werra-Kali-Revier für die kurzfristige Zielerreichung in der Weser bis Ende 2027 nur einen geringen Beitrag leisten wird. Aufgrund der langen Zeiträume, die für eine Abdeckung der Halden erforderlich sind, und des weiterhin kontinuierlichen Aufbringens fester Rückstände auf die Halden ist bis Anfang der 2030er-Jahre noch von einer Zunahme des Haldenwasseranfalls auszugehen. Durch eine fortlaufende Abdeckung der Halden soll zunächst eine Verlangsamung des Anstiegs, sodann eine fortschreitende Reduzierung der Haldenwässer erfolgen.

Derzeit liegen auch keine Anhaltspunkte vor, dass eine Einstapelung von Salzlauge in der Grube Springen nicht möglich ist. Insoweit ist davon auszugehen, dass im Rahmen des laufenden Genehmigungsverfahrens eine positive Entscheidung getroffen werden kann.

Für die Einleitung salzhaltiger Abwässer in die Werra gelten zudem die Zielwerte des detaillierten Bewirtschaftungsplans 2021 bis 2027 für die Flussgebietseinheit Weser bezüglich der Salzbelastung, die im Rahmen der wasserrechtlichen Erlaubnis des Regierungspräsidiums Kassel zur Einleitung salzhaltiger Abwässer aus den Werken Neuhof-Ellers und Werra in die Werra vom 23. Dezember 2021 verankert wurden. Sofern eine Maßnahme durch das Unternehmen K+S nicht umgesetzt werden kann, ist dies durch wirkungsgleiche Maßnahmen zu kompensieren.